

7. Sitzung

am Mittwoch, dem 10. Dezember 2008, 12.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 290

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 290 338
 Franz Maget (SPD)..... 303 341
 Georg Schmid (CSU)..... 312
 Hubert Aiwanger (FW)..... 318 320
 Karsten Klein (FDP)..... 320

Sepp Daxenberger (GRÜNE)..... 322
 Thomas Hacker (FDP)..... 332 335 338
 Eike Hallitzky (GRÜNE)..... 337

Mitteilung gem. §§ 26 Abs. 2 und 27 Abs. 2 Satz 6
 betr. Mitglieder der Ausschüsse, Namen der Aus-
 schussvorsitzenden und deren Stellvertreter
 (s. Anlage)..... 342

Schluss der Sitzung..... 342

(Beginn: 12.02 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 7. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Sie ist ihnen vorab wie immer erteilt worden. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die Regierungserklärung und die Aussprache direkt.

Ich rufe den einzigen Tagesordnungspunkt der heutigen Sitzung auf:

Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die bayerischen Wählerinnen und Wähler haben am 28. September dieses Jahres entschieden, dass Bayern künftig von einer Koalition regiert werden soll. Die neue Staatsregierung, getragen von CSU und FDP, nimmt diesen Wählerauftrag an. Der Wählerauftrag spiegelt sich in unserer Koalitionsvereinbarung wider. Ich will diese Koalitionsvereinbarung nicht im Detail wiederholen, sondern Ihnen vielmehr die Leitlinien dieser Regierungspolitik vorstellen.

Die ersten Wochen seit der Wahl haben gezeigt: Die neue Staatsregierung geht ihre Aufgaben entschlossen und geschlossen, zielorientiert und kollegial an, und das soll auch in den nächsten fünf Jahren so bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir gehen diese Aufgaben in einer schwierigen Zeit an. Bayern geht angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise durch die wohl schwierigste Phase seit dem Wiederaufbau nach dem Krieg. Die Schönwetterperiode mit steigenden Wachstumsraten, sinkender Arbeitslosigkeit und sprudelnden Steuereinnahmen ist vorbei. Verunsicherung macht sich in vielen Teilen unseres Landes breit: Ist mein Arbeitsplatz noch sicher? Ist meine Altersvorsorge bedroht? Steht mein Unternehmen die Krise durch? Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die weltweit tobt, verschärft auch bei uns die ohnehin bestehenden Herausforderungen, die sich nennen Globalisierung, Demografie und Klimawandel.

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir zuversichtlich, denn Bayern hat die Chance, diese Krise gut zu meistern, weil wir in Bayern über einen robusten Arbeitsmarkt verfügen, über die niedrigste Arbeitslosigkeit in ganz Deutschland und gut ausgebildete, leistungsbereite und innovative Menschen.

Wir haben die Chance, diese Krise gut zu meistern, weil wir wirtschaftlich gut aufgestellt sind mit einem gesunden Mix aus Großunternehmen und Mittelstand, aus Handwerkern, Landwirten und freien Berufen, aus Dienstleistern und Industrie.

Wir, die Staatsregierung, tun alles, gegen die aktuelle Krise anzugehen. Wir werden Haushaltsreste für staatliche Investitionen in Höhe von 350 Millionen Euro sofort freigeben. Wir werden jede Investition des Freistaats Bayern, insgesamt im Jahr 5 Milliarden Euro, so vorziehen, dass sie im neuen Jahr 2009 möglichst bald für Wirtschaft und Arbeitsplätze wirksam wird. Wir haben Liquiditätshilfen für mittelständische Unternehmen zur Verfügung gestellt. Diese Maßnahmen schaffen Nachfrage, sichern Arbeitsplätze und stärken Wachstumskräfte.

Worauf es uns als Regierung besonders ankommt: dass wir trotz der Belastungen durch die Landesbankkrise, die wir letzte Woche diskutiert haben, Impulse über unseren Haushalt geben können. Wir werden trotz dieser Krise im Zusammenhang mit der Landesbank alle vordringlichen Investitionen in die Zukunft - von der Kinderbetreuung über die Schulen bis zu den Hochschulen und bis hin zur Forschung - ohne Abstriche vornehmen. Das ist ein ganz konkretes Ziel.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir tun, was in unseren Kräften steht. Nationale Krisenbewältigung ist aber in erster Linie eine Aufgabe des Bundes. Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung kann nur ein erster Schritt sein. Da ist mehr möglich und auch mehr nötig. Unsere Forderungen aus Bayern liegen auf dem Tisch, insbesondere die nach einer schnellen steuerlichen Entlastung der Bürger unter dem Motto "Mehr Netto für alle". Bürger und Wirtschaft brauchen Steuerentlastungen jetzt und nicht nur als Wahlversprechen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist nicht nur eine Frage bayerischer Interessen, das ist vor allem eine Frage gesamtstaatlicher Verantwortung.

Die Staatsregierung begrüßt die gestrige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale. Wir fordern diese Lösung seit dem Frühjahr 2008. Es ist eine gute Entscheidung für die Arbeitnehmer: Sie haben jetzt mehr Netto in der Tasche. Das kurbelt die Wirtschaft an, und die bayerische Finanzverwaltung wird alles tun, damit die Arbeitnehmer so schnell wie möglich zu ihrem Geld kommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Man sollte allerdings nicht die vom Bundesverfassungsgericht erzwungene Nachzahlung an die Arbeitnehmer jetzt als Konjunkturprogramm umdeuten.

Die Menschen erwarten von einer Regierung mehr als pragmatisches Krisenmanagement - ich sage: mehr als pragmatisches Krisenmanagement. Sie erwarten Verlässlichkeit und eine Politik mit klaren Linien. Sie erwarten eine Politik, die von Werten getragen ist. Gerade in einer solchen Situation der Herausforderungen und auch der Risiken müssen wir der Bevölkerung immer und immer wieder sagen, dass Werte nicht einengen, Werte keine Belastung sind, sondern Werte gerade in Herausforderungszeiten Halt und Orientierung geben. Deshalb wird sich diese Regierung sehr stark auf ein geistiges Fundament und auf Werte bei ihren Alltagsentscheidungen stützen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unser Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger heißt ganz einfach: Wir wollen die Zukunft für Bayern gestalten, und zwar im Dialog mit den Menschen, mit Entschlossenheit und Führungsverantwortung, mit einer klaren Vorstellung von einer lebenswerten Gesellschaft. Das ist unser eigentlicher Auftrag: Die Lebensqualität und die Lebenssituation der Menschen zu sichern und, wo immer es geht, auch ein Stück zu verbessern.

Wir wollen eine Gesellschaft, die sich am christlichen, also am personalen Menschenbild orientiert.

Eine lebenswerte Gesellschaft, wie wir sie weiterbauen wollen, gibt jedem die Chance auf Teilhabe: Teilhabe am Wohlstand, an der Kultur, am sozialen Leben. Keiner bleibt am Rande stehen, und keiner darf am Rande stehen bleiben. Niemand wird ausgegrenzt. Schwächere, Kranke, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung - meine Damen und Herren, darauf kommt es uns ganz entscheidend an - haben bei uns ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen fest verwurzelt sind, und zwar in ihrer Kultur und Geschichte, in der Brauchtum und Tradition lebendig sind, in der sich aber auch diejenigen daheim fühlen, deren Wurzeln nicht bayerisch sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Heimat ist nicht nur dort, wo man geboren und aufgewachsen ist. Heimat ist auch dort - das ist die zweite Heimat -, wo man lebt, wo man sich geborgen, zugehörig und verstanden fühlt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen Verantwortung für sich und andere übernehmen, wo die

Menschen vor allem füreinander einstehen, eine Gesellschaft, in der sich die Menschen frei und sicher fühlen, in der sie sich etwas zutrauen und offen für Neues sind, für neue Ideen, für technischen Fortschritt, für andere Menschen und fremde Kulturen. Wir wollen eine Gesellschaft, die nicht zulasten der kommenden Generationen lebt, sondern nachhaltig wirtschaftet und handelt, getragen von einer wertgebundenen Wirtschaftsordnung.

Deshalb setzt sich die Staatsregierung für ihre Arbeit vier klare Leitlinien:

Erstens. Wir stärken das Fundament für Geborgenheit, Sicherheit und kulturelle Identität für die Menschen in Bayern.

Zweitens. Wir wollen, dass alle durch gute Bildung ihre Lebenschancen finden und wahrnehmen können. Es kommt auf jeden an.

Drittens. Wir setzen auf Nachhaltigkeit. Das heißt vor allem: solide Finanzpolitik, Bewahrung der natürlichen Ressourcen, wertgebundene soziale Marktwirtschaft. Nachhaltige Politik betreibt frühzeitig Prävention, statt später zu reparieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Viertens. Wir schaffen mehr Freiräume für die persönliche und wirtschaftliche Entfaltung der Bürger. Die Talente unserer Bevölkerung, die der Schöpfer jedem Einzelnen mitgegeben hat, damit er sie entfaltet, bewirken viel, viel mehr als jede zentralistische staatliche Planung.

Deshalb wollen wir einerseits den Schutz der Bürger dort, wo es um ihre Gesundheit, ihr Eigentum und ihr Leben geht. Andererseits wollen wir starke Bürger, wenn es um wirtschaftliche Leistung und soziale Wohlfahrt geht.

Dies sind unsere vier Leitlinien. An ihnen wollen wir unsere politischen Prioritäten und täglichen Einzelentscheidungen orientieren.

Die Menschen sollen wissen, dass diese Regierung und die beiden sie tragenden Fraktionen CSU und FDP für all ihr Tun im Alltag eine klare geistige Grundlage haben und dass wir uns bei allen Alltagsentscheidungen auf diese geistige Grundlage rückbesinnen; denn die geistige Grundlage gibt Orientierung und kann bei den Menschen auch das Vertrauen schaffen: Jawohl, wir trauen der Regierung die Lösung der Probleme zu.

Deshalb steht für uns der einzelne Mensch im Mittelpunkt, nicht irgendeine anonyme Institution. Bei Veränderungen und Reformen kann es nicht darum gehen,

wie sie sich auf eine Institution, zum Beispiel auf eine Versicherung, auswirken. Die Frage muss vielmehr lauten: Wie wirkt es sich auf die Versicherten, auf die Menschen aus? Das ist unser Menschenbild. Es geht nicht um das Wohlergehen einer Institution oder Organisation.

Deshalb sind wir überzeugt: Nicht die Menschen haben der Politik, sondern die Politik hat den Menschen zu dienen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dies wird in der politischen Diskussion oft unterschätzt.

Viel wichtiger als unser Tun ist der eigentliche Schatz Bayern. Das sind seine Menschen, ihre Identifikation mit der Heimat, aber auch ihre Weltoffenheit. Sie machen Bayern stark, unverwechselbar und liebenswert. Auch deshalb sind seit dem Zweiten Weltkrieg Millionen Menschen nach Bayern gekommen, ist Bayern für Millionen Menschen zur zweiten Heimat geworden. Das alles gehört zum Erfolgsgeheimnis Bayerns.

Daher lautet die erste Leitlinie unserer Politik: Stärkung der kulturellen Identität, Geborgenheit und Sicherheit.

Geborgenheit, Sicherheit und kulturelle Identität wachsen zuallererst in den Familien. Ein guter Start ins Leben hängt von der Familie ab. Deshalb ist uns die Familienpolitik so wichtig.

Wir fördern Familien, aber wir bevormunden sie nicht. Wir stützen Familien, schreiben ihnen aber nichts vor. Das ist gelebte Wahlfreiheit. Zur Wahlfreiheit gehört einerseits das Landeserziehungsgeld für die Erziehung zu Hause genauso wie andererseits der konsequente Ausbau der Kinderbetreuung gemeinsam mit den Kommunen.

Unser Ziel heißt: Wir wollen bis zum Ende des Jahres 2012 in Bayern ein verlässliches und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder von einem Jahr bis 14 Jahren schaffen. Und wir werden es schaffen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Familie braucht auch mehr familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter. Viele Unternehmen und Behörden leisten hier schon Vorbildliches. Vielfach ist aber noch mehr möglich. Dafür treten wir zusammen mit der bayerischen Wirtschaft ein, vor allem auch in unserem öffentlichen Dienst. Der öffentliche Dienst muss in der Zukunft Vorbild für Familienfreundlichkeit sein. Ich denke hier besonders daran, dass die flexiblen Arbeitszeiten stärker genutzt werden müssen. Ebenso müssen für die Beschäftigten des öf-

fentlichen Dienstes mehr Kinderbetreuungsangebote geschaffen werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir müssen auch in der Gleichstellungspolitik vorankommen, und zwar auch bei der öffentlichen Hand. Bei diesem Thema liegt manches im Argen.

(Christa Naaß (SPD): Ganz neu!)

Mein Ziel ist, dass am Ende der Legislaturperiode deutlich mehr Frauen in Führungspositionen des öffentlichen Dienstes beschäftigt werden als heute.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da besteht noch Nachholbedarf. Das ist mir persönlich ein sehr wichtiges Anliegen.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

Beim Vorschlag für die Besetzung einer Stelle mit einem Mann oder einer Frau habe ich einen typischen Vermerk bekommen. Darin wurde begründet, was im Moment dagegen spricht, die Frau zur Vorsitzenden des Landespersonalausschusses zu berufen. Gerade deshalb, weil in dem Vermerk die Bedenken gegen die Berufung der Frau standen, habe ich mich für die Frau entschieden. Meine Damen und Herren, ich kenne seit 20 Jahren, dass es immer dann, wenn zwei zur Auswahl stehen, genügend Gründe gibt, warum die Frau nicht in eine führende Position berufen werden soll. Das werden wir ändern.

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Das ist Scheinheiligkeit!)

Ich sagte, wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen füreinander eintreten.

(Franz Maget (SPD): Scheinheiligkeit! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das klingt gut! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Ich darf Ihnen sagen: Sie schonen Ihre Gesundheit und steigern Ihre Lebenserwartung, wenn Sie sich zurückhaltend benehmen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

- Was Sie beabsichtigen, werden sie nicht erreichen.

(Zurufe der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE) und Ulrich Pfaffmann (SPD))

- Ist jetzt alles gesagt? Liebe Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, wir wollen eine Gesellschaft - ich sagte es bereits -, in der die Menschen füreinander ein-

stehen. Es ist das millionenfache Engagement in Nachbarschaftshilfen, Selbsthilfegruppen, Kirche und Wohlfahrtsverbänden, in Vereinen, bei den Feuerwehren und in der Jugendarbeit, das Bayern ein menschliches Gesicht gibt. Ich habe heute mit der Präsidentin des Bayerischen Jugendrings gesprochen, einer Einrichtung, die in dieser Form, Tiefe und Breite in keinem anderen Bundesland für die Jugend tätig ist.

Bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement ist bei uns in Bayern größer als anderswo.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Mehr als ein Drittel der Menschen in Bayern sind freiwillig für andere tätig. Deshalb möchte ich die Regierungserklärung nutzen, um allen zu danken, die Zeit und Energie aufbringen, sich um andere Menschen zu kümmern. Auf diese Mitbürger sind wir stolz.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir wollen noch mehr Menschen ermutigen, sich bürgerschaftlich einzubringen - zum Beispiel durch den Ausbau des "Landesnetzwerks bürgerschaftliches Engagement" und die flächendeckende Einführung von Ehrenamtscards. Besonders wichtig ist uns das Engagement älterer Menschen. Noch nie war diese Generation so gesund und aktiv wie heute. Dieser Zuwachs an Lebensqualität und Lebensperspektive ist ein unglaublicher Gewinn für uns alle.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Bloß nicht in der Staatsregierung! - Dr. Thomas Beyer (SPD): Nur nicht da oben!)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht zu viele alte Menschen, sondern zu wenig junge Menschen in unserem Lande.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Unsere Gesellschaft braucht den Erfahrungsschatz dieser Generation - auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben.

Umgekehrt muss sich die ältere Generation darauf verlassen können, dass wir Politiker ihren Lebensabend mit einer verlässlichen Alterssicherung begleiten. Das soll bei allen demografisch notwendigen Korrekturen so bleiben. Deshalb unterstützt die Staatsregierung ohne Einschränkung die Veränderung der Rentenformel mit der Folge einer durchaus spürbaren Erhöhung der Renten zum 1. Juli 2009. Man kann nicht oft genug sagen, dass Rente kein Almosen, sondern Lohn für die Lebensleistung ist, die unsere Menschen erbracht haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Ein schöner Spruch!)

Wir brauchen neben dem bürgerschaftlichen Engagement auch einen leistungsfähigen Sozialstaat, auf den sich die Menschen verlassen können. Dabei weiß jeder: je stärker das wirtschaftliche Bayern ist, umso stärker kann auch das soziale Bayern sein.

(Christa Naaß (SPD): Landesbank!)

Niemand sollte das eine gegen das andere ausspielen.

Sozialstaat fängt im Kleinen an. Lehrkräfte und Eltern schildern mir immer wieder: An Ganztagschulen gebe es Kinder, die von ihren Eltern kein Geld bekämen und deshalb nicht am gemeinsamen Mittagessen teilnehmen könnten.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Das wissen wir doch längst!)

Meine Damen und Herren, ich selbst war in der Schule einmal in der misslichen Lage, an einem Skiurlaub der Klasse nicht teilnehmen zu können. Ich wurde in dieser Woche in der Parallelklasse in die letzte Bank gesetzt. Ich weiß, was ein Schüler empfindet, wenn er an dem allgemeinen Schulleben nicht in angemessener Weise teilnehmen kann.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Das verdient, ich sage das an die linke Seite des Hauses, ein Stück mehr Respekt und Anstand gegenüber diesem Problem.

(Beifall bei der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das ist eine Frechheit! - Franz Maget (SPD): Unverschämtheit!)

Ich halte den Zustand, dass sich Kinder kein Mittagessen leisten können, für unerträglich.

(Christa Naaß (SPD): Scheinheiligkeit! - Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Ich sage für die Bayerische Staatsregierung und die beiden Koalitionsfraktionen: Wir werden das abstellen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das wäre eigentlich Sache des Bundes.

(Franz Maget (SPD): Jawohl!)

Bis Berlin endlich handelt, wollen wir zusammen mit den Kommunen und den Eltern so schnell wie möglich

dafür sorgen, dass sich alle Kinder an Ganztagschulen ein Mittagessen leisten können.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das hätte schon längst passieren können!)

Ich frage Sie: Was nützt ein Bildungsgipfel, wenn sich der Bund seiner gesetzlichen Aufgabe verweigert? Wir werden das ändern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Der Sozialstaat sichert vor allem die großen Risiken des Lebens ab: Alter, Arbeitslosigkeit, Pflege und Krankheit. Die Bayerische Staatsregierung will eine gute medizinische Versorgung für alle Bürger in Bayern sicherstellen. Das geht nur mit den tausenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Arztpraxen, Krankenhäusern und in den Gesundheitsberufen. Diesen Menschen, die tagtäglich oft unter schwierigen Bedingungen für kranke Menschen unterwegs sind und mit einem Engagement, das weit über das Normale hinausgeht, ihren Dienst am Nächsten versehen, will ich an dieser Stelle ausdrücklich danken.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden das Defizit, das es seit vielen Jahren in ganz Deutschland und auch in Bayern gibt, nämlich dass in der Gesundheitspolitik zu viel repariert und rehabilitiert wird und zu wenig Prävention betrieben wird, versuchen umzukehren: mehr Prävention statt mehr Reparatur.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das wird die Grundlage dieser Regierung sein. Wir wollen eine menschliche und nachhaltige Medizin. Deshalb lehnen wir medizinische Versorgungszentren ab, wenn sie nicht von Ärzten getragen sind. Wir haben die Einhaltung der Konvergenzklausel beim Gesundheitsfonds, mehr Geld für unsere Krankenhäuser und eine bessere Vergütung der niedergelassenen Ärzte durchgesetzt, und zwar für die Hausärzte und die Fachärzte. Wir werden jetzt darauf achten, dass das Geld dort ankommt, wofür es gedacht war. Das wird im nächsten Jahr 2009 sehr wichtig. Wir werden den erkennbaren Anfängen einer Zwei-Klassen-Medizin entgegenzutreten. Meine Regierung will weg von Budgetierung und Rationierung hin zu mehr Freiheit im bayerischen Gesundheitssystem.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage deutlich: Sollten wir im nächsten Jahr - im Jahr 1 des Gesundheitsfonds - feststellen, dass die medizi-

nische Versorgung in Bayern unter dem Gesundheitsfonds leidet, werden wir diesen infrage stellen.

Wir wollen an erster Stelle erstklassige Medizin.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt unserer Politik steht immer der Mensch in seiner personalen Würde. Dazu gehört das Recht auf ein Leben in Würde vom Anfang bis zum Ende. Aktive Sterbehilfe lehne ich persönlich ganz entschieden ab.

(Beifall bei der CSU)

Wir unterstützen deshalb den Ausbau der Palliativmedizin, von Hospizen und anderen würdigen Formen der Sterbebegleitung. Hier wird oft ehrenamtlich ein ganz wichtiger Dienst in einer sehr schwierigen Phase des Lebens geleistet.

Eine gewaltige Kraftanstrengung leisten jeden Tag auch Hunderttausende von Menschen - meistens sind es Frauen - die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause betreuen. Diese Leistung kann man nicht hoch genug schätzen. Rund 70 % unserer Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Hier braucht es mehr wirksame Unterstützung von außen, durch ganz neue Ideen, zum Beispiel durch generationsübergreifende Wohnformen oder durch die Förderung von Pflegestützpunkten - immer nach dem Grundsatz "ambulant vor stationär". Und wenn es zu Hause nicht mehr geht, müssen sich die Menschen in unserem Lande auf die stationäre Pflege verlassen können. Wir werden mehr Transparenz, weniger Bürokratie und besseren Schutz der pflegebedürftigen Menschen auf der Grundlage des Pflegewohnqualitätsgesetzes schaffen.

Am Herzen liegen uns ganz besonders auch die Menschen mit Behinderungen. Sie wollen ein möglichst selbstbestimmtes Leben führen. Deshalb werden wir das Angebot an Werkstätten, Förderstätten und Wohnheimen für Behinderte besser fördern sowie auf gute Beschäftigungsmöglichkeiten für behinderte Mitmenschen hinwirken.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Gerade am Miteinander mit den Menschen, die ein Leben lang gearbeitet haben und in hohem Alter pflegebedürftig werden, gerade am Miteinander mit den Menschen, die mit Behinderungen leben müssen, zeigen sich die Lebensqualität und der große Zusammenhalt bei uns in Bayern.

Eine Quelle dieses Zusammenhalts ist auch unsere gemeinsame Kultur. Die Menschen sind fest verwurzelt in

ihrer Heimat. Bayern hat eine über tausendjährige Geschichte und Tradition, ganz anders als die anderen Bundesländer. Wir sind ein selbstbewusstes, eigenständiges Land. Wir alle, die hier Geborenen und Zugewogenen, sind stolz auf unsere Kultur, auf Tradition und Brauchtum, auf unsere Werte und auch auf unsere Geschichte. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kultur schafft Identität, Kultur gibt den Menschen Selbstvertrauen, und Bayern wäre nicht Bayern ohne seine Trachten- und Brauchtumsvereine, ohne die Musikkapellen. Ihre Förderung ist unsere Verpflichtung. Wir fördern genauso verstärkt die moderne Kunst, den Film, die Musik, die Literatur, das Theater und die Medien. Dieses Miteinander von Alt und Neu macht den besonderen kulturellen Charme Bayerns aus.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Gottlob wird kulturelles Engagement von vielen Initiativen im ganzen Land getragen. Wir ermutigen solche Initiativen ausdrücklich: Kultur braucht Engagement und auch Mäzene. Wir bewahren auch das kulturelle Erbe der Sudetendeutschen und der Heimatvertriebenen, unserem vierten Stamm. Wir unterstützen die Errichtung eines sudetendeutschen Museums. Die Schirmherrschaft über die sudetendeutsche Volksgruppe übernehme ich aus voller Überzeugung.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Wir wollen unsere bayerische Geschichte für die Menschen greifbarer, erlebbarer, unmittelbarer machen. Deshalb werde ich unseren Bayerischen Verfassungstag am 1. Dezember zusammen mit dem Verein die "Bayerische Einigung" aufwerten. Und ich denke auch daran, mittelfristig ein Museum zur bayerischen Geschichte in Bayern zu verwirklichen, das wir bisher noch nicht haben.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Jedes Land lebt von gemeinsamen Erlebnissen und historischen Momenten. Auch sie stärken den Zusammenhalt und die Identifikation mit der eigenen Heimat. Jeder konnte das bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 spüren, aber auch 1974, sowie bei den Olympischen Spielen 1972 in München. Deutschland und Bayern waren damals gute Gastgeber, stolz auf ihre Heimat und offen für die Gäste aus der ganzen Welt. In dieser Legislaturperiode fällt die Entscheidung über den Austragungsort der Olympischen Winterspiele 2018. Wir wollen sie nach Bayern holen.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Eine Herausforderung für den Zusammenhalt in Bayern ist die Integration. In Bayern leben über eine Million ausländische Mitbürger. Auch für diese Mitbürger soll Bayern Heimat sein. Auch unsere ausländischen Mitbürger sollen sich als Bayern fühlen können. Eine friedliche, konfliktfreie Gesellschaft erfordert einen Grundkonsens über Werte und Regeln des Zusammenlebens. Wir wollen kein gleichgültiges Nebeneinander, sondern ein soziales Miteinander auf dem Fundament von Freiheit, Demokratie, Toleranz, Menschenrechten und Gleichberechtigung von Mann und Frau. Zu diesem Wertefundament muss sich jeder bekennen, der dauerhaft bei uns leben will. Deshalb werden wir die Integration fördern, aber auch von allen Seiten die Integrationspflicht einfordern.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Wir berufen deshalb einen eigenen Integrationsbeauftragten der Staatsregierung

(Franz Maget (SPD): Gibt es doch schon!)

und werden dafür sorgen, dass alle Kinder beim Start in die Schule Deutsch können. Meine Damen und Herren, wenn man beim Start in der Schule Deutsch kann, dann hilft das den Kindern, ihr Leben erfolgreich zu meistern.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Die zweite Leitlinie unserer Politik ist: Wir wollen Teilhabe und Chancen für alle Bürger; denn - ich sagte es eingangs - es kommt auf jeden an. Jeder soll seine Fähigkeiten entwickeln und seine Lebensziele verfolgen können. Jeder muss sich aber auch nach eigenen Kräften anstrengen. Bildung erschließt Zukunft, Arbeit und soziale Sicherheit in der globalen Welt.

(Franz Maget (SPD): Jetzt wird es gefährlich!)

Ich will für alle Kinder die besten Chancen auf den besten Abschluss, unabhängig von der kulturellen oder sozialen Herkunft. Meine Damen und Herren, kein Talent darf verloren gehen. Wir wollen alle Talente fördern.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Wir sind dankbar und stolz auf das, was unsere Lehrerinnen und Lehrer bei der Erziehung und Bildung unserer Kinder leisten.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Deshalb haben unsere Schulabgänger die besten Chancen im Leben. Das hat viel mit der klaren Leistungsorientierung an unseren Schulen zu tun. Man kann viel über unser Schulsystem sagen - ich werde darauf zurückkommen -, aber es gibt auch sehr gute Ergebnisse für unsere Schüler bei den Vergleichstest Pisa und Iglu.

Ich möchte betonen: Hier geht es nicht um den Ehrgeiz eines Landes oder einer Regierung in irgendeinem Ranking. Bei diesen Vergleichen geht es um die Zukunftschancen unserer Kinder. Die guten Testergebnisse müssen für uns Ansporn sein, noch mehr Bildung für unsere Kinder zu erreichen. Wir müssen uns trotz der guten Ergebnisse auch darüber im Klaren sein, dass wir in etlichen Bereichen noch besser werden müssen. Wir werden deshalb flächendeckend Ganztagschulen in allen Schularten anbieten, wir werden kleinere Klassen bilden, vor allem dort, wo der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund hoch ist. Für diese Ziele werden wir bereits in dem jetzt anstehenden Doppelhaushalt 2009/2010 2000 Stellen für zusätzliche Lehrer schaffen.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Wir wollen die Verzahnung zwischen Kindergarten und Grundschule weiter verbessern, denn wir wissen um die Bedeutung frühkindlicher Bildung. Wir sollten so früh wie möglich in die Bildung unserer Kinder investieren, statt später bei den Erwachsenen zu reparieren. Wir werden unseren Schulen mehr Eigenverantwortung und Freiraum zur Profilbildung geben und für mehr Flexibilität vor Ort sorgen. Ich möchte so etwas wie ein Freiheitsprogramm für unsere Schulen. Vor Ort ist meist besser entschieden als zentral.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Wir werden das Übertrittsverfahren auf weiterführende Schulen für das nächste Schuljahr verbessern und auch weiterhin für mehr Durchlässigkeit sorgen. Da hat sich einiges verbessert, aber wir sind noch nicht so gut, als dass wir uns bequem zurücklehnen könnten. Wir wollen, dass jedes Kind die passende Schule findet. Wir werden Modelle einer Kooperation von Haupt- und Realschule erproben; dabei bleiben diese als eigenständige Schularten erhalten. Wir wollen die Hauptschulen und die duale Bildung stärken. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Berufsschulen sowie zwischen Schulen, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung verbessern.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lauter Selbstverständlichkeiten!)

Meine Damen und Herren, ohne Haupt- und Realschulen, ohne die duale Bildung, hätten wir nur noch Akademiker, die zwar wissen, wie es geht, aber niemanden mehr, der weiß, wie man es machen kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für mich ist die Bildungsdiskussion - die notwendig ist - gelegentlich zu stark auf die Allgemeinbildung und die akademische Bildung, aber zu wenig auf die berufliche Bildung fokussiert. Die Staatsregierung und diese Koalition sind sich einig, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertig sind und auch gleichwertig gefördert werden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wie bei einer anstrengenden Bergtour gilt auch in der Bildung: Wir Politiker können Ausrüstung und Orientierung bieten. Wir können den Aufstieg erleichtern und absichern. Den Gipfel muss aber jeder selbst erklimmen. Bildung ist keine bequeme Seilbahnfahrt nach oben. Ohne eigene Anstrengung, ohne Selbstdisziplin und ohne den Willen zum Erfolg geht es nicht. Aber ich verspreche Ihnen: Wir werden für jeden jungen Menschen, für jeden Gipfelstürmer, ein gutes Basislager und die beste Ausrüstung bieten, egal, welchen Gipfel er sich aussucht und egal, welche Route er wählt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Gute Bildung gelingt am besten, wenn Eltern, Schüler und Lehrkräfte an einem Strang ziehen. Ich betone ausdrücklich: Schule kann nicht alles leisten. Zuallererst haben auch die Eltern ihre Erziehungsverantwortung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wissen ist noch keine Bildung. Nirgends steht das so schön und prägnant wie in Artikel 131 unserer Bayerischen Verfassung. Dort heißt es: "Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern auch Herz und Charakter bilden." Erst das macht eine Persönlichkeit aus. Deshalb schließen wir ein Wertebündnis zwischen Erziehern, Lehrern und Partnern aus den Kirchen und der Wirtschaft bis hin zu Sport und Kultur. Unser Land braucht Menschen, die gerne Verantwortung im Beruf, im Ehrenamt oder in der Politik übernehmen. Wir wissen: Was wir unseren Kindern heute fürs Leben mitgeben, bestimmt morgen unsere Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, schauen Sie nach Griechenland. Die dortigen Entwicklungen haben sehr viel mit der Lebenssituation der jungen Menschen dort zu tun. Ich kann uns nur immer wieder zurufen: Mehr Prävention, weniger Reparatur.

Zur Teilhabe und zu den Chancen gehören auch gute Hochschulen. Deswegen werden wir alles tun, um die Exzellenz und das internationale Ansehen unserer Universitäten und Fachhochschulen weiter auszubauen und zu verbessern.

(Zuruf von den GRÜNEN: Konkret!)

- Zu diesem Zwischenruf sage ich: Wir schaffen zusätzlich 38.000 Studienplätze und 3000 neue Stellen an den Hochschulen, damit wir dem doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2011 gute Studienbedingungen bieten können. In den nächsten zehn Jahren werden wir vier Milliarden Euro in die Modernisierung der Hochschulen investieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Beim wissenschaftlichen Nachwuchs werden wir uns verstärkt um die besten Köpfe bemühen. Vor allem werden wir an den Hochschulen mehr Eigenverantwortung erproben. Der Minister hat dabei meine ganz besondere Unterstützung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir schaffen die Verwaltungsgebühren für Studenten ab. Künftig wird jede Familie nur noch für ein Kind Studiengebühren zahlen müssen, wenn mehrere Kinder gleichzeitig studieren. Über die konkrete Verwendung der Studiengebühren - das liegt mir sehr am Herzen - wird künftig überall in Bayern paritätisch - gemeinsam mit den Studenten - entschieden. Es kann nicht sein, dass die Studenten außen vor bleiben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir streben den Aufbau eines Stipendiensystems an. Die Hochschulen sollen allen Begabten und Leistungsbereiten offenstehen. Schon heute ist jeder vierte Student von den Studiengebühren befreit. Für diese Koalition bedeutet Chancengerechtigkeit: Wer das Zeug dazu hat, muss unabhängig vom Geldbeutel der Eltern studieren können. Das ist unsere klare Prämisse.

(Allgemeiner Beifall)

Ob Schule, Hochschule oder berufliche Bildung: Was wir heute in der Bildung versäumen, müssen wir morgen bei der Sozialhilfe, beim Arbeitslosengeld oder der Jugendhilfe teuer bezahlen.

(Beifall bei der FDP)

Bildung ist eine individuelle Zukunftsinvestition und soziale Vorsorge. Bildungspolitik ist deshalb nicht nur eine Frage der Teilhabe und der Gerechtigkeit, sondern auch eine Frage der nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Stabilität unserer Gesellschaft. Mein Vor-

gänger hat einmal gesagt: Bildungspolitik ist die Sozialpolitik dieses Jahrhunderts.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Der kann das schon nicht mehr hören, der Vorgänger!)

Nachhaltigkeit ist die dritte Richtlinie dieser Regierung. Nachhaltigkeit bedeutet, unsere Lebensgrundlagen zu erhalten und nicht zu verzehren. Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig. Das gilt vom Schutz der Umwelt und des Klimas bis hin zur Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Für die Politik bedeutet das, dass sie nicht in Wahlperioden denken darf, sondern für Generationen handeln muss. Für die Wirtschaft bedeutet das, dass sie vom Quartalsdenken und der Jagd nach dem schnellen Geld wegkommen muss.

Zwei Ideologien sind in unserer modernen Zeit gescheitert: Der Spekulationskapitalismus ist gescheitert, weil er unternehmerische Werte nicht nachhaltig gemehrt, sondern des kurzfristigen Gewinns wegen zerstört hat. Dieser Spekulationskapitalismus ist genauso gescheitert wie der reale Sozialismus. Beide Ideologien sind gescheitert, weil sie auf einem falschen Menschenbild fußen. Besinnen wir uns deshalb heute in der Krise auf das, was wirklich trägt und was sich über Jahrzehnte bewährt hat. Unsere soziale Marktwirtschaft war und ist eine Wirtschaftsordnung, die nachhaltig materielle Werte, sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt schafft. Wir, die Koalition aus CSU und FDP, wollen eine Renaissance der sozialen Marktwirtschaft. Dafür stehe ich persönlich mit meinem Stellvertreter und Wirtschaftsminister Martin Zeil.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, die Renaissance der sozialen Marktwirtschaft wird von München ausgehen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

In der sozialen Marktwirtschaft geht es nicht nur um den Marktwert, sondern auch um Menschenwürde. Aus der Wertschätzung des Einzelnen erwächst in der sozialen Marktwirtschaft die Wertschöpfung für das Ganze. Das ist das eigentliche Geheimnis der sozialen Marktwirtschaft.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wie bei der Landesbank!)

Deshalb bedeutet die soziale Marktwirtschaft die Überwindung klassenkämpferischer Ideologie durch eine soziale Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Bayern und Deutschland sind auch deshalb stark, weil es bei uns in der Mehrheit nie Klassenkampf, sondern immer den Gedanken der sozialen Partner-

schaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegeben hat.

(Franz Maget (SPD): Weg mit dem Kündigungsschutz! Zeit wird's!)

Die Tarifpartner haben gerade in letzter Zeit ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung in hohem Maße wahrgenommen. Dafür möchte ich sowohl den Arbeitgebern wie auch den Gewerkschaften herzlich danken. Diese soziale Partnerschaft und dieses hohe Maß an Verantwortung für das Ganze brauchen wir gerade jetzt in dieser Krise zur Bewältigung unserer Probleme.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die gegenwärtige Krise ist auch eine Krise der ökonomischen Theorie; ich sagte es schon letzten Mittwoch. Viele haben vergessen, dass Markt und Wettbewerb allein nicht ausreichen, um nachhaltig Stabilität und Wohlstand für alle zu schaffen. Wir brauchen einen wertgebundenen Ordnungsrahmen, der immer wieder neu bekräftigt und weiterentwickelt werden muss. Verankern wir daher die soziale Marktwirtschaft wieder gemeinsam in unseren Köpfen, Herzen und Gesetzen! Diese soziale Marktwirtschaft, in richtiger Form gelebt, war die Grundlage für das Wirtschaftswunder nach der Stunde null im Jahr 1945. Nur aus diesem Geist und mit diesen Zielen verheißen alle Not- und Rettungsmaßnahmen in der aktuellen Krise wirklichen Erfolg.

Herzstück unserer wertgebundenen sozialen Marktwirtschaft ist der Mittelstand, sind die selbstständigen Unternehmer, ist das Handwerk und sind die Freiberufler. Deshalb wird diese Staatsregierung unsere mittelständischen Unternehmen und unsere Handwerksbetriebe weiter stärken. Wir haben das schon mit dem Mittelstandsschirm getan. Denn dort, im Mittelstand, wird persönlich Verantwortung übernommen und Risiko getragen. Hier, im Mittelstand, der zu 80 bis 90% aus Familienunternehmen besteht, steht der Unternehmer mit seinem gesamten Privatvermögen für seine Entscheidungen gerade. Im Mittelstand wird langfristig investiert und nachhaltig gewirtschaftet. Hier wird nicht gleich entlassen, sondern überdurchschnittlich viel getan, um Arbeitnehmer auch in schlechten Tagen zu halten. Hier bewahrt sich auch eine ethische Verantwortung für das Ganze, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet im mittelständischen Familienbetrieb in der Regel: Wirtschaften unter Einschluss der kommenden Generation. Deshalb haben wir uns gemeinsam für eine mittelstandsfreundliche Erbschaftsteuerreform eingesetzt, damit Betriebe unabhängig vom Generationswechsel weitergeführt und Arbeitsplätze erhalten werden. Politik für den Mit-

telstand heißt aber auch - und das werden wir sehr in den Mittelpunkt stellen -: Abbau bürokratischer Hemmnisse, Senkung der Steuer- und Abgabenlast, Förderung von Exportorientierung und Innovation sowie den Vorrang der privatwirtschaftlichen Betätigung vor der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand. Ausnahme: kommunale Daseinsvorsorge. Dort ist die öffentliche Hand gefragt, ansonsten das private Engagement.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir setzen auf Forschung und Innovation, weil das die Arbeitsplätze der Zukunft schafft. Gemeinsam mit der Wirtschaft werden wir die Forschungsaufgaben in Bayern weiter steigern und auch in herausragende Forschungsprojekte der Hochschulen investieren. Niemand wird bestreiten können, dass der Fortschritt heute bayerisch spricht. Deshalb wird Innovation auch Schwerpunkt dieser Staatsregierung sein - von neuen Leuchtturmprojekten bis hin zu Innovationsgutscheinen für den Mittelstand. Innovation kommt aus den Köpfen. Deshalb setzen wir gemeinsam mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften auf Weiterbildung. Über eine Weiterbildungsinitiative zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften haben wir bereits Gespräche geführt. Denn wir stimmen in der Auffassung überein, dass lebenslanges Lernen entscheidend für nachhaltig gute Beschäftigungschancen in einer Welt des Wandels, gerade auch nach dem fünfzigsten Lebensjahr, ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Weiterbildung - darauf kann man nicht oft genug hinweisen - ist auch ein Schlüssel für die nötigen Fachkräfte bei rückläufiger Bevölkerung und ist damit eine gute Zukunftsinvestition.

Meine Damen und Herren! Nachhaltige Politik für Bayern muss sich auch in einem stabilen Gleichgewicht von Metropolen und ländlichem Raum beweisen. Wir stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse - auch da ist noch einiges zu tun -, für Arbeit und Chancen überall in Bayern, in Stadt und Land. Der ländliche Raum in Bayern hat zwar gute Sozialstrukturen. Er braucht aber auch gute Infrastruktur, von der Bildung über den Verkehr bis zur medizinischen Versorgung.

(Harald Güller (SPD): Darum habt ihr die Hauptschulen kaputt gemacht!)

Heute gehört dazu vor allem auch ein leistungsfähiger Internetzugang.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir werden dafür sorgen, dass spätestens in drei Jahren die Bürger überall in Bayern Zugang zum schnellen Internet haben.

(Beifall bei CSU und FDP)

Das wird - das möchte ich mit allem Ernst sagen - eine große Bewährungschance, vielleicht auch eine der letzten, für die Bezirksregierungen, die hier gegenüber den Kommunen, den Landkreisen und Städten dafür sorgen müssen, dass endlich nach langer Diskussion

(Christa Naaß (SPD): Warum erst jetzt?)

der schnelle Internetzugang für die Menschen im ländlichen Raum Wirklichkeit wird.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Respekt, so schnell schon! - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ursprung und Vorbild für Nachhaltigkeit und eine generationenübergreifende Verantwortung ist die bäuerliche Land- und Forstwirtschaft. Sie prägt Bayern seit Jahrhunderten. Nirgends gibt es mehr Bauern, die mit ihren Höfen und ihrer harten Arbeit zur Sicherstellung der Nahrungsversorgung beitragen. Und - meine Damen und Herren, das geht in der Diskussion oft unter: - noch nie war die Qualität dieser Nahrungsmittel, die unsere Bauern produzieren, höher als heute.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die bäuerliche Landwirtschaft gibt unserem Land eine besondere Lebensqualität.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Unsere Bauernfamilien gehören zur Stärke und zur Seele Bayerns und sie sind zusammen mit der Ernährungswirtschaft ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Deshalb setzen wir uns als Staatsregierung ein für unsere Bauern und ihre berechtigten Forderungen in Berlin und Brüssel. Die von der EU beschlossene Quoten-aufstockung bedeutet für viele unserer Milchbauern schwierige Anpassungen. In harten Verhandlungen haben wir in Brüssel einen Milchfonds durchgesetzt, der wichtige Hilfestellungen leisten wird. Für die Zukunft unserer Landwirte werden wir die einzelbetriebliche Investitionsförderung verbessern und die mittelständischen Strukturen der Ernährungswirtschaft stärken, damit sie durch ihre Produkte angemessene Einkommen erzielen können.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen Bayern als Tourismusland Nummer 1 weiter stärken. Wir unterstützen die Maßnahmen zur Qualitätssteigerung der Tourismusangebote sowie zur bes-

seren Vermarktung. Wir wollen Wettbewerbsverzerrungen zu den Nachbarländern abbauen. Wegen dieser Wettbewerbsverzerrungen setzen wir uns für einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Hotels und Gaststätten ein.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Keine nachhaltige Wirtschaft ohne eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung! Sie ist heute wieder eine Schlüsselfrage für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bayern, so wie wir Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Erdölpipeline und der Nutzung der Kernenergie auf die wirtschaftliche Erfolgsspur gesetzt haben. In Zeiten globaler Energieverknappung und -verteuerung sind unsere Ziele: An erster Stelle steht die Einsparung von Energie. Wir unterstützen deshalb die Gebäudesanierung. An zweiter Stelle steht die Dezentralisierung der Energieversorgung, zum Beispiel durch Kraft-Wärme-Koppelung, die fortentwickelt werden muss. Drittens wollen wir erneuerbare Energiequellen ausbauen, um unabhängiger zu sein durch die Nutzung von Geothermie, Biomasse, Wasser, Sonne und Wind.

Klima und Umweltschutz haben in Bayern seit Langem einen hohen Stellenwert. Wir haben einen weit unterdurchschnittlichen Ausstoß von CO₂ pro Kopf, den höchsten Anteil an regenerativen Energien, eine hervorragende Trinkwasserqualität, saubere Flüsse und Seen und den ersten Umweltpakt Deutschlands, an dem sich mittlerweile 5.000 Unternehmen in Bayern beteiligen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern soll nach dem Willen dieser Koalition auch in Zukunft Vorreiter sein bei der Bewahrung der Schöpfung. Dabei betrachten wir Klimaschutz und Umweltschutz in der richtigen Dosierung nicht als Jobkiller, sondern als Jobmotor. Unser Klimaziel ist ehrgeizig: Wir wollen die CO₂-Emissionen auf unter sechs Tonnen pro Kopf bis spätestens 2020 begrenzen. Trotz guter Ausgangsposition und hohem Tempo beim Ausbau erneuerbarer Energien halten wir dazu die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke für unverzichtbar. Es wäre wirtschaftlich und umweltpolitisch unverantwortlich, sichere und CO₂-freie Kernkraftwerke abzuschalten und durch fossile Kraftwerke zu ersetzen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich setze hinzu: Der wirtschaftliche Nutzen der Laufzeitverlängerung muss den Stromkunden und der Energieforschung zugutekommen. Wir setzen auf neue Energietechnologien und umweltfreundliche Fahrzeuge. Hier finden sehr intensive Gespräche mit dem Kfz-

Gewerbe und der bayerischen Automobilindustrie statt, übrigens auch mit der Arbeitnehmervertretung.

Wir wollen den Klimawandel bewältigen. Das reicht vom Hochwasserschutz, wo wir ungeheuer viel investieren und weiter investieren werden bis hin zum Walddumbau. Wir wollen die Arten- und Sortenvielfalt und die natürlichen Lebensräume erhalten.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Mit Gentechnik?)

Wir wollen die Lärmbekämpfung verstärken. Meine Damen und Herren, ein oft unterschätztes Thema ist der Flächenverbrauch. Wir wollen den Flächenverbrauch vermindern. Ich weiß, das ist leichter gefordert als vor Ort umgesetzt. Wir brauchen in Bayern, aber auch in Deutschland, für Infrastruktur- und andere Baumaßnahmen viel zu viel Lebensraum, viel zu viele Flächen. Meine Damen und Herren, da müssen wir bescheidener und zurückhaltender werden!

(Beifall bei der CSU und der FDP - Sepp Daxenberger (GRÜNE): Siehe Flughafen!)

Nachhaltigkeit heißt vor allem aber auch eine Finanzpolitik, die unseren Kindern und Enkeln die gleichen Chancen und Gestaltungsspielräume lässt, wie wir sie heute haben. Es geht also nicht um Konsum auf Pump und auf Kosten der nächsten Generation, sondern um Zukunftsinvestitionen.

(Beifall des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Ich weiß, dass die Krise bei der Landesbank eine neue Kreditaufnahme bedeutet. Das ist aber einer singulären Ausnahmesituation geschuldet und keine Abkehr vom Grundsatz einer Haushaltsführung ohne neue Schulden. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen den Weg beschritten, der die geringstmögliche Belastung bedeutet. Der reguläre Doppelhaushalt 2009/2010, den wir nächste Woche im Kabinett beschließen, wird damit nicht belastet. Wir können die Zinsen aus den Rücklagen, aus den Zinsen- und Gebührenzahlungen sowie den Dividenden der Bank finanzieren.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Ja, und die Erde ist eine Scheibe!)

Die für unsere Zukunft entscheidenden Investitionen vom Ausbau der Kinderbetreuung über die Bildung, bis zur Forschung und zur Infrastruktur werden wir ohne Abstriche durchführen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist ein Erfolg der soliden bayerischen Finanzpolitik der letzten Jahre. Bayern war das erste Land mit ausgeglichenem Haushalt.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: War, war!)

Damit haben wir Maßstäbe gesetzt. Wir werden alles daran setzen, diese Politik mit einer sparsamsten Haushaltsführung konsequent fortzusetzen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Der Doppelhaushalt 2009/2010 wird ausgeglichen sein, er wird keine neuen Schulden, aber hohe Investitionen in die Zukunft vorsehen.

(Christa Naaß (SPD): Und was ist dann? Was ist dann!)

Nach 2010, wir sprechen die Dinge offen an, werden wir wegen der Landesbank Kredite abzufinanzieren haben.

(Franz Maget (SPD): Es geht um zehn Milliarden! Da reicht keine Entschuldigung!)

Meine Damen und Herren, die Staatsregierung will innerhalb der nächsten Monate diesem Haus, das die Hoheit über die Finanzen hat, einen Vorschlag machen, wie wir nach dem nächsten Doppelhaushalt die Abfinanzierung der Kosten durch die Landesbank gestalten können. Das sind wir dem Parlament auch schuldig.

(Franz Maget (SPD): Das würden wir aber gern vorher wissen! Bevor wir zehn Milliarden Euro Schulden machen!)

Ich kann Ihnen sagen, dass wir den nächsten Doppelhaushalt, den regulären Doppelhaushalt, ohne Neuverschuldung vorlegen werden. Das gilt auch für die Jahre nach 2010, allerdings unter Vorbehalt der weltweiten Wirtschaftsrezession und der Finanzmarktkrise. Im Moment ist niemand in der Lage, meine Damen und Herren, exakte Prognosen für den weiteren Verlauf der Finanzmarktkrise und der Weltwirtschaftsrezession zu geben.

Ich sage in diesem Zusammenhang noch einmal offen, dass hier in der Vergangenheit Fehler gemacht worden sind. Die können wir nicht rückgängig machen. Diese Koalition ist aber fest entschlossen, alles zu tun, um unserer Verantwortung für die Zukunft gerecht zu werden.

(Christa Naaß (SPD): Dafür tragen Sie Verantwortung!)

Unsere vierte Leitlinie heißt: Wir wollen einen starken Staat dort, wo es nötig ist, und Freiräume für die Bürger überall dort, wo es möglich ist. Wir wollen für die persönliche und wirtschaftliche Entfaltung der Bürger mehr Freiräume schaffen. Wir wollen aber auch einen starken und verlässlichen Staat. Das gilt für den Sozialstaat, der den Schwachen hilft. Menschen, die sich selbst nicht helfen können, brauchen Unterstützung. Das gilt aber auch dort, wo es um die Sicherheit der Bürger geht.

Der Staat ist der Garant für Freiheit und Sicherheit. Beides gehört zusammen. Nur ein starker Staat kann die Freiheit des Einzelnen im Großen wie im Kleinen wirksam schützen. Eine ganze Reihe von Gewalttaten hierzulande und weltweit beweisen: Sicherheit ist ein soziales Grundrecht. Es ist heute bedroht denn je. Wir werden es in Bayern entschlossen verteidigen.

Die Staatsregierung wird weiterhin alles daran setzen, dass Bayern eines der sichersten Länder auf dieser Welt bleibt. Dabei sagen wir: Wir brauchen mehr Polizisten, nicht mehr Paragrafen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Das heißt konkret: Wir werden in den nächsten beiden Jahren unsere Polizei um 1000 Stellen

(Franz Maget (SPD): Da klotzen Sie aber, Mensch Meier!)

und in dieser Legislaturperiode die Justiz um 400 Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsbeamte verstärken.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Christa Naaß (SPD): Wie sieht es bei der Finanzverwaltung aus?)

Wir werden Aufmärschen von Neonazis und Gewalttätern wie in Gräfenberg oder kürzlich in München mit einem novellierten Versammlungsgesetz begegnen, und zwar nicht, indem wir für die Freiheit der Bürger mehr Einengungen vorsehen, sondern um diesen Chaoten, den Neonazis und den Gewalttätern, die Stirn zu bieten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Das habt ihr doch schon!)

Extremisten und Chaoten haben auch künftig in Bayern keine Chance. Wir werden in Bayern keine Rückzugsräume für Verbrecher dulden.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dabei wollen wir, das ist die schöne Herausforderung dieser Koalition, ein ausgewogenes Verhältnis zwi-

schen den Freiheitsrechten der Bürger und den notwendigen Maßnahmen zur Gewährleistung der inneren Sicherheit bewahren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Da hat auf der Regierungsbank von der CSU keiner geklatscht! Da hat keiner geklatscht!)

Ein besonderes Spannungsfeld zwischen unternehmerischer Freiheit einerseits und Schutz des Bürgers andererseits ist der Verbraucherschutz. Hier geht es um die Sicherheit, von der Gesundheit bis zum Schutz der Privatsphäre. Denken Sie an den Datenklau. Diese Risiken können die Menschen nicht ohne Weiteres selbst beurteilen. Ohne staatliche Hilfen wären sie ihnen weitgehend ausgeliefert. Wir haben deshalb eine eigene, ressortübergreifende Zuständigkeit im Justizministerium geschaffen und so den Verbraucherschutz in Bayern aufgewertet. Wir werden die staatliche Aufsicht über den Datenschutz im privaten Bereich stärken. Die bisherige Dienststelle in Ansbach wird zu einem Landesamt für den Datenschutz ausgebaut.

Das Nichtraucherschutzgesetz wird novelliert. Dabei gilt der Grundsatz: Dort, wo sich die Menschen im Regelfall aufhalten müssen, wie zum Beispiel in Krankenhäusern, in Behörden oder auch in Speiserestaurants, bleibt es beim absoluten Rauchverbot. Auch der Kinder- und Jugendschutz bleibt unangetastet.

(Beifall eines Abgeordneten der CSU)

Dort, wo sich Menschen aufhalten können, zum Beispiel in einem Bierzelt,

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Wie zum Beispiel die Bedienungen im Bierzelt! - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

wird das Rauchverbot in dem vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Rahmen geregelt. Wir wollen hier die sprichwörtliche Liberalitas Bavariae zur Geltung bringen. Meine Damen und Herren, nicht jeder Quadratmeter in Bayern muss mit rechtlichen Regelungen überzogen werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Auf der Regierungsbank klatscht hierzu von der CSU schon wieder keiner!)

Die Spitzenposition des Wirtschaftsstandorts Bayern, die hohe Sicherheit und die Lebensqualität in unserer Heimat ruhen auf einer modernen, leistungsfähigen und bürgerfreundlichen Verwaltung.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Das stört mich nicht, Frau Präsidentin. - Dafür danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern! Unsere Behörden sollen künftig noch mehr in diesem Geiste handeln. Es gilt für uns alle, dass wir diesen Geist, von den Ministerien, von der Staatskanzlei, bis zur kommunalen Selbstverwaltung hinunter transportieren. Meine Damen und Herren, wir müssen noch mehr als bisher, nämlich dann, wenn sich der Bürger der Dienstleistung der öffentlichen Hand bedient, nach dem Motto vorgehen: Wie kann ich etwas ermöglichen? - Und nicht: Wie kann ich etwas verhindern? Dieser Geist muss überall zu spüren sein.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Gemeinsam mit den Mitarbeitern werden wir bis zum Jahr 2011 ein modernes und leistungsorientiertes Dienstrecht schaffen. Grundlage sind die Eckpunkte der letzten Legislaturperiode. Insgesamt wollen wir unsere Verwaltung stärker am Subsidiaritätsprinzip ausrichten und die kommunale Selbstverwaltung weiter stärken, damit möglichst viel bürgernah entschieden werden kann. Das schließt eine zielgenaue Zuordnung der Aufgaben auf Gemeinden, Landkreise und Bezirke ein. Die wahren Garanten für die Bürgernähe in unserem Lande sind die Kommunen. Sie stehen für Bürgernähe und soziales Miteinander. Ich freue mich, dass es dem Finanzminister gelungen ist, dass der kommunale Finanzausgleich in diesem Doppelhaushalt zur Zufriedenheit der Kommunen geregelt werden konnte.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, diese Kommunalfreundlichkeit der Koalition ist in einer Zeit finanzieller Herausforderungen bemerkenswert.

Wir wollen eine Aufgabenentflechtung zwischen Staat und Kommunen. Für eine Aufgabe soll die Körperschaft zuständig sein, die ortsnah, zügig und mit klarer Verantwortlichkeit entscheiden kann. Wo immer es sinnvoll ist - das ist mein persönliches Hobby -, werden wir Aufgaben von oben nach unten verlagern. Wir wollen starke, aber nicht unbedingt große Mittelbehörden. Die Ministerien werden von diesen Überlegungen nicht ausgenommen bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Auch hier gilt der alte Grundsatz: Man soll einer größeren Einheit nichts übertragen, was eine kleinere genauso gut erledigen kann.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Für diese Aufgabe setzen wir einen Kabinettsausschuss "Verwaltungsreform und Aufgabenüberprüfung" unter Vorsitz des Leiters der Staatskanzlei ein.

(Franz Maget (SPD): Schon wieder!)

Darum werde ich mich kümmern. Ich bin heute schon gespannt darauf, in welcher Form sich Herr Maget um diese Frage kümmern wird.

Die richtige Balance zwischen Freiheit und Schutz gilt auch im Verhältnis zwischen Bayern, Deutschland und Europa. Ich werde am Donnerstag in meiner neuen Funktion zum ersten Mal in Brüssel sein. Ich werde nächsten Montag unsere österreichischen Nachbarn besuchen. Seit über einem halben Jahrhundert können wir in Frieden und Wohlstand leben, weil uns die Europäische Union einen einigenden Rahmen und ein solides Fundament gegeben hat.

Die Herausforderungen für Europa verändern sich beinahe monatlich. Wir brauchen einerseits ein starkes Europa, das die europäischen Interessen und Werte in einer globalisierten Welt kraftvoll vertritt. Denken Sie an die Herausforderungen in Russland und Georgien oder an die gerade aktuelle Finanzkrise. Wir brauchen Europa aber auch bei der Bewältigung von Problemen, die auch ein großer Staat wie Deutschland oder ein mächtiger Staat wie Bayern nicht alleine bewältigen kann.

Europa - darauf legen wir Bayern traditionell den größten Wert - muss aber auch der Vielfalt seiner Mitgliedsstaaten und Regionen den nötigen Raum lassen. Nach wie vor gilt: Nicht jede Aufgabe in Europa ist eine Aufgabe für Europa. Weniger Bürokratie, mehr Subsidiarität, mehr Aufgabenverlagerung auf die Regionen und mehr Bürgernähe sind unsere Kernelemente der Europapolitik.

Bürgernahe Politik bedeutet für uns ein klares Nein zu überflüssiger Bürokratie aus Brüssel, wie sie derzeit beispielsweise mit dem Vorschlag für eine Bodenschutzrichtlinie vorgesehen ist.

Bürgernahe Politik bedeutet für uns eine Klimaschutzpolitik mit Augenmaß. Das gilt gerade für Bayern, wo die Automobilindustrie und das Kfz-Gewerbe eine Bedeutung haben wie in keinem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland. Auch nach Gesprächen mit den Arbeitnehmervertretungen sage ich, dass wir in Europa eine Klimaschutzpolitik mit Augenmaß betreiben müssen, die auch die Interessen unserer bayerischen Arbeitnehmer in der Automobilindustrie und in der Kfz-Branche ausreichend berücksichtigt. Das ist für mich ein ganz wichtiger Punkt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bürgernahe Politik bedeutet für uns auch, dass wir selbst darüber entscheiden können und es nicht der Europäischen Union überlassen, ob auf unseren Feldern gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut wer-

den dürfen oder nicht. Über die Nutzung des bayerischen Bodens wollen wir in Bayern selbst entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Sepp Daxenberger (GRÜNE): Wie entscheiden Sie dann? Das möchte ich gerne wissen!)

Zu Europa gehört ein gutes Miteinander mit allen Nachbarn, auch - das sage ich ausdrücklich - mit Tschechien. Ich werde daher sobald wie möglich zusammen mit den Repräsentanten der Sudetendeutschen einen neuen Schritt auf unseren Nachbarn Tschechien zugehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eingangs gesagt: Bayerns Stärke sind seine Menschen. 12 Millionen Männer, Frauen und Kinder machen Bayern aus. Jeder an seinem Platz und jeder mit seiner individuellen schöpferischen Kraft kann unser Land voranbringen. Millionen aktive Bürgerinnen und Bürger können mehr leisten, als es der Staat jemals vermag. Wir wollen für diese Leistung der Bürger Freiräume schaffen, Mut machen und Unterstützung geben. Wir wollen nicht zuviel versprechen, sondern wir wollen eine verlässliche und glaubwürdige Politik gestalten.

Wir wollen vor allem Vertrauen schaffen und die Menschen in unsere Politik einbinden. Wir wollen mehr zuhören, aufnehmen und im gemeinsamen Dialog Lösungen finden. Wir wollen die Menschen erst nehmen. Das gilt für alle Bereiche, von den Veränderungen in Bildung und Schule bis zur Konzeption und Planung von großen Infrastrukturvorhaben, die die Menschen vor Ort besonders bewegen. Deshalb bitte ich auch die Medien um Unterstützung, diesen Dialog zu ermöglichen. Ich persönlich stehe für diesen Dialog mit der Bevölkerung auch ein. Wir wollen Vertrauen schaffen. Wir vertrauen den Menschen. Und wir werben dafür, dass die Menschen uns vertrauen. Wir wollen Vertrauen schaffen mit einer wertgebundenen Politik und klaren Leitlinien, mit Geborgenheit und sozialer Sicherheit, mit guter Bildung und Teilhabe für alle, mit Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sowie mit persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit und einem verlässlichen staatlichen Schutz.

Meine Damen und Herren, Bayern ist ein heimatverbundenes und weltoffenes Land. Bayern ist gleichermaßen konservativ und liberal. Bayern ist leistungstark und sozial. Mit einem Wort: Bayern ist einfach großartig.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Franz Maget (SPD): Das Land wäre ja gut, bloß die Regierung ist schlecht!)

Diesem großartigen Land und seinen Menschen wollen wir dienen. Bei der Gelegenheit möchte ich mich bei der bayerischen Bevölkerung für die Aufnahme als Mini-

sterpräsident bedanken. Bisher war ich angeblich auf einem ganz anderen Planeten. Deshalb möchte ich mich bei der bayerischen Bevölkerung ganz herzlich für die Aufnahme in den ersten Wochen bedanken.

Bedanken möchte ich mich auch bei den beiden Koalitionsfraktionen, der CSU wie auch der FDP.

(Beifall bei der CSU und FDP)

Beide vertreten nachhaltig ihre Interessen. Beide kosten mich viele Stunden, aber beide haben auch den Geist der Partnerschaft und der Kollegialität. Vor allem wollen sie - das ist das Wichtigste - diesem großartigen Land Bayern einen Dienst leisten. Das Politikverständnis unserer Zeit lautet: Wir wollen diesem großartigen Land und seinen Menschen dienen. Wenn wir dies in diesem Geist gemeinsam mit der Bevölkerung und mit partieller Unterstützung der Opposition fortsetzen, werden wir die Zukunft gemeinsam gewinnen können - und zwar mit dem Mut und dem Selbstvertrauen, die in dieser Koalition zu Hause sind.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich eröffne die allgemeine Aussprache und darf für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Maget das Wort erteilen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Redezeitverlängerung!)

- Frau Kollegin, ich habe schon ganz bewusst nicht gesagt, dass im Ältestenrat 40 Minuten vereinbart worden sind. Das bedeutet, dass jetzt mit der Redezeit der einzelnen Fraktionen selbstverständlich großzügig umgegangen wird. Selbstverständlich ist eine Verlängerung auch möglich. Sie haben jetzt das Wort, Herr Kollege Maget.

Franz Maget (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss erst einmal den Weihrauch vom Rednerpult wegbringen.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Die CSU-Kolleginnen und -Kollegen haben gerade euphorisch zu den Politikzielen geklatscht, die das Gegenteil dessen ausgedrückt haben, was Sie in den letzten Jahren gemacht haben.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der Freien Wähler und der GRÜNEN)

Sie klatschen bei jeder Gelegenheit, Hauptsache es ist noch einer der Ihren, der da sitzt; was er macht, ist Ihnen egal. Da kann er heute das Gegenteil dessen

verkünden, was Sie in den letzten Jahren praktiziert haben, auch recht, Hauptsache, wir regieren weiter.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist ein großartiges Land, das stimmt, aber das Problem ist: Es wird seit Jahren schlecht regiert. Da können wir nur hoffen, dass das jetzt besser wird.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CSU: Berlin!)

- Was ist mit Berlin? Da regieren Sie doch auch, oder? Sie sind schon noch dabei, oder?

(Lachen bei der SPD)

- Gut, man weiß das bei Ihnen nie; Sie sind also noch dabei.

Herr Ministerpräsident, während ich Sie habe reden hören, habe ich mir die ganze Zeit überlegt, woran mich das jetzt erinnert. Mir ist eingefallen, dass das irgendwie wie Weihnachten gewesen ist: Man wartet lang und gespannt auf die Bescherung, freut sich dann schon darauf, was das Christkind alles an schönen Geschenken unter den Christbaum legt, und so wollten Sie jetzt auch irgendwie verstanden werden: Horst Seehofer als Christkind, das zu den Landeskindern sagt: Verdrängt die schlechten Gedanken der letzten Wochen, freut euch auf das, was ich euch alles in den nächsten Monaten schenken werde; mit den Fehlern der bösen Vorgängerregierung habe ich nichts zu tun. Man hat irgendwie schon ganz vergessen, wer eigentlich die Vorgängerregierung war. Erinnert sich überhaupt noch jemand daran, wer in den letzten Jahren hier regiert hat?

(Harald Güller (SPD): Der ist extra vorher rausgegangen!)

Das scheint alles in Vergessenheit geraten zu sein. Man feiert und favorisiert heute genau die Themen, die man noch vor wenigen Wochen brutalstmöglich ablehnt und bekämpft hat. Das ist zum Teil heute die neue Wahrheit und die neue Wirklichkeit. Liebe Landeskin- der, sagt Herr Seehofer, freut euch jetzt einfach, dass ich da bin, und über die schönen Geschenke, die ich euch jetzt unter den Weihnachtsbaum gelegt habe.

(Beifall des Ministerpräsidenten Horst Seehofer und bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben erfahren, dass der Herr Ministerpräsident ansprechend reden und schön verpacken kann. Die Leute in der Staatskanzlei, Herr Schön und Herr Neumeyer, hatten es teilweise auch einfacher. Sie mussten sich über weite Strecken hin keine eigenen Gedanken mehr machen,

sondern sind in den Kopierraum gegangen und haben dort aus den SPD-Wahlprogrammen die Überschriften kopiert.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Lachen bei der CSU)

Dann hat man immer treffende Formulierungen.

(Zuruf von der CSU)

- Ja, das wird bestätigt, wunderbar. Sie waren fleißig. Bei einigen Passagen, deren Überschrift ich unterschreiben würde, hatte man irgendwie das Gefühl: Ist jetzt doch noch ein Sozialdemokrat Ministerpräsident geworden, oder was ist hier eigentlich passiert?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Zurufe von der CSU)

Aber Vorsicht! Es kommt nicht auf die Verpackung und auf die schöne Rede an, sondern es kommt auf den Inhalt an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was haben Sie hier neben wohlklingenden Formulierungen heute substanzvoll Neues vorgetragen? - Wie Weihnachten, aber enttäuschend! Man macht das Päckchen auf, löst das Band, die schöne Verpackung ist weg, man schaut in die Schachtel rein,

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Und findet eine Krawatte! - Harald Güller (SPD): Und ein Kochtopf ist drin!)

und nichts ist drin. Fast möchte man sagen, Sie sind ein wahrer Verpackungskünstler - so große Pakete, und so wenig ist drin.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN - Zuruf der Abgeordneten Renate Dodell (CSU))

Herr Seehofer, in der letzten Woche waren Sie noch wesentlich großzügiger. Letzte Woche haben Sie viele Millionen und Milliarden angeboten. Da ging es um eine Bank. Heute ging es um die Schulkinder, um die Umwelt, um die Hochschulen und um die Kinderbetreuung. Da macht man es ein bisschen bescheidener. Heute ist Schmalhans Küchenmeister gewesen. Es klingt gut, was Sie sagen, aber an Zahlen, an Fakten, an konkreten Maßnahmen ist wenig zu hören gewesen.

Es gibt einiges Positive; das will ich ausdrücklich anerkennen, und damit will ich anfangen. Sie haben erstmals das Thema Integration in unserem Land mit vernünftigen Worten und in einer vernünftigen Herangehensweise angesprochen. Das ist neu.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war überfällig!)

Was wir hier in den letzten Jahren erlebt haben, war unterirdisch.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst war es ein Gegeneinander, es gab sogar Ausländerfeindlichkeit. Kurz vor Wahlen war ein straffälliger ausländischer Jugendlicher immer willkommen, damit man das Thema Ausländer noch rechtzeitig in den Wahlkampf bringen konnte. Dann gab es ein Nebeneinander. Man hat den Bedarf an Bemühungen um Integration schlichtweg gelehnt und nichts gemacht. In Zukunft ist es hoffentlich ein Miteinander. Wir stellen uns endlich einer Aufgabe - ich hoffe, Sie auch -, die dieses Land dringend bewältigen muss. Sie haben angeblich schon einen Integrationsbeauftragten benannt, aber er ist jetzt nicht mehr da. Ah, da hinten sind Sie, Herr Barfuß. Vielleicht sind Sie es auch schon nicht mehr. Vielleicht sind Sie ein wenig gach in die Diskussion eingestiegen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Man soll es nicht gleich übertreiben. Die Forderung nach Übernahme anderer Rechtssysteme in unser System war vielleicht etwas zu viel. Das ginge auch uns zu weit. Aber es ist richtig, dieses Thema nicht nur anzusprechen, sondern sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen. Nach einer jüngst veröffentlichten Untersuchung ist es leider wahr, dass unser Land Bayern mit der Auffälligkeit von Antisemitismus, Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit an führender Stelle liegt. Wir haben hier also viel zu tun.

Das zweite Thema, das sich, wie ich meine, positiv entwickelt hat, ist die Rechtsstaatlichkeit. Was hat der Herr Ministerpräsident gesagt? Er wolle in Zukunft ein ausgewogenes Verhältnis von Rechtsstaat und Sicherheit herstellen. Hoppla! Wie war das denn in der Vergangenheit?

(Zuruf von der SPD: Unausgewogen!)

Hatten wir in Bayern in der Vergangenheit etwa kein ausgewogenes Verhältnis von Rechtsstaat und Sicherheit? Kann das wahr sein? Sie haben doch pausenlos betont, dass Sie Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit in exaktem Gleichgewicht halten. Was hat Herr Herrmann hier alles gesagt, als zum Beispiel über die Online-Durchsuchungen diskutiert wurde? - Er hat zu uns gesagt, dass alle, die das Gesetz jetzt blockieren, sich dessen bewusst sein müssen, dass sie im Falle eines Terroranschlags möglicherweise Mitschuld auf sich laden. Das haben Sie zu den Online-Durchsuchungen gesagt.

(Harald Güller (SPD): Eine Ungeheuerlichkeit!)

Wer das ablehnt, haben Sie uns vorgeworfen, macht sich möglicherweise mitschuldig, wenn ein Terroranschlag passiert. Ich fand das damals schon ungeheuerlich. Wissen Sie, was jetzt passiert? - Jetzt nehmen Sie dieses Gesetz selbst zurück. Erst immer eine große Klappe, und was werden Sie jetzt bei der Online-Durchsuchung in Berlin machen? - Sie werden sich kleinlaut enthalten.

(Beifall bei der SPD)

Erst eine solche Klappe, und sich dann kleinlaut enthalten.

Ich finde es gut, dass Online-Durchsuchungen künftig anders geregelt werden, aber genau das war unsere ständige Forderung in diesem Hause. Schön, wenn es jetzt anders werden soll. Ich wundere mich nur darüber, dass Sie jetzt plötzlich dazu Beifall klatschen. Darüber wundere ich mich schon. Jetzt klatschen Sie plötzlich Beifall. Noch vor wenigen Monaten haben Sie uns wüst beschimpft - die gleichen Leute.

(Christa Naaß (SPD): Das ist die CSU!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so viel Heuchelei ist schon starker Tobak.

(Beifall bei der SPD)

Beim Bayerischen Versammlungsgesetz ist es ähnlich. Sie haben jetzt gesagt, wir werden das Bayerische Versammlungsgesetz novellieren und damit den Rechtsextremisten die Stirn bieten. - Das haben Sie doch schon gemacht. Das war doch genau die Begründung hier für das Bayerische Versammlungsgesetz. Sie haben uns vorgeworfen, dass wir den Extremisten freien Lauf lassen, wenn wir dieses neue Versammlungsgesetz nicht mit unterstützen.

Jetzt hat die FDP mit uns gemeinsam vor dem Bundesverfassungsgericht eine Klage laufen. Unser gemeinsames Ziel war es, das Bayerische Versammlungsgesetz zu kippen. Warum setzen Sie es denn nicht jetzt sofort außer Kraft? Warum machen Sie denn das nicht? Sie klagen doch gemeinsam mit uns in Karlsruhe. Warum setzen Sie das Bayerische Versammlungsgesetz jetzt nicht außer Kraft? Das würde überhaupt keinen Schaden anrichten.

(Zuruf von der FDP)

- Nein, nichts.

Wir kämen zur bundesrechtlichen Linie zurück, und dann setzen wir uns in Ruhe miteinander hin. Das machen besser wir miteinander als Sie mit denen - da

kommt mehr heraus. Wenn Sie souverän genug sind, dann machen wir etwas Vernünftiges. Das würde mir gefallen.

Der dritte Punkt, den ich positiv vermerken möchte, ist folgender: Bestimmte Begriffe werden jetzt zumindest nicht mehr mit spitzen Fingern angefasst. Ich nenne als Beispiel Ganztagschule und Kinderkrippe. Sie sagen, Sie wollen einen flächendeckenden Ausbau der Ganztagschule und Sie wollen Kinderkrippen wegen der Wahlfreiheit für Familien. - Vollkommen richtig. Ich würde Ihnen wünschen, dass Sie die Diskussionen der letzten Jahre in diesem Hause einmal Revue passieren lassen und nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

Was uns da alles von diesen Leuten, die da sitzen, die da oben sitzen und da drüben sitzen - jetzt nicht mehr, die sind schon gleich alle weg - - Sie nicht, aber Ihr Koalitionspartner.

(Staatsminister Martin Zeil: Wir bleiben länger, als Ihnen lieb ist!)

- Ja, genau, aber Ihr Koalitionspartner scheint zu verschwinden. Ihr Koalitionspartner ist abgängig.

Was haben wir uns hier alles anhören müssen: Kinderkrippen - sozialistisches Teufelszeug. Was hat man uns hier gesagt? - Ihr wollt - hat jemand von diesem Rednerpult aus gesagt -, dass die Eltern die Kinder gleich nach der Geburt in der staatlichen Kinderkrippe abliefern müssen. Das war wörtlich Ihre Kritik in diesem Hause.

(Joachim Unterländer (CSU): Vor dreißig Jahren war das!)

- Herr Unterländer, sogar Sie haben sich geärgert, was da für ein Senf geredet wurde.

Bei den Ganztagschulen war es das Gleiche: Überflüssig, sinnlos, brauchen wir nicht. Wenn das jetzt anders werden soll, bin ich zufrieden, aber ich sage auch selbstbewusst: Es sind die Ergebnisse sozialdemokratischen politischen Handelns. Es ist unsere Politik. Wir haben uns durchgesetzt mit dieser Gesellschaftspolitik gegen Ihren ideologischen Widerstand.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auf diesen Feldern das Original. Wenn Sie ihre Leute jetzt in die Kopierstuben schicken, um die Dinge bei uns abzufotokopieren, dann ist uns das recht. Es ist besser, als wenn gar nichts passieren würde.

(Harald Güller (SPD): Wir haben aber ein Jahrzehnt verloren!)

Eine weitere Vorbemerkung. Ich würde gern mit Ihnen über alles diskutieren, was Sie mit Ihrem Koalitionspartner verabredet haben. Man hat in der Zeitung gelesen, dass es scheinbar umfängliche - es hieß dort: geheime - Absprachen gebe. Ich finde, ein Ministerpräsident, der uns Transparenz und Offenheit verspricht, muss das einlösen und darf keine geheimen Nebenabreden irgendwo verstecken, sondern muss den Bürgern sagen, was Sache ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist doch interessant: Die Menschen im Bayerischen Wald würden gern wissen, was haben Sie denn zum Nationalpark für eine Linie abgesteckt. Warum halten Sie das denn geheim? Schämen Sie sich für die Absprache? - Das hoffe ich nicht. Dann legen Sie das doch auf den Tisch, dann können wir das bewerten. Vielleicht sind Teile dabei, die wir sogar gut finden. Was haben Sie denn zum Donauausbau drin? - Ich weiß es nicht. Es steht heute irgendetwas in der Zeitung, aber ich weiß es nicht.

Ich hätte gern, dass Sie Ihre Ankündigung, mit Ihrer Politik offen und transparent umzugehen, ernst meinen. Nicht nur formulieren, sondern bitte schön ehrlich auf den Tisch legen, was Sie an Zielen verfolgen. Wenn sich Herr Söder für die Zahnarzt Honorare stark macht, kann man das richtig oder falsch finden. Wenn es aber schon das Ergebnis einer Koalitionsabsprache ist, dann muss diese Absprache auf den Tisch und dann muss darüber offen diskutiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nebenbei - vielleicht steht das auch in diesen Absprachen drin - das Ende der Bezirksregierungen in Bayern angekündigt. Herr Herrmann ist gleich erschrocken zusammengezuckt. Was soll er da jetzt sagen? - Sie haben gesagt, die DSL-Versorgung ist möglicherweise die letzte Aufgabe, die den Bezirksregierungen bleibt. Herr Herrmann ist gleich erschrocken. Also sagen Sie uns doch, was Sie vorhaben, aber offen bitte, nicht in einer Nebenbemerkung. Wir würden das schon gern genau wissen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen wir zu den Paketen, die unter dem Weihnachtsbaum liegen - große Pakete, schön verpackt, Schleifchen drumherum. Machen wir es einmal auf, das große Paket "Schule und Bildung", ein wunderbares Paket. Wir haben schon im Landtagswahlkampf gehört, dass das ein wichtiges Thema ist - jetzt auch in Ihren Augen. Sie haben gesagt, jawohl, da gibt es vielleicht Defizite. Wer die zu verantworten hat, weiß man nicht, aber es ist eben nicht alles gut gelaufen. Das war die Vorgängerregierung oder irgendwer, jetzt muss man

auf jeden Fall etwas anders machen. Wenn man aber das Paket "Schule und Bildung" öffnet, ist die Enttäuschung, finde ich, besonders groß.

Ganztagsschule: Immerhin, Sie sagen, ja, wir wollen das jetzt auch. Prima, aber was ich vermißt habe, ist eine konkrete Aussage darüber, was Sie eigentlich tun wollen und wie Sie die flächendeckende Versorgung herstellen wollen. Wann machen Sie was? Wie machen Sie es, in welcher Geschwindigkeit, mit welchem Geld? Warten Sie wieder, bis es Bundesmittel - IZBB-Mittel - gibt, um das auf den Weg zu bringen?

Und dann diese Scheinheiligkeit: das Mittagessen für die armen Kinder. Diese Scheinheiligkeit!

(Beifall bei der SPD)

Die Kinder sitzen in einer Ganztagsschule in einer Mensa, die aus Bundesmitteln finanziert wurde, ohne dass der Bund dafür zuständig wäre. Von Ihnen kein Wort des Dankes, sondern Sie kommen damit an, dass der Bund das Mittagessen nicht bezahle, das sei eine Schweinerei. Sie empören sich hier regelrecht. Wir haben aber in diesem Hause - ich schätze: fünfmal - beantragt, dass es ein kostenloses Mittagessen für Kinder, die es sich nicht leisten können, geben soll. Das haben wir hier fünfmal beantragt. Das wurde hier von der Mehrheit in diesem Hause mit wüsten Worten rüde zurückgewiesen - fünfmal. Jetzt sagen Sie uns in Ihrer Scheinheiligkeit, dass wir dieses Thema nicht ernst nehmen, das sei ganz böse und ganz übel. Wir sollen dieses Thema nicht ernst genommen haben?

(Christa Naaß (SPD): Das war frech!)

Wir haben viele Vorstöße unternommen, damit das Problem endlich gelöst wird. Und Sie stellen sich hierher, weinen Krokodilstränen und sagen scheinheilig: Das muss aber jetzt endlich gelöst werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Sie haben das über Jahre immer und immer abgelehnt, und jetzt klatschen Sie Beifall. Hören Sie auf mit Ihrer Heuchelei, Herr König. Das wissen die Menschen doch.

Jetzt tun Sie so, als wäre Ihnen das gar nicht bekannt. Sie empören sich regelrecht darüber, was die CSU in diesem Haus alles Schlimmes gemacht hat. Ich fürchte, es wird Ihnen nicht gelingen, sich in dieser Weise von Ihrer Partei abzusetzen. Ich denke, das werden die Menschen anders erkennen.

Kleinere Klassen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Davon habe ich - erfreulicherweise, muss ich sagen - in Ihrer Regierungserklärung nichts mehr gehört. Tausend Lehrer pro Jahr brauchen Sie im Minimum, um im Ansatz einen Ganztagsbetrieb zu organisieren. Für die von Ihnen angesprochene flächendeckende Versorgung mit Ganztagschulen reicht das nie und nimmer, und für kleinere Klassen bleibt

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Gleich zweimal nichts!)

überhaupt nichts übrig. Wir werden also in Zukunft keine kleineren Klassen haben, sondern überfüllte Klassen, aber im Ganztagsbetrieb - vielleicht, wenn es gut geht. Das ist kein schulpolitischer Durchbruch.

Längere gemeinsame Schulzeit - das ist auch ein schönes Thema. Damit ist die FDP hausieren gegangen. Heute lese ich, dass Ihre bildungspolitische Expertin, Frau Will, sagt: "Die Grundschule bis zur sechsten Klasse muss her."

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN - Zurufe von der SPD: Bravo!)

Ja und? Was ist jetzt? Sie sind in der Regierung, Frau Will.

(Zuruf der Abgeordneten Renate Will (FDP))

Ich höre nichts. Herr Seehofer, wo ist die längere gemeinsame Schulzeit abgeblieben? Ihr Koalitionspartner sagt vehement: Das muss her.

(Christa Naaß (SPD): Versprochen und gebrochen!)

Wir sind dabei. Wir könnten neben den Bürgerrechten vielleicht auch gleich die längere gemeinsame Schulzeit miteinander verabreden. Vielleicht trauen Sie sich.

(Thomas Hacker (FDP): Was gibt's denn noch für Vorschläge, Herr Maget?)

- Wir haben noch ein paar, wir hätten noch viele. Hauptschule, keine Rettung in Sicht bei der Hauptschule. Ich habe überhaupt kein Wort gehört, wie Sie die Hauptschule in Zukunft retten wollen. Es bleibt bei der Schließung der Hauptschulen. Keine Regionalschule, ein Modell der Kooperation von Realschulen und Hauptschulen, keine regionale Schulentwicklung.

(Renate Will (FDP): Mehrere!)

- Frau Will, da wären Sie doch eigentlich viel weiter als das, was in diesem Programm steht, mutlos, ziellos, einfach schwach in der Bildungspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Thema Migration. Unser Land macht da einen großen Fehler. Denn wir vermeiden es bislang, den Kindern mit Migrationshintergrund echte Bildungschancen zu geben. Das ist einer der schwersten Fehler, den wir machen. Wir schicken unsere Kinder auf Realschule und Gymnasium und weisen den Ausländerkindern die Hauptschule als ihre Schulform zu. Das mag überspitzt klingen, aber es ist bildungspolitische Wirklichkeit, wie sie jetzt auch bei PISA festgestellt wurde. Bayern ist das schlechteste Flächenland, was die Bildungschancen von Migrantenkindern betrifft, weil wir die Migrantenkinder allesamt in die Hauptschulen abschieben. Ich sage Ihnen, ohne die Migrantenkinder gäbe es schon längst keine Daseinsberechtigung mehr für die Hauptschule, die wäre weg.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Wir brauchen sie als Sonderschulform für ausländische Kinder und Jugendliche, und das ist schlecht. Das ist schlecht für die Schule und das ist schlecht für die ausländischen Kinder.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Punkt: Kinderbetreuung. Das ist auch eine tolle Geschichte. Sie geben ein Versprechen ab, Herr Seehofer, das Sie nicht werden einlösen können. Sie sagen: In Bayern wird es bis 2012 - so haben Sie es sich aufschreiben lassen, das ist mutig - ein verlässliches und bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder von 1 bis 14 Jahren geben. Ich sage Ihnen: Das schaffen Sie nie. Das schaffen Sie nie, weil der Rückstand in Bayern dermaßen groß ist, vor allem bei den zwei- und dreijährigen Kindern die Versorgung mit Kinderkrippen so katastrophal schlecht ist. Ich fürchte, Sie haben überhaupt noch keinen Einblick, wie die Situation in Bayern tatsächlich ist. Das werden Sie nicht schaffen, außer Sie geben endlich mehr Geld als der Bund für diese Aufgabe.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Bund zahlt dreimal so viel für den Ausbau der Kinderkrippen wie der Freistaat Bayern. Das muss schleunigst anders werden. Da bin ich gespannt, Herr Fahrenschon, welchen Ansatz Sie im Doppelhaushalt drin haben. Der Bund zahlt bisher 300 Millionen, Bayern, wenn ich mich nicht täusche, 100 Millionen Euro. So kann es nicht weitergehen. So werden Sie dieses Ziel keinesfalls erreichen. Wir werden prüfen, was Sie 2009 und 2010 ausgeben. Das muss um ein Vielfaches mehr sein als bisher, sonst schaffen Sie dieses Ziel bis 2012 niemals.

Weiterer Punkt zur Kinderbetreuung: Wo ist eigentlich die Kostenfreiheit geblieben? Davon habe ich gar nichts mehr gehört. In Ihrem Wahlprogramm stand, Sie stre-

ben die Kostenfreiheit in der Kinderbetreuung an - auch da haben Sie von uns abgeschrieben: beginnend mit dem letzten Kindergartenjahr. Nichts ist mehr davon zu hören, kein Wort dazu. War das jetzt ernst oder nicht?

(Thomas Hacker (FDP): Das steht doch im Koalitionsvertrag! Den haben Sie doch zum Lesen!)

Wann werden Sie konkret in die Kostenfreiheit für die Kinderbetreuung eintreten? Das würde ich gerne heute hören, mit welchem Stufenplan Sie das machen wollen.

(Beifall bei der SPD - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ziele kann man viele haben!)

Viertes Thema: Hochschulen. Herr Heubisch, Gratulation noch mal zu Ihrem Amt. Aber ich glaube, Sie gehen da einen schwierigen Weg.

Wir kennen uns schon lange. Wir haben im Wahlkampf miteinander gesprochen. Ich habe Sie im Verband der Bayerischen Wirtschaft reden hören. Ich kenne Ihre Ziele, die auch richtigerweise im FDP-Wahlprogramm formuliert waren.

Da stand drin - oder täusche ich mich? -, dass Sie eine Verdoppelung der Studienkapazitäten in Bayern wollen. Verdoppelung war Ihr Ziel. So vermessen waren nicht einmal wir. Wir haben gesagt, wir brauchen vielleicht 60.000, 70.000 Studienplätze mehr. Wo sind Sie gelandet, Herr Heubisch, bei 38.000. Von dem, was Sie den Wählern versprochen haben, ist da nicht mehr viel übrig. Denn 38.000 ist das Minimum, was man überhaupt machen muss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben eine Überlast von teilweise 200 % an den bayerischen Hochschulen. Wir haben 2011/12 den doppelten Abiturientenjahrgang. Da ist, Herr Heubisch, 38.000 das Minimum, was wir überhaupt brauchen. Darüber hinaus gibt es nichts.

Auch für die Sanierung der Hochschulen ist viel zu wenig vorgesehen. Herr Ministerpräsident, ich habe mir die Uni in Würzburg angeschaut. Dort studiert mein Sohn. Da habe ich zum ersten Mal - man mag es kaum glauben - ein Universitätsgebäude gesehen, das die Dachrinne nicht außen, sondern innen hat.

(Lachen bei der SPD)

- Das ist die Wahrheit. Haben Sie schon einmal ein Haus gesehen mit der Dachrinne innen, weil es hineinregnet? - Uni Würzburg.

In München haben sie einen Eimer aufgestellt, wo es hineintropft. Das ist ein Zustand, den Sie mit den wenigen Dingen, die Sie vorgetragen haben, auf keinen Fall

reparieren können. Dass Sie dafür weiterhin Studiengebühren nehmen wollen, ist eine Schande.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Da hätten Sie uns wirklich einmal überraschen können. Das wäre ein großer Wurf gewesen. Ein schlechtes Gewissen haben Sie ja, da Sie die Einschreibgebühren abgeschafft hätten, 50 Euro, wenn für das zweite Kind, wenn es auch in Bayern studiert, die Studiengebühren wegfallen sollten. Sollte auch das zweite Kind in Bayern studieren, fällt die Studiengebühr weg.

Sie haben also ein schlechtes Gewissen. Aber warum gehen Sie den Schritt nicht ganz? Warum sagen Sie nicht: Studiengebühren sind ein Hindernis, sind eine Hürde in Bezug auf Bildungschancen; davon nehmen wir endlich Abschied. - Das wäre etwas gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Aber das ist mit Ihnen schlecht zu machen.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik, Herr Ministerpräsident, hat Ihre neue Sozialministerin, Frau Haderthauer, schon einen guten Auftritt gehabt. Sie hat sich im Sozialministerium bestens eingeführt. Sie hat sich dort vorgestellt. Sie hat aber nicht etwa darüber gesprochen, wie die Armut im Land bekämpft werden soll und wann man endlich den Sozialbericht vorlegen wird. - Übrigens, wo ist der eigentlich abgeblieben? Kommt der heuer noch? - Er ist also für heuer versprochen. Wir warten.

Frau Haderthauer hat bei ihrer Vorstellung im Sozialministerium nichts zu sozialpolitischen Themen gesagt, sondern den Ministerialbeamtinnen und -beamten gesagt: Leute, ihr habt ja erlebt, wie wir als CSU die Landtagswahl verloren haben; das müssen wir bei der Europawahl und der Bundestagswahl wiedergutmachen.

Sie hat noch nicht registriert, dass der Staat nicht ihrer Partei gehört. In dieser war sie offenbar zu lange Generalsekretärin.

(Beifall bei der SPD)

Der sozialpolitische Teil Ihrer Erklärung, Herr Seehofer, ist Ihre eigentliche Spezialität. Da fand ich die Formulierungen besonders wolkig.

Sie haben etwas zu den Senioren, zur Pflege gesagt, aber nicht, was Sie im Rahmen des Landesaltenplans machen wollen. Wollen Sie zurück zur staatlichen Finanzierung der stationären Altenpflege? Ja oder nein? Wollen Sie die ambulante Pflege in Zukunft finanziell

besser ausstatten als in der Vergangenheit? Das hätte ich gern gehört.

Sie haben wörtlich gesagt - das klingt wunderbar -: Wer werden auf gute Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung hinwirken. - Das ist fantastisch. Aber wie wollen Sie das machen? Sie haben mit keinem Satz gesagt, wie Sie das machen wollen. Mit welchem Instrumentarium wollen Sie das erreichen? Was ist Ihr Plan dafür? Womit wollen Sie die Beschäftigungschancen der Behinderten denn verbessern?

Frau Knochner, die frühere Behindertenbeauftragte, hat aus der Rhetorik ihren Schluss gezogen. Sie hat gesagt: Ich will kein Feigenblatt der Regierung mehr sein; ich höre mit diesem Job auf. - Ja, so war das. Auf diesem Gebiet muss Ihnen schon mehr einfallen, als Sie heute gesagt haben.

(Beifall bei der SPD)

Auch zu Frauen haben Sie eine wunderbare Passage gesagt: Mehr Chancen für Frauen; Frauen in Führungspositionen!

Das ist Heuchelei. Wir brauchen nur auf die Regierungsbank zu schauen. Nicht einmal im eigenen Bereich sorgen sie dafür, dass Frauen gleichwertig - entschuldigen Sie, Frau Beck - und von der Zahl her ausreichend vertreten sind.

(Zuruf von der FDP)

- Ja, Sie haben einen Senior in die Regierung eingeschleust. Darauf komme ich gleich noch zu sprechen.

Es muss also mehr kommen. Ich denke da gerade an die bayerische Staatsverwaltung. Schauen Sie zum Beispiel einmal in die Universitäten. Da sind die weiblich besetzten Führungspositionen dünn gesät. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

Es ist eine Heuchelei, auf diesem Gebiet etwas zu postulieren, nachdem jahre- und jahrzehntelang dort nichts beziehungsweise das Gegenteil von dem gemacht worden ist, was Sie heute fordern.

In Ihrer Erklärung waren schöne, wunderbare Sätze. Ein schöner Satz ist auch der, in dem Sie gesagt haben: Wir brauchen den Erfahrungsschatz der älteren Generation. Bei der Regierungsbildung haben Sie aber gesagt: Über 60 kommt mir keiner ins Haus!; in meiner Regierung kommt das nicht infrage! - Nun sind Sie von der FDP aber wieder fein heraus; denn Sie haben einen über 60-Jährigen eingeschleust, obwohl Sie einen solchen nicht haben wollten.

Es erhebt sich auch die Frage: Was machen wir mit Ihnen, Herr Seehofer, im nächsten Jahr? Was machen wir mit Ihrem Erfahrungsschatz, wenn Sie 60 sind?

Aber Spaß beiseite! Jetzt meine ich es ernst. Was Sie zur Gesundheitspolitik gesagt haben, war ein typischer Seehofer. Kopfpauschale - weiß ich nicht, also nein. Bürgerversicherung - auch nein. Sie sprechen mal so und mal so. Ich habe Sie ja schon öfter reden hören. Vormittags waren Sie beim VdK, nachmittags bei der IHK. Am Nachmittag hörte man genau das Gegenteil von dem, was Sie am Vormittag gesagt hatten. Am Ende kann man sich natürlich auch der Stimme enthalten, wenn es zur Abstimmung im Bundesrat kommt.

Man darf Ihnen also eine gewisse Flexibilität zugestehen. Das will ich Ihnen nicht absprechen. Ich muss es neidlos anerkennen: Flexibel sind Sie schon.

Der siebte Punkt betrifft die Kommunen. Sie haben gesagt: Die freuen sich richtig. - Ich finde, dass Sie sich da irren. Zum Beispiel bezüglich der Gewerbesteuer haben Sie in der Bayerischen Staatsregierung plötzlich keinen Freund mehr. Wenn die Gewerbesteuer eines Tages im Bundesrat aufgerufen werden sollte, wird sich der Freistaat wieder lautstark enthalten. Das haben Sie verabredet. Früher waren Sie ein Verfechter der Gewerbesteuer. Jetzt sagen Sie: Meine Regierung enthält sich in dieser Frage. Im Koalitionsvertrag steht: Die beiden Koalitionsfraktionen halten an ihrer unterschiedlichen Bewertung fest. Das heißt: Bei allfälligen Entscheidungen im Bundesrat wird es eine lautstarke, mutige Enthaltung Bayerns geben.

Die Belastungen durch die Landesbank sind nach wie vor ein Damoklesschwert über den Kommunen.

Beim Ausbau der Ganztagschulen und der Kinderbetreuung muss man ganz vorsichtig sein. Dazu sagen Sie nämlich überall: Wir wollen das; wir werden uns mit den Kommunen darüber unterhalten. - Höchste Alarmstufe! Wenn Sie sich mit den Kommunen über den Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen unterhalten wollen, dann heißt das, dass auf die Kommunen eine Last von Millionen zukommt. Sie verkünden hehre Ziele, aber die Kommunen sollen es bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Beim Mittagessen ist es genauso. Was hat Herr Seehofer zum Thema "kostenloses Mittagessen" gesagt? Er hat gesagt - ich muss es gerade herausholen; ich hoffe, ich finde es; es war eine schöne Formulierung -, er wolle gemeinsam - -

(Thomas Kreuzer (CSU): "Gemeinsam" ist immer gut!)

Er hat gesagt, es sei eigentlich Sache des Bundes; bis Berlin endlich handle, wolle seine Regierung zusammen mit den Kommunen und den Eltern so schnell wie möglich dafür sorgen, dass sich alle Kinder an Ganztagschulen ein Mittagessen leisten können. Ja, gemeinsam mit den Kommunen und den Eltern.

Aber was ist jetzt? Zahlen Sie nun das Mittagessen oder nicht?

(Beifall bei der SPD)

Warum sagen Sie nicht: Wenn es sich die Kinder nicht leisten können, übernehmen wir die Kosten.

Sie haben im Koalitionsvertrag von Jugendsozialarbeit statt von Schulsozialarbeit geredet. Kennen Sie den Unterschied? Der Unterschied ist dieser: Schulsozialarbeit müssen Sie bezahlen, Jugendsozialarbeit die Kommunen. Deswegen: Höchste Alarmstufe! Ich will es dabei belassen.

Zur Infrastruktur. Im Koalitionsvertrag haben Sie zu Straßen- und Schienenprojekten konkrete Projekte des Bundes ausführlich beschrieben und ausdrücklich benannt. Sie haben zehn große Schienenprojekte aufgeführt, die der Bund endlich finanzieren muss. Dann haben Sie weitere sieben große Straßenprojekte aufgeführt, die der Bund finanzieren muss. Das haben Sie ganz konkret aufgeschrieben. An der Stelle, wo Sie zuständig sind, sind 17 Projekte ausdrücklich benannt. Das geht über zwei Seiten. An der Stelle, wo Sie selber zuständig sind, findet sich ein einziger Satz von ergreifender Schlichtheit. Er lautet: Wir werden unser Straßennetz bedarfsgerecht ausbauen und erhalten sowie den kommunalen Straßenbau auch künftig angemessen fördern. - Punkt! Aus! Mehr haben Sie dazu nicht zu sagen. Dem Bund sagen Sie: Das und das und das brauchen wir. Sie selbst haben keine einzige Maßnahme, die Sie benennen, die Sie anpacken und die Sie verbessern wollen. Überhaupt nichts.

(Harald Güller (SPD): Peinlich! - Beifall bei der SPD)

- Ich finde auch, dass das peinlich ist.

Sie haben einen Hinweis zum Luftverkehr gegeben. Sie sagen, der Flughafen München solle eine Fernbahnanbindung bekommen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das wollen wir schon lange!)

Das finde ich interessant. Ich frage mich aber wie. Wenn Sie mir die Fernbahnanbindung des Münchner Flughafens erklären könnten, wäre ich wirklich erleichtert. Das wäre eine tolle Sache. Ich sage Ihnen aber:

Sie haben überhaupt keine Idee davon, wie das funktionieren könnte. Sie haben nicht die leiseste Idee. Aber - wie bei vielem, das Sie vortragen - es klingt gut, es hört sich gut an, deshalb wird es gesagt. Wie und ob Sie das machen, so meinen Sie, interessiert dann sowieso keinen mehr. - Uns wird das interessieren. Wir werden Ihre wohlklingenden Formulierungen jedes Jahr überprüfen. Wir werden uns anschauen, was Sie machen. Die Fernbahnanbindung ist ein Beispiel.

Von den Staustufen beim Donauausbau scheinen Sie sich zu verabschieden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das wäre schön!)

Wenn das stimmt, würden wir das ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wir würden das als einen Erfolg für Bayern verstehen. Ich weiß aber nicht genau, ob Sie das wirklich wollen. In der Zeitung steht, die Koalition habe das so verabredet. Sagen Sie das dann bitte so: Donauausbau ohne Staustufe. Für die Umwelt wäre das ein gutes Signal.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre etwas Konkretes; denn bisher ist die Umwelt im Wesentlichen eine Restgröße bei Ihnen - außer dem Bekenntnis zur Atomenergie. Wir halten das für einen Fehler. Das trennt uns. Ich halte es für einen schweren Fehler, dass Sie an der Atomenergie festhalten, weil sie den Blick für die tatsächlichen Chancen der erneuerbaren Energien verstellen. Ich finde auch, man sollte sich bei der Klimaschutzpolitik davor hüten, Klimaziele und Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen. Das ist sicherlich der falsche Weg; denn Sie wissen genau, dass dem EU-Kompromiss, der jetzt zur Entscheidung ansteht, die deutsche Automobilindustrie ausdrücklich zugestimmt hat. Und wir alle wissen, dass unsere Automobilindustrie nur dann eine Chance hat, wenn sie sich stärker als bisher den Klimaschutzziele verpflichtet fühlt, wie andere Hersteller auch.

(Beifall bei der SPD)

Nur dann gibt es eine Zukunftschance für die Automobilindustrie und die Arbeitsplätze dort.

Das zentrale Thema der bayerischen Landespolitik haben Sie kurz angesprochen. Ich will in aller Kürze noch einmal auf die Situation der Landesbank eingehen, weil daraus enorme Folgen für die Haushaltspolitik des Freistaates Bayern resultieren. Frau Haderthauer hat sich vorab schon zu Wort gemeldet. Sie hat gesagt, Sozis könnten nicht mit Geld umgehen.

(Lachen bei der SPD)

Die CSU kann das scheinbar schon. Weiter schreibt Frau Haderthauer, Bayern könne als erstes Land Alt-schulden tilgen. Wunderbar.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wann war das denn?)

- Genau, die Frage ist, wann das eigentlich war. Es war 14 Tage vor der Landtagswahl 2008.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ach so!)

Damals haben Sie den Menschen erzählt, dass Sie die Schulden tilgen. Nun müssen Sie zu Kreuze kriechen und die bayerischen Bürger bis Weihnachten um zehn Milliarden Euro anbetteln, weil die Landesbank sonst nicht überleben kann. Das hätten Sie vor der Landtagswahl den Menschen sagen sollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Dann wäre die Welt vielleicht eine andere. Seehofers Plan ist ein Doppelpack.

Erstens meint er: Ich habe mit der Vergangenheit nichts zu tun; das waren die da unten und die neben mir. Sie haben das verbockt, Herr Herrmann, Herr Huber, Herr Dr. Beckstein, Herr Schmid. Die sollen jetzt die Verantwortung übernehmen. Die jetzige Regierung hat damit nichts zu tun. Herr Fahrenschon hat nichts damit zu tun. Bei aller Sympathie, Herr Fahrenschon, ein Novize sind auch Sie nicht. Sie waren in der letzten Legislaturperiode im Finanzministerium dabei. Es wird Ihnen nicht gelingen, sich einfach davon abzusetzen und so zu tun, als hätten bis zum September Sozialdemokraten in Bayern regiert. Das war nicht so. Man hat das irgendwie - -

(Beifall bei der SPD)

Man erinnert sich kaum mehr daran, wer das eigentlich gewesen ist. Es liegt irgendwie im Nebulösen, was schief gelaufen ist und wer Verantwortung trägt. Nebenbei bemerkt: Wo ist eigentlich die Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

In der "kommunalen Familie" gab es für wesentlich geringere Versäumnisse und Untreue schon staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Jetzt fehlen zehn Milliarden Euro und keiner ist verantwortlich. Ich würde dringend empfehlen, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen aufzunehmen.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Das ist für die Staatsanwaltschaft nicht überschaubar!)

Sie wollen anscheinend einen Untersuchungsausschuss. Wenn Sie den wirklich wollen, sind wir dabei. Sagen Sie uns, welche Fragen Sie an wen stellen wollen, dann sind wir dabei. Aber vielleicht wollen Sie den Untersuchungsausschuss doch nicht. Das ist der erste Teil der Strategie: Wir haben damit nichts zu tun.

Der zweite Teil der Strategie heißt: Gebt uns zehn Milliarden Euro. Wie wir dann weitermachen, wissen wir noch nicht. Aber das Geld müsst Ihr uns erst einmal geben. Diese Krise ist Ihnen vollständig über den Kopf gewachsen. Sie wissen nicht, wie es mit der Landesbank weitergehen soll. Ich finde das traurig. Sie wissen nicht, welche Fusionen Sie anstreben sollen. Sie wissen nicht, was Sie mit den Banken in Osteuropa machen sollen. Sie wissen nicht, ob Sie privatisieren wollen. Sie haben kein Projekt und kein Zukunftsmodell für die Landesbank. Das ist besonders bitter, weil - -

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben keine Zukunftsmodelle; Sie leben und reden in der Vergangenheit!)

- Ach ja, Herr Kreuzer, in Ihrer Situation wäre ich ein wenig weniger hochnäsiger und hochmütiger.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde sagen, Sie könnten sich auch entschuldigen, wie Herr Seehofer. Sie waren doch auch dabei.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sagen Sie doch etwas in die Zukunft, wie es weitergehen soll!)

Natürlich wird das haushaltswirksam sein und es wird innerhalb des bayerischen Haushalts stattfinden. Sie können nicht so tun, als würde sich das alles außerhalb abspielen. Zehn Milliarden Euro zusätzliche Schulden sind Belastungen im Haushalt, auch wenn Sie es getrennt darstellen. 500 Millionen Euro Zinslast pro Jahr muss durch allgemeine Steuermittel abgedeckt werden, die für andere Zukunftsprojekte nicht zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden sich nicht wundern, dass wir zu einer solchen Regierung kein Vertrauen haben.

Ich komme zum Schluss und, Herr Kreuzer, vielleicht zu einer Bewertung. Bayern, das stimmt, ist ein starkes und schönes Land - ein wunderbares Land. Es muss nur endlich wieder regiert werden.

(Beifall bei der SPD)

Im Grunde genommen wird in Bayern seit zwei Jahren nicht regiert, nämlich seit dem Sturz Stoibers in Wildbad Kreuth. Es gab eine neunmonatige Abschiedstour, dann ein Interregnum einer - mit Verlaub - überforderten Doppelspitze Beckstein und Huber, danach eine Wahl und man musste eine Notbesetzung von außen vornehmen. Monate gingen ins Land. Vielleicht wird jetzt endlich regiert. Wir würden uns darauf freuen und schlagen Ihnen vor: Schauen Sie weiter in die Programme der SPD. Dort finden Sie einen guten Kompass und nicht nur gute Überschriften. Orientieren Sie sich nicht nur an den Programmsätzen, sondern handeln Sie ganz konkret für bessere Bildung, für gute Kinderbetreuung, für eine gute Infrastruktur und für Innovation. Wenn Sie den Vorschlägen der SPD nach Jahren der Versäumnisse folgen, dann haben Sie eine Chance. Wenn Sie es nicht tun, werden Sie nach Stoiber und Beckstein der nächste CSU-Ministerpräsident sein, der von den eigenen Leuten gestürzt wird. Das würde ich mir gut überlegen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Als Nächster hat Herr Kollege Georg Schmid, Fraktionsvorsitzender der CSU, das Wort. Bitte schön.

Georg Schmid (CSU): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir erleben die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Jahre 1929, und das weltweit. Noch im August und September 2008 hat kaum einer von uns ahnen können, welche negativen Veränderungen der Weltwirtschaft und damit auch der deutschen Volkswirtschaft auf uns zukommen werden.

(Zuruf von der SPD: Falsche Rede!)

Bis September ging es um eine scheinbar isolierte Immobilienkrise in den USA, im Oktober bereits um eine weltweite Finanzmarktkrise, ohne dass die Realwirtschaft direkt betroffen zu sein schien, und jetzt stehen wir plötzlich mitten in einer Wirtschaftskrise wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Viele Bürger haben Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Die Medien berichten fast täglich über Stellenabbau, die Wirtschaftsinstitute korrigieren die volkswirtschaftlichen Daten in immer kürzeren Abständen nach unten. Eine neue Erfahrung für uns.

Plötzlich ist von einer nachhaltigen Rezession die Rede. Die Deutsche Bundesbank prognostizierte jüngst einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von bis zu 0,8 %. Auch in Bayern haben die Menschen Angst um ihre Zukunft. Diese Angst beeinflusst zwangsläufig das Kaufverhalten der Bürger. Wer Angst hat, gibt weniger Geld aus. Auch die Unternehmen in-

vestieren weniger. Das schwächt die Wirtschaft zusätzlich.

Wir leben in ökonomisch unsicheren Zeiten. Niemand kann in die Zukunft schauen, niemand weiß, was in den nächsten Monaten noch auf uns zukommt. In einer solchen Situation kommt es entscheidend darauf an, kühlen Kopf zu bewahren. Mehr denn je brauchen wir politische Führung. Wir müssen die Sorgen der Menschen aufnehmen und ihnen Perspektiven geben. Die Bürger erwarten von uns nicht nur Problembeschreibungen, sondern Lösungen, und dies zu Recht. Denn es reicht nicht, Fragen aufzuwerfen. Unsere Aufgabe als gewählte Politiker ist es, Antworten zu geben und das Land zu führen. Herr Maget, ein kluger Mann hat einmal gesagt: Bewege dich 10 % in der Vergangenheit, 10 % in der Gegenwart, aber wirf zu 80 % deinen Blick nach vorne. - Sie haben heute zu 100 % Ihren Blick nach rückwärts geworfen.

(Beifall bei der CSU, den Freien Wählern und der FDP)

Hier ans Rednerpult zu treten, in einer solchen Situation, in der sich das Land befindet, und zu sagen, wir müssten ein bisschen den Weihrauch vom Rednerpult wegnehmen, in einer solchen wirtschaftlichen Lage, in der sich dieses Land befindet, in einer Situation, in der Menschen Angst und Sorgen haben, machen die sich um anderes Gedanken als um den Weihrauch, den Sie, Herr Maget, vom Rednerpult vertreiben wollen.

(Beifall bei der CSU)

Die Situation ist ernster, als Sie meinen.

(Lachen bei der SPD)

Deswegen geht es darum, dass wir diesem Land Perspektiven geben, und es geht darum, dass wir Verantwortung in diesem Hohen Hause zeigen - Verantwortung für dieses Land und für die Bewältigung der Aufgaben, die vor uns liegen.

Sie haben heute wie ein enttäushtes Kind gewirkt. Sie haben kein Weihnachtspaket bekommen, und Sie haben auch keines verdient, Herr Maget.

(Beifall bei der CSU)

Es ist gut, dass Sie auch nach der Wahl in der Opposition geblieben sind, dass die Bürgerinnen und Bürger gesagt haben, 18,6 % reichen aus. Sie sind nicht in der Lage, dieses Land mitzuregieren, mitzugestalten und Perspektiven zu geben, weil Sie nur rückwärtsgewandt sind und den Blick nicht nach vorne richten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte gerne einige dieser Gesichtspunkte aufgreifen, die Sie angesprochen haben. Wie ist die Situation in Bezug auf das Mittagessen in Schulen? Wer ist in solchen Situationen der sozialen Beteiligung zuständig? Ist nicht der Bund zuständig? Wo ist der SPD-Sozialminister - zuerst Franz Müntefering, jetzt Olaf Scholz? - Keiner von beiden hat sich bis jetzt um dieses Thema gekümmert. Dann gehen Sie an dieses Rednerpult und verteilen die Verantwortung im Lande, obwohl Sie selbst diese Verantwortung haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Da von Scheinheiligkeit und Heuchelei zu reden, Herr Maget, bietet keine Perspektiven.

Sie haben - ich will nur wenige Stichpunkte aus Ihrer Rede nennen - über die Hochschulen gesprochen. 4 Milliarden Euro für die kommenden zehn Jahre hat der Ministerpräsident genannt. Das ist ein Kraftakt. Aber ich weiß natürlich, dass, wenn wir 4 Milliarden Euro sagen, die Opposition entgegnet, 5 Milliarden Euro wären besser. Natürlich! Aber das muss auch finanziert werden, das muss auch im Einklang zu anderen wichtigen Aufgaben stehen.

Sie haben von der Infrastruktur gesprochen. Wir haben ein Ausbauprogramm West für die Bundesrepublik Deutschland gefordert, um die Defizite hier auszugleichen, die in den vergangenen Jahren auch vonseiten des Bundes entstanden sind. Es war der Kollege Tiefensee, der gesagt hat: Wir brauchen das nicht. Wir setzen andere Schwerpunkte. - Und dann wollen Sie Verantwortung nur auf uns verteilen? - Wenn, dann müssen Sie schon alle Parameter nennen, damit wir uns und die Bevölkerung insgesamt im Lande sich ein Bild davon machen können, was im Argen liegt. Hätten Sie beim Ausbauprogramm West auf Bundesebene mitgemacht, dann hätten wir eine bessere Situation in der Infrastruktur unseres Landes, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Christa Naaß (SPD): Und die Staatsstraßen?)

- Zu den Staatsstraßen. Frau Kollegin, wie war denn die Situation beim Haushalt des vergangenen Jahres? Wie ist die Situation im Haushalt des Jahres 2008?

(Zuruf von der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Entschuldigung, genau das ist Ihr Problem. Sonst sind Sie eine liebenswerte Kollegin, aber in dem Fall ist es ganz typisch. - In diesem Jahr haben wir im Gegensatz zu den Vorjahren, wo wir 140 Millionen Euro im Staatshaushalt hatten, 230 Millionen Euro im Jahr 2008, so viel wie noch nie. Und Sie sagen, wir hätten nicht genügend Geld für die Staatsstraßen zur Verfügung gestellt. Sie haben keine Ahnung.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie sollten den Haushaltsplan lesen. Schauen Sie sich das an, dann sehen Sie, was an dieser Stelle gemacht worden ist.

So wäre es reizvoll, zu allen Dingen, die Sie, Herr Maget, bemängelt haben, einmal im Vergleich dagegen zu dokumentieren, wie die reale Situation im Land aussieht. Mich stört, dass - ich habe im Jahr 2003 Ihre Antwort auf die Regierungserklärung von Edmund Stoiber und im vergangenen Jahr Ihre Antwort auf die Regierungserklärung von Günther Beckstein gehört - Sie sich in Ihren Antworten nicht unterscheiden. Sie haben immer Folgendes gemacht: Sie haben dieses Land so beschrieben, als herrschten Not und Elend; Sie haben immer wieder zum Ausdruck zu bringen versucht, dass dieses Land deswegen in Sack und Asche geht, weil es schlecht regiert worden sei, nur weil Sie nicht das Sagen haben.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Maget (SPD))

Ich sage Ihnen Eines: Wir wollen keine Kopie von den Regierungsprogrammen der Länder machen, in denen Sie Regierungsverantwortung tragen. Herr Kollege Maget, dort sieht die Situation wesentlich schlechter aus.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist unglaublich! Erst scheitern und dann den Mund aufmachen!)

Gott bewahre uns davor, dass wir das kopieren.

Unser Ministerpräsident und die Staatsregierung haben zusammen mit unserem Koalitionspartner, der FDP, mit aller Kraft die Aufgabe angepackt, dieses Land zu gestalten und in eine gute Zukunft zu führen. Schon vor drei Wochen, auf der Kabinettsklausur in Sankt Quirin, wurden erste richtungweisende Weichenstellungen vorgenommen, damit Bayern für das, was auf uns zukommt, gerüstet ist. Wir haben mit einem wohlüberlegten Maßnahmenpaket unseren Beitrag dafür geleistet, der Konjunktur notwendige Impulse zu geben und sie zu stabilisieren. Die Krise duldet keinen Aufschub.

Deshalb werden wir diese Investitionen schnell in Gang bringen müssen. Ich hoffe, dass die Kolleginnen und Kollegen der Opposition diesen gemeinsamen Auftrag ebenfalls erfüllen werden. Wir wollen den Haushalt noch vor Ostern beschließen. Hier können Sie zeigen, wie ernst Sie es mit dem Setzen von Impulsen für das Wirtschaftswachstum meinen. Ich hoffe, dass Sie Ihre Zustimmung zu diesem Haushalt geben werden, der ganz darauf ausgerichtet ist, Impulse für Wachstum und Innovationen zu geben.

(Christa Naaß (SPD): Wir haben ein Konjunkturprogramm vorgelegt!)

- Frau Kollegin, fünf Milliarden Euro sind ein beachtlicher Betrag, den wir für Investitionen zur Verfügung stellen. Wir wollen die Haushaltsfreigaben so schnell wie möglich vornehmen. Sofern Verfahren noch offen sind, wollen wir diese schnell zum Abschluss bringen. Das ist in dieser wirtschaftlichen Situation eine Politik, die das Land voranbringt. Ich hoffe deshalb, dass Sie uns an dieser Stelle unterstützen und auf unserem Weg begleiten. Wir haben einen Mittelstandsschirm vorbereitet. Herr Kollege Zeil, dieser muss jetzt schnell ausgebreitet werden. Die notwendigen 200 Millionen Euro müssen zur Verfügung stehen, wenn in den mittelständischen Unternehmen Liquiditätsprobleme auftauchen. Diese Probleme müssen schnell abgearbeitet werden.

Zum Kommunalen Finanzausgleich: Die CSU-Fraktion begrüßt ganz ausdrücklich das einvernehmliche Ergebnis, das in den letzten Tagen erreicht werden konnte. Das ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Investitionsbereitschaft unserer kommunalen Familie.

(Beifall bei der CSU)

Es geht um 6,833 Milliarden Euro. Ich danke dem Herrn Finanzminister Georg Fahrenschon, dass es ihm gelungen ist, in dieser ersten Verhandlungsrunde dieses exzellente Ergebnis zu erzielen. Herzlichen Dank an den Finanzminister von unserer Fraktion!

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Selbst in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage haben wir den Kommunalen Finanzausgleich noch einmal verbessern können. Trotzdem tritt Herr Maget an dieses Mikrofon und beschwert sich darüber, dass der Kommunale Finanzausgleich nicht ausreicht. Ich frage Sie: Was sollen wir sonst noch tun? Die Kommunen, die Städte, die Gemeinden, die Landkreise und die Bezirke haben diese Vereinbarung unterzeichnet. Sie sind mit dieser Regelung, mit diesem Ausgleich in wirtschaftlich schwieriger Lage, zufrieden.

Alle sind zufrieden. Nur vonseiten der SPD wird der Kommunale Finanzausgleich beklagt. Hier sehen wir, dass Sie offensichtlich die Realität verlassen haben. Natürlich wäre es besser, wenn wir sieben oder acht Milliarden Euro hätten. Wir müssen aber wissen, was in dieser Zeit geht. Herr Kollege Aiwanger, ich habe gehofft, dass Sie bei der Rede des Herrn Ministerpräsidenten an dieser Stelle Ihren Beifall geben würden. An anderen Stellen habe ich das nicht erwartet. Sie geben immer vor, in besonderer Weise für die Kommunen einzutreten. Deshalb hätte ich von Ihnen einen starken Beifall an dieser Stelle erwartet. Leider kam er nicht. Ich hoffe, dass Sie bei Ihren Ausführungen noch deutlich

machen werden, wie wichtig dieser Kommunale Finanzausgleich und dieses Ergebnis sind.

Die CSU ist die Partei, die an der Seite der kommunalen Familie steht und die die kommunale Familie in besonderer Weise unterstützt und begleitet.

(Beifall bei der CSU)

Das Stabilisierungsprogramm des Bundes ist ein erster wichtiger Schritt, aber eben nur ein erster. Weitere Schritte müssen folgen. Der CSU geht es insbesondere darum, den Bundesschirm für die mittelständischen Unternehmen aufzuspannen. Herr Ministerpräsident, ich stimme Ihnen zu - insoweit gibt es noch erheblichen Nachholbedarf. Ich bitte herzlich darum, dies immer wieder gegenüber der Bundesregierung einzufordern, weil besonders unsere mittelständischen Unternehmen in dieser schwierigen Lage Hilfe und Begleitung brauchen.

Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen sehr herzlich dafür, dass Sie in Ihrer Regierungserklärung heute nicht nur einzelne Sachthemen abgearbeitet haben, sondern auch ganz bewusst Leitlinien in den Mittelpunkt Ihrer Regierungserklärung gestellt haben. Woran haben wir uns auszurichten? Was sind die Grundlagen unserer Politik? Ich nenne nur zwei Beispiele, nämlich die Teilhabe des Einzelnen und die Nachhaltigkeit auf allen Politikfeldern. Das ist die starke Botschaft, die nach außen geht: Die CSU und die Staatsregierung sind in der Lage, dieses Land, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen, zu führen. Das kann keine andere Partei in diesem Lande. Das können nur die CSU und diese Staatsregierung zusammen mit unserem Koalitionspartner FDP, weil wir klare Leitplanken und klare Orientierungen haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf kommt es insbesondere in den nächsten Wochen und Monaten an.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Regierungserklärung - dafür bin ich sehr dankbar - orientiert sich nicht an Illusionen, sondern an der Realität und den Bedürfnissen der Menschen. Sie hat ihre Schwerpunkte genau dort gesetzt, wo sie gesetzt werden müssen. Wir konzentrieren uns zurecht auf den Dreiklang, der uns seit vielen Jahren begleitet, nämlich Kinder, Bildung und Arbeit. Das sind die drei Schwerpunkte; denn diese Themen entscheiden über die Zukunftsfähigkeit dieses Landes und den weiteren Weg unserer bayerischen Heimat.

Für uns sind nicht Ideologien maßgebend, sondern die Lebenswirklichkeit der Menschen. Ich nenne als Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Um diese Vereinbarkeit zu verbessern, haben wir die Kinderbetreuung quantitativ und qualitativ ausgebaut. Wir sind

damit bei weitem noch nicht am Ende. Wir haben uns vielmehr bis zum Jahr 2012 vorgenommen, die Betreuungsplätze für die unter Dreijährigen massiv auszubauen. Wir haben außerdem das Landeserziehungsgeld eingeführt, das in der Zeit von Sozialministerin Barbara Stamm entstanden ist. Dieses Landeserziehungsgeld hilft gerade den jungen Familien in unserem Lande. Ich frage: In welchen anderen Ländern gibt es das noch? Wo sind die die SPD-regierten Länder? Haben diese Länder ein solches Landeserziehungsgeld? Fördern Sie die Familien? Nein. Dort wird darüber geredet, aber es wird letztlich nichts gemacht. Wir haben mit dem Landeserziehungsgeld, das jetzt fast ein Drittel aller jungen Familien bekommen kann, ein klares Signal gesetzt.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zur Opposition vergessen wir auch die Familien nicht, die die Aufgabe der Kinderbetreuung zu Hause wahrnehmen. Diese Familien haben diese Frage für sich anders entschieden. Ich halte es für unerhört, dass dies immer von der Opposition diffamiert wurde. Die Opposition hat von einer "Herdprämie" gesprochen. Ich sage Ihnen: Die Frauen, die zu Hause sind und ihre Kinder zu Hause betreuen, leisten einen großartigen Beitrag für diese Gesellschaft. Werte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, deshalb dürfen Sie hier nicht mit solchen Begriffen hantieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben das Betreuungsgeld durchgesetzt, das im Jahr 2013 kommen wird. Das ist unser Verdienst. Wir haben uns dafür ausgesprochen, dass der Staat nicht vorgeben darf, wie eine Familie ihre Kinder großzieht, ob sie die Betreuungseinrichtungen in Anspruch nimmt oder ob sie diesen Auftrag selbst erfüllt. Der Herr Ministerpräsident hat heute vom staatlichen Einfluss und der Freiheit gesprochen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir geben der Familie diese Freiheit. Sie dagegen haben ein anderes Gesellschaftsmodell vor Augen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, genau darin liegt die Problematik.

Wir geben für keine andere Aufgabe so viel Geld aus wie für die Bildung. Ich werde das mit Zahlen belegen. Wir investieren in die Bildung der jungen Leute, in ihre Fähigkeiten, ihre Intelligenz und ihre Kreativität und geben ihnen damit die Chance, zukünftig zu Wohlstand zu kommen. Sehen wir uns einmal an, was vonseiten der SPD in der Bildungspolitik diskutiert wird: Schulfrei beim Papstbesuch war ein zentrales Thema. Weitere Themen waren: Schulfrei nach dem EM-Fußballspiel, schulfrei vor 14 Tagen, als es schneite, und schulfrei,

wenn jemand demonstrieren will. Das ist nicht die Bildungspolitik, die den jungen Menschen weiterhilft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vom Kindergarten bis zur Universität, vom ersten Lebensjahr über die Grundschule, über die weiterführenden Schulen, die Hauptschule bis in den Universitätsbereich hinein geben wir in diesem Haushalt 2008, Herr Ministerpräsident, 14.000 Millionen Euro aus. 14.000 Millionen Euro werden in diesem Haushalt für die Betreuung unserer kleinen Kinder und für die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler und unserer Studenten an den Universitäten ausgegeben. Ich finde, das ist eine beeindruckende Zahl. Da brauchen wir keine Belehrung und keine Nachhilfe von der Opposition.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich weiß, dass im Bereich der Bildung Selbstzufriedenheit auch Rückschritt bedeutet. Wir dürfen deshalb nicht nachlassen in unseren Bemühungen. Deswegen haben wir im Koalitionsvertrag auch insoweit klare Leitplanken formuliert. Die werden wir gemeinsam mit Leben erfüllen, auch gemessen daran, was wir uns leisten können. Wir müssen Prioritäten setzen. Diese Frage haben wir allerdings schon entschieden: Wir haben gesagt, das Thema Bildung ist zentral für unsere kommende Arbeit. Deswegen haben wir auch festgelegt: Wir werden 1.000 Lehrer einstellen - 2009 und 2010. Wir haben die Ganztagschulen schon ausgebaut, ihre Zahl schon verdoppelt. Wir haben jeden Antrag, sehr verehrter Leiter der Staatskanzlei und früherer Kultusminister, dafür bin ich dankbar, genehmigt. Nicht überall wird die Ganztagesbeschulung gewünscht. Das ist nicht in allen ländlichen Regionen ein zentrales Thema. Wir wollen den Menschen auch nichts aufdrängen, sondern wir wollen dort, wo wir besondere gesellschaftliche Situationen und besondere Strukturen haben, entsprechend reagieren und die Ganztagschulen zur Verfügung stellen.

Bildung ist der Treibstoff, aber Arbeit ist der Motor unserer Gesellschaft. Bei der Beschäftigung sind wir nach wie vor Spitze. Das ist richtig. Das darf aber nicht zur Selbstzufriedenheit verführen, wenn wir die Meldungen in diesen Tagen aus der Wirtschaft bekommen, dass wieder Hunderte und Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr sind. Darauf müssen wir reagieren. Die Investitionen, die wir beschlossen haben, der Mittelstandsschirm, die Maßnahmen des Bundes enthalten das, was wir brauchen, nämlich die notwendigen Impulse, um die Arbeitsplätze in dieser wirtschaftlich schwierigen Lage zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch ein paar wenige Bemerkungen zu einem Thema ma-

chen, das auch der Ministerpräsident heute gestreift hat und das aus meiner Sicht überaus wichtig ist, nämlich zum Verhältnis zwischen Bürger und Staat und zur Rolle des Einzelnen dabei. Das bestimmende Gefühl in der Gesellschaft ist derzeit Sorge und Unsicherheit. Viele Menschen haben Angst - um den Arbeitsplatz, um ihre Ersparnisse, vor der Zukunft. Sie empfinden die Zukunft, als wäre sie ein tiefes Loch voller Ungewissheit. Dabei haben die Bürger das Gefühl, dass sie jetzt für Risiken büßen müssen, die andere eingegangen sind. Die Wut auf Investmentbanker, Fondsmanager, aber auch auf die Politik ist groß. Gleichzeitig wünschen sich die Menschen in dieser schwierigen Situation nichts mehr als Sicherheit. In diesen Tagen wird deshalb der Ruf nach einem starken Staat immer lauter. Nachdem manche in der Euphorie der Globalisierung schon glaubten, dass der Staat auf Dauer zurückgedrängt würde, zeigt sich heute: Der Staat ist wichtiger denn je und unverzichtbar für die Gesellschaft. Die Bürger erwarten vom Staat in der heutigen Zeit vor allem Führung und Orientierung. Das ist ihr gutes Recht. Wir dürfen sie in dieser unübersichtlichen Lage nicht alleine lassen, sondern müssen die Sorgen der Menschen aufgreifen. Unsere Bürger vertrauen dem Staat, und wir dürfen sie nicht enttäuschen.

Mit nur wenigen Federstrichen will ich vier Aufgaben dokumentieren, die der Staat heute aus unserer Sicht hat: Er muss zum einen für einen fairen Ausgleich widerstreitender Interessen sorgen. Das ist von entscheidender Bedeutung, denn in einer Gesellschaft ohne einen starken Staat setzen sich die durch, die stärker sind oder über größeren Einfluss verfügen. Der Schwächere darf nicht untergehen. Das gebietet unsere soziale Verantwortung.

Zweitens. Der Staat definiert auf demokratischem Weg Regeln, an die sich alle zu halten haben, und setzt daraus folgende Gesetze auch konsequent durch. Er ist der Hüter des Rechts. Ich glaube, die jüngsten Ereignisse in der Finanzwelt haben eindrücklich bewiesen, dass solche Regeln nicht nur im Straßenverkehr dringend notwendig sind.

Zum Dritten hat der Staat die Aufgabe, die Gesellschaft zu gestalten. Wir sind nicht gewählt, um die Dinge laufen zu lassen und um dieses Land nur zu verwalten. Der Bürger erwartet von uns, dass wir Leitlinien vorgeben, dass wir eine Vision entwerfen, wie dieses Land aus unserer Sicht aussehen soll. Deswegen, Herr Ministerpräsident, war es heute so wichtig, dass Sie nicht nur die einzelnen Sachbereiche abgearbeitet haben, sondern dass Sie heute in Ihrer Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht haben, worauf es in dieser Gesellschaft ankommt, wo die Leitlinien liegen. Wir dürfen uns nicht an Partikularinteressen ausrichten, sondern müssen uns immer am Gemeinwohl orientieren. Die

Summe aller Einzelinteressen ist nicht das Gemeinwohl, sondern das Chaos. Deswegen ist es wichtig, dass wir darauf in besonderer Weise achten.

Und zum Vierten: Mit dem Begriff eines starken Staates verbinden die Bürger insbesondere Sicherheit im weitesten Sinne des Wortes. Zunächst einmal gehört dazu soziale Sicherheit. Soziale Sicherheit ist eine der Kernaufgaben des Staates. Wir orientieren uns dabei am christlichen Menschenbild. Das heißt, dass jeder sein Schicksal selbst in die Hand nehmen muss. In der Bibel steht übrigens nichts von einer Hängematte.

(Christa Naaß (SPD): Das hätte man auch anders definieren können!)

In der Bibel heißt es vielmehr: "... im Schweiße deines Angesichtes ..." Aber es heißt auch, dass derjenige, der schwach ist oder in einer sozialen Notlage ist, die Solidarität braucht. Deswegen braucht es auch an dieser Stelle, wenn es um soziale Sicherheit geht, einen starken Staat. Sicherheit heißt des Weiteren: wirtschaftliche Sicherheit und Stabilität. Auch hier muss der Staat reagieren. Das hat die Staatsregierung mit ihren Maßnahmepaketen bereits deutlich gemacht.

Sicherheit ist auch Schutz vor Kriminalität und Gewalt. Das ist eine weitere zentrale Aufgabe des Staates. An einem Beispiel will ich deutlich machen, dass wir eine andere Auffassung davon haben, was starker Staat und schwacher Staat bedeuten.

Die gegenwärtige Wahlperiode ist noch nicht sehr alt. Ich erinnere mich an eine frühere Diskussion und wende mich insoweit an die spärlich anwesenden GRÜNEN - nur fünf, nein sechs Kolleginnen und Kollegen sind da. Wir haben vor zehn Jahren über die Frage diskutiert, lieber Günter Beckstein, wo brauchen wir Videoüberwachung in unserem Lande. In diesem Parlament wurde vehement debattiert über die Frage, wo es notwendig ist, den starken Staat zu zeigen, und wo wir Videoüberwachung in unserem Lande brauchen. Wir haben das gegen den Widerstand der Opposition durchgesetzt. Nach dem Terroranschlag in London hieß es aber hier in diesem Parlament von den GRÜNEN: Wir brauchen mehr Videoüberwachung. Jetzt lese ich im Antrag mit der Nummer 16/69 wieder die gegenteilige Forderung. Wir müssen das Datenschutzgesetz wieder ändern und die Videoüberwachung einschränken. - Das verstehe ich nicht unter einem starken Staat; das verstehe ich nicht unter klarer Politik. Das verstehe ich nicht als klare Ausrichtung - das ist Populismus pur, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich: Ja, wir brauchen einen starken Staat, aber wir brauchen auch die Freiheit des Einzel-

nen. Wir brauchen auch in ganz besonderer Weise die Freiräume für Eigeninitiativen. Die Steuerproblematik ist genau hier der entscheidende Punkt aus meiner Sicht. Ein starker Staat begreift die Bürger als Partner. Deshalb sagen wir: Es ist sinnvoll, dass wir den Menschen das Geld, das sie verdienen, belassen und es ihnen nicht zunächst über hohe Steuern wegnehmen, um es ihnen anschließend über Konsumgutscheine wieder zurückzugeben. Es ist Unsinn, liebe Freunde, den Leuten über die Steuer erst das Geld abzunehmen, um es ihnen anschließend über Konsumgutscheine wieder zurückzugeben. Das verstehen wir nicht unter der Freiheit des Einzelnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Lassen Sie mich noch eine letzte, eine abschließende Bemerkung zu etwas machen, was mir in diesem Hohen Hause und in diesem Lande zu wenig diskutiert wird: Der Einzelne hat Ansprüche gegenüber dem Staat, aber der Einzelne hat gegenüber diesem Staat auch Pflichten. Der Ministerpräsident hat das deutlich gemacht am Beispiel des Ehrenamtes. Man kann nicht nur Forderungen gegenüber dem Staat erheben. Man hat in diesem Gemeinwesen auch die Pflicht, sich einzubringen. An dieser Stelle spüren wir auch, dass wir ein starkes, ein reiches Land sind. In diesem Land werden in jedem Monat 72 Millionen Arbeitsstunden im freiwilligen Ehrenamt eingebracht. Ist Bayern nicht ein reiches Land, liebe Kolleginnen und Kollegen? - 72 Millionen freiwillige Arbeitsstunden in den Vereinen und Organisationen! Hier zeigt sich die Verantwortung des Einzelnen, hier zeigt sich, dass diese Verantwortung eingebracht wird, wenn sie gefordert ist.

Ich möchte aber auch erwähnen - und auch hierüber müssen wir noch viel intensiver diskutieren - dass wir dazu neigen, wenn heute in dieser Gesellschaft Probleme auftauchen, diese Probleme weiterzugeben. Wir suchen nach anderen Verantwortlichen. Zu 90 % gibt es keine Probleme bei der Erziehung der Kinder, aber wenn es Probleme gibt, dann neigen wir dazu, diese Probleme abzuschieben. In solchen Fällen wird die Verantwortung in der Schule gesucht, bei den Erzieherinnen und Erziehern, bei den Lehrerinnen und Lehrern, beim Bürgermeister oder beim Landrat. Die erste Erziehungsverantwortung für die Kinder haben aber nicht die Erzieherinnen und Erzieher, die Lehrerinnen und Lehrer, sondern in erster Linie haben die Verantwortung für unsere Kinder, für die nachkommende Generation, die Eltern. Liebe Freunde, das müssen wir immer wieder deutlich machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Bei allen Diskussionen um die Anforderungen an den Staat müssen wir deshalb immer wieder deutlich ma-

chen, dass an erster Stelle die Verantwortung des Einzelnen steht. Wenn die Kräfte des Einzelnen aber überschritten werden, kann er auf die Stärke des Staates zurückgreifen. Wenn wir in diesem Land eine solche Politik machen, dann, da bin ich der festen Überzeugung, werden wir dieses Land gemeinsam in eine gute Zukunft führen können.

Der Herr Ministerpräsident hat heute in seiner Regierungserklärung klare Wegmarken gesetzt. Er hat Verantwortung und Führung für dieses Land übernommen.

(Franz Maget (SPD): Na ja!)

Die CSU-Fraktion begleitet und unterstützt diesen mutigen und entschlossenen Kurs. Ich bitte die Bürgerinnen und Bürger Bayerns, diesen Weg mit uns zu gehen. Wir müssen und wir werden das Land gemeinsam gestalten.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Aiwanger.

(Margarete Bause (GRÜNE): Das haben selbst Sie fast nicht mehr ausgehalten!)

Hubert Aiwanger (FW): Herr Präsident, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In meinen Augen ist eine Regierungserklärung dafür da, den Weg für die nächsten fünf Jahre abzustecken und heute zu definieren, wo wir in fünf Jahren stehen werden. Herr Seehofer hat sein Programm mit den Worten überschrieben: Zukunft gemeinsam gewinnen. Ganz zum Schluss seiner Rede hat er dann, in einer dürren Zeile, darum gebeten, dass auch die Opposition diese Politik partiell mittragen möge. Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen an dieser Stelle zusagen: Wir werden nicht nur einige Dinge partiell mittragen, sondern ich kann Ihnen versichern, wir werden fast alles von dem, was Sie uns heute versprochen haben, mittragen, denn das entspricht fast in allem den Forderungen, welche die Freien Wähler in den letzten Jahren gestellt haben.

(Beifall bei den Freien Wählern und bei Abgeordneten der SPD - Lachen bei der CSU)

Herr Ministerpräsident, ich gehe sogar so weit, zu sagen: Bevor Sie gezwungen sind, den Canossa-Gang Ihrer Vorgänger zu machen, weil Sie in den eigenen Reihen nicht mehr genügend Unterstützung bekommen, kommen Sie vorher zu uns. Gemeinsam schaffen wir das.

(Beifall und Heiterkeit bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN - Lachen bei der CSU)

Sie haben über weite Strecken hinweg sehr viel von dem dargestellt, was wünschenswert wäre. Sie haben auch dargestellt, was nötig ist. Ich glaube aber, bei der Gesamtbeurteilung des Themas Landesbank müssen wir Sie als zu schwach aufgestellt ansehen. Der Schaden der Landesbank wird die Leistungsfähigkeit Bayerns in Zukunft nämlich massiver beeinflussen, als das heute dargestellt wird. Sie sagen, die Haushalte für das Jahr 2010 und die Jahre danach würden von der Landesbank weitestgehend unberührt bleiben. Sie sagen: Dann sehen wir weiter. Es ist aber alles unter dem Schatten der Landesbank zu sehen. Vieles von dem, was vorgetragen wurde, entspricht der Situation, wenn man mit einem Zehn-Euro-Schein in ein Kaufhaus geht und sagt: Ich möchte heute alles kaufen. Ich will hier nicht neue Begehrlichkeiten wecken und aufzählen, was in Ihrer Auflistung, Herr Ministerpräsident, alles gefehlt hat. Das war das vollständige politische Alphabet: Von der Aufgabenentflechtung bis zur Zuständigkeit der Kommunen ist von A bis Z alles enthalten gewesen. Es fällt fast schwer, neue Akzente zu setzen, weil alles angesprochen wurde, was es auf dieser Welt gibt. Leider müssen wir aber feststellen, dass wir uns auf das Machbare konzentrieren müssen. Insofern fehlen mir eine gewisse Gewichtung und Aussagen darüber, bis wann was abgearbeitet werden wird.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Das Thema Bildung muss und wird das Schwerpunktthema für die Zukunft sein. Das wird auch inzwischen von vielen anerkannt. Warum? - Weil die Schule die letzte Sozialisationsinstanz ist, auf die wir Politiker Einflussmöglichkeit haben, um darauf hinzuwirken, wie junge Leute geprägt werden, wie wir sie in die Gesellschaft entlassen. Das beginnt bei der frühkindlichen Erziehung und Bildung, es geht über die Kinderbetreuung im Allgemeinen und das große Thema Hauptschulen bis zum Thema Lehrerversorgung. Auch hier sage ich: Man muss sich auf das Machbare konzentrieren und definieren, was dies ist, damit wir in wenigen Jahren zu messbaren Ergebnissen kommen. Angesichts dessen ist es mir zu wenig, wenn Sie sagen, wir machen ein paar Hauptschulprojekte, vielleicht ein Projekt pro Regierungsbezirk, und in ein paar Jahren werden wir dann nachsehen, was dabei herauskommt. Wir brauchen stattdessen sehr schnell in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den lokalen Verantwortlichen tragbare Lösungen. Insofern stimme ich Ihnen auch zu, wenn Sie definieren, dass die Kommunen in Zukunft eine stärkere Rolle einnehmen müssen und dass Zuständigkeiten nach unten verlagert werden müssen.

Gerade in der Bildung wird sehr schnell zu beweisen sein, ob die Regierung ernst macht, ob sie etwas erreichen will, oder ob es sich um leere Versprechungen handelt.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Anforderungen an den Bund sind schnell gesagt, vor allem nach dem Motto: Der Bund möge den Investitionsstau bei Bildung, Verkehrsinfrastruktur und im Hinblick auf die Hochschulen auflösen. Hier muss ich aber ganz klar sagen, Bayern muss hier tun, was es tun kann. Bayern muss sofort die Studiengebühren abschaffen.

(Beifall bei den Freien Wählern, Abgeordneten der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir das tun, haben wir in Bayern getan, was möglich ist.

Was ich nun sehe, ist eine große Bewegung, die alles unter einen Schirm stellen will. "Schirm" ist anscheinend das neue Modewort. Erst haben wir die Landesbank unter den Schirm gestellt, jetzt stellen wir den Mittelstand unter einen Schirm, dann werden wir, was weiß ich was, unter einen Schirm stellen. Bei all dem müssen wir aufpassen, dass wir am Ende nicht zu Schirmlingen verkommen, die alles unter einen Schirm stellen wollen.

(Beifall und Heiterkeit bei den Freien Wählern)

Dabei wurde doch gestern noch gesagt, jeder sei seines Glückes Schmied. Wir gehen hinaus in die große weite Welt und holen uns dort unser Glück. Wenn das nicht funktioniert, dann rennen alle wieder unter den Rockzipfel zurück und wollen beschirmt sein. Auf Dauer gesehen können wir uns nicht darauf verlassen, dass jemand für die Defizite einspringen wird. Für uns bedeutet das: In Bayern müssen wir unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Da gehören in meinen Augen Regierung und Opposition ganz klar zusammen. Diesen Gedanken wollen wir als Parlamentsneulinge hier einbringen. Ich will in den nächsten fünf Jahren im Landtag keine Debattenkultur erleben, bei der wir wie durch eine Demarkationslinie voneinander getrennt sind. Jedes Mal, wenn hier einer etwas sagt, wird von dort geblökt, und wenn einer von dort etwas sagt, wird hier hinüber geblökt.

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der FDP)

Wir brauchen eine Diskussionskultur, wie sie in den Kommunalparlamenten üblich ist. Irgendwann nach dem Wahltag muss der billige parteipolitische Schönwetterkampf aufhören, auch wenn man das nie ganz

ausschließen kann. Dennoch müssen wir dann Ziele definieren und alle hier Anwesenden fragen, ob sie bereit sind, das auch mitzutragen. Dann müssen wir über Parteigrenzen hinweg nach Lösungen suchen. Nur so kann es funktionieren. Sonst werden wir uns gegenseitig lähmen und uns fünf Jahre lang gegenseitig irgendwelche Vorwürfe um die Ohren hauen, um am Schluss zu sagen, jetzt sind wir genauso schlau wie vorher.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Mein Aufruf an beide Seiten lautet: Wir brauchen eine neue Form der Zusammenarbeit. Die Opposition ist mehr als in der Vergangenheit üblich einzubinden. Bei der Landesbank ist unser Fragenkatalog erst einmal höhnisch niedergestimmt worden. Mittlerweile wird uns zugesagt, dass dieser Fragenkatalog bearbeitet wird. Wir wollen nicht rückwärts blicken. Wir sagen, dass diese Entwicklung in unserem Sinne ist. Wenn diese Arbeit auch wirklich offen und transparent geschieht, sind wir bereit, miteinander Verantwortung zu übernehmen. Diesen Weg - das prophezeie ich diesem Parlament - werden wir gehen, weil wir uns sonst nur gegenseitig die Augen auskratzen und uns politisch lähmen. Der Bürger ist nicht bereit, diesem Spiel zuzusehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Fragen Sie die Leute zu Hause, die an den Bildschirmen die Landtagsdebatten miterleben. Sie sind teilweise schockiert darüber, wie wir als hochbezahlte Parlamentarier die Zeit verbringen und uns übereinander lustig machen, anstatt an den Problemen Bayerns zu arbeiten.

(Beifall bei den Freien Wählern und der FDP)

Meine Damen und Herrn, der Neoliberalismus, der Turbokapitalismus und der Spekulationskapitalismus, wie Sie es genannt haben, sind gescheitert. Ich hoffe, dass dies auch die Kolleginnen und Kollegen der FDP zumindest in Ansätzen anerkennen. Wir wollen ihr Weltbild nicht völlig auf den Kopf stellen. Sie müssen uns aber zumindest soweit entgegenkommen, dass sie in den nächsten fünf Jahren nicht nur ständig über Privatisierung und Demontierung des Staates nachdenken und wir uns damit für die Zukunft thematisch einengen, sodass am Ende dann niemand mehr da ist, der einspringen kann, wenn es um die innere Sicherheit, um die soziale Sicherheit oder um all das geht, was der Einzelne in Notlagen nicht mehr leisten kann, und wenn dazu dann der starke Staat gerufen wird. Dazu brauchen wir einen Staat. Es reicht nicht, wenn wir sagen, jedem ist geholfen, wenn jeder sich um sich selber kümmern kann. Das ist ein schöner Spruch, der aber für viele in diesem Land an der Realität vorbeigeht. Deshalb rufe ich auch die FDP auf, wirklich zur Kenntnis

zu nehmen, dass wir mit der Spekulationspolitik der letzten Jahre nicht gut gefahren sind. Lassen Sie die Hände weg von der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge!

(Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Aiwanger, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hubert Aiwanger (FW): Ja, stellen Sie die bitte.

Karsten Klein (FDP): Herr Aiwanger, Sie pflichten mir sicher bei - und das ist auch meine Frage -, dass zwischen Neoliberalismus in der eigentlichen Form und den Auswüchsen, die wir heute erleben, ein deutlicher Unterschied besteht. Ich bitte Sie, hier auch differenziert vorzugehen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, darf ich Sie darauf hinweisen, dass das keine Zwischenfrage, sondern eine Zwischenbemerkung war. Die können Sie im Anschluss an den Beitrag des Kollegen machen.

Hubert Aiwanger (FW): Es ist eine Definitionsfrage, was Neoliberalismus, Kapitalismus und Spekulantentum ist. In gewissem Maße gehen diese Begriffe ineinander über. Wo man genau die Grenze zieht, dürfte jedem schwer zu vermitteln sein. Ich will Sie nur darauf hinweisen, dass ein Neoliberalismus, nach dem alles privatisiert werden soll, vielfach zu weit geht. Daraus leitet sich auch das Spekulantentum ab. Plötzlich werden Dienstleistungen wie die Energieversorgung an der Börse notiert, die gestern oder vorgestern noch nicht auf der Spekulationsschiene gestanden sind. Deshalb kann man diese Unterscheidung nicht so haarscharf treffen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

- Kollege Thalhammer, Sie können sich hinsetzen. Eine zweite Frage von der FDP werde ich nicht mehr zulassen. Sie haben nachher genügend Gelegenheit.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir gehen aber so weit und sagen, dass auch der Sozialismus nicht die Rettung allen Menschentums ist. Wir bewegen uns dazwischen. Die soziale Marktwirtschaft wurde heute gewissermaßen genauso neu erfunden, wie Ministerpräsident Seehofer Bayern neu erfunden hat. Mit seinen Themen hat er alles das angesprochen, was in den letzten Jahren nicht getan worden ist. Ich

will aber nicht zurückblicken, sondern ich will Ihnen seitens der Freien Wähler zusagen, dass wir Ihren Weg kritisch und pragmatisch begleiten werden. Wir werden Sie in jeder Form unterstützen, wenn Sie Forderungen aufstellen, die auch wir schon aufgestellt haben oder wenn Sie Forderungen aufstellen, die Bayern voranbringen. Dann wollen wir nicht um der billigen Opposition willen dagegen sein.

(Beifall bei den Freien Wählern)

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal Gedanken über Spielregeln und Diskussionskultur anstellen. Ich erinnere mich mit Kopfschütteln an die Debatte über die Dringlichkeitsanträge zu DSL. Damals wurde unser Dringlichkeitsantrag abgelehnt, weil Sie irgendwo ein Haar in der Suppe gefunden haben, während die Dringlichkeitsanträge von CSU und FDP, die in dieselbe Richtung gegangen sind, angenommen wurden. Sicher hatten Ihre Anträge etwas andere Nuancen, aber die gibt es immer. Wir hatten uns nicht gescheut, allen drei Anträgen zuzustimmen. Sie aber haben offensichtlich noch ein Problem damit, Anträgen zuzustimmen, die auf der falschen Seite dieses Hauses gestellt werden. Wir gewähren Ihnen noch eine Schonfrist. Ich erwarte aber, dass wir in einigen Monaten auf beiden Seiten der Demarkationslinie, die es gar nicht geben darf, über unseren Schatten springen und bestimmte Forderungen, die wir gemeinsam für gut empfinden, auch gemeinsam durchsetzen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir brauchen die Zuarbeit unserer Gremien und unserer Bürgermeister an der Basis. Dabei können wir nicht nach Bürgermeistern von der CSU, von den Freien Wählern oder nach roten oder grünen oder sonstigen Bürgermeistern unterscheiden. In vielen Fällen sind alle Kommunalpolitiker und alle Mittelständler betroffen. Alle die müssen wir ins Boot nehmen. Ebenso fern ist Ihre Forderung, gemeinsam die Zukunft zu gestalten, nur dann voll erfüllt, wenn damit auch die Opposition gemeint ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herrn, trotzdem müssen wir uns einigen Zukunftsentscheidungen besonders widmen. Ich habe das Thema Bildungspolitik angesprochen. Dieses genießt für uns alle oberste Priorität, weil sich dadurch für den Staat die Möglichkeit eröffnet, nachzukorrigieren. Es mag sein, dass die Familien verantwortlich sind, aber wenn die Familien gescheitert sind, muss der Staat einspringen, weil sonst als letztes Auffangbecken immer wieder die Allgemeinheit betroffen wäre.

Das nächste Thema ist die Seniorenpolitik. Die zunehmende Überalterung der Gesellschaft wird es mit sich

bringen, dass immer mehr volkswirtschaftliche Arbeitskraft dazu aufgewendet werden muss, um der älteren Generation einen lebenswürdigen Lebensabend zu ermöglichen. Meine Damen und Herren, es ist nicht damit getan, wenn bei der Pflegeversicherung an ein paar Stellen hinter dem Komma herumgedoktert wird oder wenn irgendwelche Zuschüsse um ein paar Euro erhöht werden. Wir brauchen hierfür bestimmte Strukturen, und dazu gehört es auch, im ländlichen Raum funktionsfähige Strukturen aufrechtzuerhalten, die eine wohnortnahe Unterbringung der Senioren ermöglichen. Dazu gehören der kleine Lebensmitteleinzelhandel genauso wie der wohnortnahe Hausarzt oder eine funktionierende Sozialstruktur vor Ort.

Deshalb appelliere ich auch hier an die Neoliberalisten, die darüber vielleicht zu wenig nachdenken und sagen, nach einer McKinsey-Studie verzinse sich das in Metropolregionen investierte Geld besser als das in den ländlichen Raum investierte. Das mag für sich genommen vielleicht stimmen. Bei genauerem Hinsehen erkenne ich aber, dass man damit die Strukturen draußen kaputt macht und damit nur Folgekosten auslöst. Der Senior könnte dann nicht mehr in der eigenen Wohnung seinen Lebensabend verbringen, sondern müsste in ein zentrales Seniorenheim überführt werden, was mit zusätzlichen Pflegekosten verbunden wäre. Auch das sind Dinge, über die man nachdenken muss. Die Gesellschaft funktioniert nur dann, wenn wir vom Kind bis zum Greis eine in sich schlüssige Gesellschaftsdiskussion anstoßen, in der jeder seine Position wiederfindet.

Mich begeistert auch die neue Erkenntnis, dass der Mittelstand jetzt besonders geschützt und vielleicht sogar unter einen Schirm gestellt werden müsse. Damit sind wir an einem Punkt angelangt, wo die Hütte eigentlich schon brennt. Der Mittelstand muss schon weit im Vorfeld entlastet und geschützt werden. Der Mittelstand muss - das habe ich in meiner letzten Rede schon gesagt - wie ein rohes Ei behandelt werden.

(Der Strom fällt aus - Beleuchtung und Mikrofonanlage funktionieren nicht mehr - Zuruf von der SPD: Wenn Sie reden, geht das Licht aus! - Unruhe)

Das heißt einfach -- Jetzt funktioniert das Mikrofon auch schon nicht mehr.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Jetzt hat's die Sicherung herausgehauen, wenn Sie reden! - Zurufe - Unruhe)

- Das geht schnell wieder.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, wenn Sie einigermaßen ruhig sind, können wir auch ohne Mikrofon diese Debatte fortsetzen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wollte betonen, dass der Mittelstand jetzt offensichtlich das letzte Mittel ist, um Bayern wieder ins Laufen zu bringen. Von den Großkonzernen hat man sich momentan verabschiedet. Man sieht, dass bei denen wirklich die Hütte brennt; ich wiederhole diesen Ausdruck. Der Mittelstand ist jetzt gut genug, dass er wieder einspringen muss. Damit können wir leben. Damit bestätigt sich, dass eine mittelständisch breit aufgestellte Wirtschaft stabiler ist als ein paar wenige Global Player, die heute die Subventionen kassieren und morgen fort sind. Diese Entwicklung müssen wir zur Kenntnis nehmen. Ich will den Global Players zwar nicht grundsätzlich ans Schienbein treten, aber es geht darum, das Spiel so zu gestalten, dass sich alle darin wiederfinden können. Jetzt ist der richtige Anlass, um zu fordern, dass Mittelstand, Kommunen und die Kleinstrukturen vom Staat die richtigen Rahmenbedingungen bekommen, um gegenüber den Großen konkurrenzfähig zu sein. Die Großen überleben sehr häufig nicht deshalb, weil sie wirtschaftlich so viel besser arbeiten, sondern weil sie Rahmenbedingungen vorfinden, die der Kleine eben nicht hat, wie gerade wieder die Fleischskandale mit dem irischen Schweinefleisch der letzten Zeit zeigen. Dann sind wir dankbar für die kleinen Dorfmetzgereien, wo die Schweine aus der Umgebung kommen

(Allgemeine Heiterkeit)

und der Absatz in der Region stattfindet. Meine Damen und Herren, auf diese Weise sind wir besser versorgt, als wenn wir europaweit an einigen großen Anbietern hängen, die den Markt beherrschen und denen wir auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Deshalb mein klares Plädoyer, in Zukunft marktbeherrschende Strukturen auf Landes- und Bundesebene zu verhindern. Das ist mit Sicherheit auch ein Ansatzpunkt für die Lösung vieler Probleme in der Landwirtschaftspolitik. Viele Probleme haben ihren Ursprung darin, dass marktbeherrschende Stellungen ausgebaut wurden, ob nun im Lebensmitteleinzelhandel bei der Milch oder bei den Schlachtketten hinsichtlich des Fleischpreises. Jeder wundert sich, warum hier die Marktgesetze außer Gefecht gesetzt wurden. Meine Damen und Herren, da müsste sehr häufig eigentlich das Kartellamt eingreifen, nicht nur im Energiebereich, wo die Kartellbehörde in meinen Augen viel zu sehr als zahnloser Tiger handeln. Auch im Lebensmittelbereich müssten die Kartellbehörden genau hinschauen.

Jede Regierung kann Lorbeeren ernten, wenn sie für regionale Strukturen und Kleinstrukturen eintritt. Damit

liegt man richtig. Das wird ein Weg sein, um aus dieser Wirtschaftskrise herauszukommen. Wenn wir nur wie das Kaninchen vor der Schlange gelähmt vor der Entwicklung sitzen und auf den Turnaround an den Aktienmärkten warten, dann werden wir eine Wende vielleicht nicht mehr erleben. Wir müssen die untere Ebene stark machen. Die Musik muss bei den Kommunen, beim Mittelstand, bei den Familien und der Bildung spielen. Ihr Regierungsprogramm, das Sie mit vier Leitgedanken überschrieben haben, geht in die Richtung, wieder mehr Sicherheit und verlässliche Strukturen zu finden. Ihr Ziel von Bildung deckt sich mit dem, was eigentlich auch die gesamte Opposition sagt. Sie haben die Nachhaltigkeit als drittes Stichwort genannt. Auch die Nachhaltigkeit wurde in den letzten Jahren mit Füßen getreten. Als Stichwort nenne ich Privatisierungen; Tafelsilber wurde verscherbelt. Bayern hat sehr Vieles abgestoßen und steht mittlerweile fast mit leerem Beutel da. Gelder, die aus den Privatisierungen zurückgelegt wurden und für Investitionen gedacht waren, sind jetzt nötig, um die Zinsen der Landesbankkredite abzustottern. Die Nachhaltigkeit hat leider Gottes in den letzten Jahren keine großen Blüten getrieben, sondern wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit nicht so verwirklicht wurde, wie es nötig gewesen wäre. Wir erhoffen für die Zukunft Besserung. Ich richte die Bitte an die FDP: nicht alles verkaufen, was nicht niet- und nagelfest ist.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch die Forderung nach Freiräumen für die Bürger, den Mittelstand und die Kommunen können wir unterschreiben. Wir brauchen Freiräume, damit die Berufstätigen endlich wieder frei arbeiten können und nicht von Bürokratie erdrückt werden. Auch hier hat sich die CSU in den letzten Jahren nicht mit Ruhm bekleckert. Sie hätte sehr Vieles einfacher machen können, und sie hat sehr viele Fehler von Brüssel in Bayern ins Extreme geführt, hat unzutragliche Ideen in Bayern noch weiter aufgemotzt, Stichwort EU-Hygienerichtlinien und Kulturlandschaftsprogramm. All diese Dinge könnten in Bayern anders behandelt werden, wenn man denn wollte. Mir fehlt hier ein ehrlicher Ansatz. Wir müssen hier wirklich einmal Ballast über Bord werfen, um wieder Zeit zum Arbeiten zu haben, anstatt Tag und Nacht Papiere auszufüllen. Auch das verstehe ich unter Freiräumen. Hier haben Sie unsere volle Unterstützung, wenn wir in diese Richtung gehen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ich fasse zusammen: Ich plädiere für eine neue Diskussionskultur und eine neue Kultur der Zusammenarbeit in diesem Haus und für eine gezielte Vorgehensweise bei den Problemen Bayerns. Wir sollten gemeinsam eine Rangfolge aufstellen, wie wir vorge-

hen. Ich schlage vor, die Bildung ganz oben anzusetzen und dann weiterzuarbeiten, so weit die Kohle reicht - bitte entschuldigen Sie den Ausdruck -, um am Ende nach fünf Jahren sagen zu können: Wir haben wenigstens im Rahmen unserer Möglichkeit das Beste getan, haben das Machbare geleistet und uns nicht fünf Jahre damit beschäftigt, uns gegenseitig Schimpfworte an den Kopf zu werfen. Ich glaube, dann sind wir es wert, in diesem Hause Politiker zu sein.

(Lang anhaltender Beifall bei den Freien Wählern und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Herr Kollege Aiwanger, vielen Dank. Nur zu Ihrer Information: Frau Präsidentin Stamm hat mich gerade darüber informiert, dass bei den Stadtwerken der Landeshauptstadt München ein Hauptschalter zerstört wurde. Deswegen läuft die elektrische Versorgung unseres Hauses jetzt über unser Notstromaggregat. Das hat aber nichts mit der Regierungserklärung zu tun.

(Heiterkeit bei der SPD und den Freien Wählern)

Das hat zur Folge, dass wir hier im Plenum zwar diskutieren können, aber Rundfunk und Fernsehen sind lahmgelegt. Leider kann die Debatte daher derzeit nicht übertragen werden. Bei der Landeshauptstadt arbeitet man aber daran. Bei uns funktioniert auch nur der halbe Computer. Daran sieht man, wie gut doch Papier ist.

Ich rufe die nächste Wortmeldung auf. Wollen Sie noch eine Zwischenbemerkung machen? - Dann rufe ich Herrn Kollegen Daxenberger auf.

Sepp Daxenberger (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Seehofer, Sie brauchen keine Angst zu haben, dass Sie jetzt noch eine Hochzeitsbewerbsrede hören. Ich möchte mich lieber auseinandersetzen mit dem, was wir von Ihnen zu Ihrem Programm für die nächsten fünf Jahre gehört haben. Es hat lang gedauert, Herr Ministerpräsident, bis die neue Regierung endlich die Zeit gefunden hat, dem Volke und seinen Vertreterinnen und Vertretern im Landtag die Welt zu erklären. Uns hätte es schon gereicht, heute Auskunft darüber zu erhalten, was die Koalition gedenkt, in Bayern, bei uns hier, konkret zu tun. Auf diese Frage haben wir heute leider kaum eine Antwort erhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Regierungserklärung enthält viel Prosa, viele Allgemeinplätze und viele Selbstverständlichkeiten, aber sehr wenig Konkretes. Die Verpackung ist schön, das Schleiferl gefällt mir auch ganz gut, aber der Inhalt ist mehr als enttäuschend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man diese Rede gehört hat, fragt man sich spontan: Soll das alles gewesen sein? - Für das, was wir heute gehört haben, ist das Kabinett in Klausur gegangen. Das hätte es doch wirklich nicht gebraucht. Dafür hätte man keine Klausur durchführen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben zwar ein gewisses Verständnis dafür, dass das Desaster und das Chaos bei der Landesbank Ihnen in der Regierung den Spaß verdorben haben, aber wir haben kein Verständnis dafür, dass ein Nichthandeln das Markenzeichen der neuen Koalitionsregierung werden soll. Sie haben in den letzten Wochen viel von einem Neuanfang gesprochen. Ein Neuanfang sieht aber für uns anders aus. Es reicht nicht, den Ministerpräsidenten und einige Köpfe auszutauschen, für einen Neuanfang braucht es eine andere Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darüber hätten wir heute gern etwas gehört. Wie sieht diese Politik aus? - Darüber, wie diese Politik aussehen soll, haben wir heute allenfalls in homöopathischen Dosen etwas mitgeteilt bekommen. Herr Seehofer, entschuldigen Sie, aber die Regierungserklärung von Herrn Beckstein im letzten Jahr hatte noch einen größeren Neuigkeitswert als das, was wir heute gehört haben. Aber vielleicht gibt es nicht nur geheime Protokollnotizen zum Koalitionsvertrag, sondern auch eine geheime Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, die irgendwann im Kabinett nur den Eingeweihten vorgetragen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Neuanfang heißt bei Ihnen in erster Linie, so zu tun, als würden Sie die Herren und wenigen Damen aus der Vorgängerregierung gar nicht kennen. Herr Ministerpräsident, Sie können sich aber nicht aus der Verantwortung für die Fehler der Vorgängerregierungen stehlen, auch wenn es Ihnen viel lieber wäre, die Staatskanzlei in ein Wohlfühlministerium umzubauen, als Minister für freundliche Worte, verständnisvolles Zustimmung und Sonntagsreden. So einfach ist es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können nicht so tun, als wäre vor Horst Seehofer nichts gewesen. Sie können nicht so tun, als wären Sie wie Phönix aus der Asche aufgestiegen, auch wenn es zugegebenermaßen noch vor wenigen Monaten abenteuerlich erschienen ist, über einen zukünftigen Ministerpräsidenten Seehofer zu spekulieren, und auch wenn es fast noch verwegener war, zum damaligen Zeitpunkt davon zu reden, dass die CSU am 28. Sep-

tember nach 46 Jahren Alleinregierung nicht mehr allein regieren wird. Aber die Wahl am 28. September hat uns diese beiden Überraschungen in der Regierung gebracht, nämlich Horst Seehofer und die FDP.

Ich bin ehrlich gesagt ziemlich erschrocken, als Sie, Herr Ministerpräsident, kurz nachdem klar war, dass die CSU an Ihnen in beiden Funktionen, nämlich als Ministerpräsident und als Parteivorsitzender, nicht mehr vorbeikommt und Ihnen beide Ämter andienen wird, in einem Interview davon gesprochen haben, dass es Ihre wichtigste Aufgabe sei, den Mythos der CSU zurückzugewinnen. Offensichtlich kommt bei Ihnen immer noch zuerst die Partei und dann lange nichts. Aber ich sage Ihnen eines: Die Gleichung "Bayern = CSU und CSU = Bayern" funktioniert nicht mehr. Ich denke, das ist gut für Bayern, das ist gut für die Menschen in Bayern. Die Wahl hat gezeigt, dass sich in dieser Richtung etwas bewegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Veränderung, die die Wählerinnen und Wähler am 28. September haben wollten, sollte sich auch in einer anderen Politik niederschlagen. Heute wollten wir endlich - nach fast zwei Monaten - hören, was die neue Regierung in den nächsten fünf Jahren tun möchte. Aber da ist nichts gekommen. Die Suppe, die Sie uns heute aufgetischt haben, war arg dünn. Nichts, was wir nicht in den letzten fünf Jahren zimal gehört haben. Es ist klar, der Landesbankstrudel hat einiges nebensächlich erscheinen lassen, aber das Leben in Bayern geht weiter, und die Menschen warten auf Antworten auf die Fragen der Zukunft.

Wie geht es weiter in der Familienpolitik? Wie geht es weiter in der Bildungspolitik? Wie schaffen wir mehr soziale Gerechtigkeit? Wie geht es weiter mit dem Klimaschutz, den Bürgerrechten, der Chancengleichheit aller Regionen in Bayern, und wann machen wir endlich ernst mit der Energiewende? Aber auch die kleinen Dinge des Alltags müssen geregelt werden. Die Grundschulen brauchen Klarheit über die Übertrittsregelungen. Die Beamten und Staatsbediensteten wollen wissen, ob Sie wenigstens in Zukunft auch die Frösche fragen, wenn Sie Behördenreformen durchführen wollen. Die Leute wollen wissen, wann die schon lang versprochenen Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten kommen. Denn diese Hausnummern, diese Zahlen, haben wir schon oft gehört in der Vergangenheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Aiwanger, ich verstehe durchaus Ihren Appell an das Miteinander, aber Sie müssen auch verstehen, dass es hier Abgeordnete gibt, die seit vielen Jahren in diesem Hohen Hause sind und seit vielen

Jahren immer wieder Forderungen aufstellen und Positionen vertreten, für die sie lächerlich gemacht werden. Man wird hingehalten, und dann muss man sich hier in der Regierungserklärung in blumigen Worten versteckt anhören, dass die Staatsregierung das eigentlich schon immer selbstverständlich machen wollte. Ich glaube, dass einem da einmal der Ärger hochkommt, das werden Sie in ein paar Jahren auch noch erleben.

Herr Ministerpräsident, in einem Interview haben Sie vor Kurzem zum Ausdruck gebracht, dass Sie zwar in Bayern Ministerpräsident sind, Ihr Kampfplatz aber weiterhin Berlin sein wird. Wir würden es viel lieber sehen, wenn Sie hier in Bayern für die Menschen kämpfen würden. Das hätten Sie sich einfach vorher überlegen müssen, bevor Sie in Berlin Ihren Ministerposten aufgegeben haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Arbeitsplatz ist in Bayern, Ihr Arbeitsplatz ist in der Staatskanzlei. In Bayern gibt es genug zu tun. Wir würden es wirklich gern sehen, dass Sie die Probleme hier in Bayern beherzt angehen und endlich dort handeln, wo es dringend nottut - Baustellen haben wir mehr als genug -, zumal Ihre Auftritte in Berlin momentan nicht sonderlich erfolgreich sind. Sie holen sich dort eine Abfuhr nach der anderen. Der Löwe brüllt zwar laut, solange er in Bayern ist, aber kaum hat er die Grenzen des Freistaates überschritten, wird die CSU bzw. der Löwe zu einem schnurrenden Kätzchen, das glücklich ist, zu Füßen der Kanzlerin einen Platz zugewiesen zu bekommen.

Herr Ministerpräsident, die Menschen in Bayern erwarten eigentlich schon, dass ihr Ministerpräsident schon wirklich pfeift, wenn er den Mund spitzt. Die Steuerpläne - da sind wir beim Mundspitzen und beim Blöken gegen die Bundesregierung -, die vom damaligen CSU-Vorsitzenden Erwin Huber in den Wahlkampf geworfen wurden, um zu retten, was ohnehin nicht mehr zu retten war, werden seit einem halben Jahr gebetsmühlenartig immer wieder vorgetragen. Das interessiert aber ganz offensichtlich die Bundeskanzlerin keine Spur, zumal diese Forderungen mehr als durchsichtig sind. Sie können noch so oft "mehr Netto vom Brutto" nach Berlin plärren, aber nicht davon ablenken, dass die CSU mit in der Regierung sitzt. Sie sind dagegessen und haben die Hand gehoben, als in den letzten Jahren mehr als ein Dutzend Steuererhöhungen beschlossen wurden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das waren Sie. Die CSU ist mit dafür verantwortlich, dass weniger Netto in den Taschen aller Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ist. Wer heute unhaltbare Ver-

sprechungen über neue Steuergeschenke verbreitet, der darf vom Griff in die Taschen der Menschen nicht ablenken. Erst viel nehmen, dann viel versprechen, das ist keine seriöse Politik. Wir sollten endlich einmal ehrlicher sein zu den Menschen, ihnen vor den Wahlen nicht immer etwas versprechen, an das man sich nach den Wahlen nicht mehr erinnern kann.

Jetzt Steuersenkungen fordern, wie Sie es heute in Ihrer Regierungserklärung gemacht haben, Herr Ministerpräsident, ist an Kaltschnäuzigkeit kaum mehr zu überbieten. Glauben Sie im Ernst, dass es noch irgendjemanden in Bayern gibt, der Ihnen das abkauft, nachdem in diesem Haus letzte Woche die Staatsregierung einen Nachtragshaushalt eingebracht hat, der die Schulden auf einen Schlag mal soeben um 10 Milliarden Euro erhöht hat? Das ist eine Schuldenlaststeigerung um fast 50 %, das ist, denke ich, einmalig in der Geschichte des Freistaats Bayern. Das ist mehr Geld, als in den letzten fünf Jahren seit den Stoiber'schen Sparverkündigungen überhaupt in Bayern eingespart wurde. Man muss sich das einmal vorstellen: Man kürzt das Blindengeld, man kürzt die Übungsleiterzuschüsse, man kürzt die Jugendförderung, verlangt von den Eltern Büchergeld, von den Studentinnen und Studenten Studiengebühren, von den Beamtinnen und Beamten die 42-Stunden-Woche, und alles das, was man über die Jahre Million für Million zusammengekratzt hat und womit man vielen Menschen Perspektiven genommen hat, das wird jetzt mit einem Schlag hinausgeschmissen, weil sich offensichtlich niemand darum gekümmert hat, dass die Landesbank aus dem Ruder läuft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Sparorgie der Regierung Stoiber war nicht nur falsch - das sollte man einfach zugeben -, es stellt sich heraus, dass sie auch noch nutzlos war. Das ist bitter besonders für die Menschen, die in den letzten fünf Jahren unter diesen Sparzwängen und -beschlüssen haben leiden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der Freien Wähler)

Da stellen Sie sich heute hin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, und sagen: Die Steuern müssen runter. Da hätten Sie gleich sagen können: Nach mir die Sintflut, und was kümmert mich die nachfolgende Generation. Irgendjemand muss das doch einmal zahlen, was jetzt an Schulden aufgehäuft wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was uns und den Bürgerinnen und Bürgern in den letzten Monaten zum Thema Landesbank vorgesetzt wurde, ist ein starkes Stück. Viele Menschen fühlen

sich von den Verantwortlichen der Landesbank und ihren Eigentümern an der Nase herumgeführt. Ich kann diese Menschen gut verstehen. Und wenn es soweit ist, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann will es keiner gewesen sein.

Gut, der Ministerpräsident hat sich letzte Woche bei den Beschäftigten und bei den Bürgerinnen und Bürgern entschuldigt. Aber das war notwendig, und es war billig. Wie hat eine Zeitung so schön kommentiert: "Seehofer entschuldigt sich, uns bleiben die Schulden."

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben letzte Woche in Ihrer Erklärung zur Landesbank ausgeführt, dass Größenwahn und Gier die Ursachen des Landesbankdesasters gewesen seien. Möglicherweise kommen aber auch noch Dummheit und Unfähigkeit dazu, und zwar bei denen, die eigentlich die Verpflichtung hatten, die Aufsicht zu führen. Vermutlich hat man es nicht so genau genommen mit dem gesetzlichen Auftrag, den die Landesbank eigentlich hatte, mit dem Auftrag, dessen Erfüllung die Bürgerinnen und Bürger als selbstverständlich voraussetzen, nämlich dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft in Bayern mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet wird, dafür zu sorgen, dass die Betriebe in Bayern Arbeitsplätze schaffen und erhalten können. Was, verdammt noch mal, macht die Bayerische Landesbank auf dem amerikanischen Immobilienmarkt? Das hat uns bisher niemand erklären können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landesbank - vielleicht ist das ein Erklärungsversuch - ist schon lange das Symbol für die Großmannsucht der CSU: Partei, Staat, Bank, alles meins, alles eins, das war jahrzehntelang das Selbstverständnis, mit dem in Bayern Politik gemacht wurde von der CSU, das, was mit Strauß und den Ostgeschäften eines Schalck-Golodkowski begann, was mit der Kirch-Pleite weiterging, hat jetzt schließlich im Immobilienblasensumpf sein vorläufiges böses Erwachen gefunden. Es war immer Ausdruck von Gier und Größenwahn. Die Landesbank war über Jahrzehnte das Kampfinstrument der CSU. Sie hatte nicht dem Staat, sondern der Partei zu dienen mit einer Selbstverständlichkeit, die keinen Widerspruch duldet. Das ist eigentlich der Skandal in der Landesbankgeschichte.

Natürlich, das wissen wir, ist die Rettung der Landesbank angesichts der Gewährträgerhaftung durch den Freistaat notwendig. Aber zur Rettung gehört nicht nur, Geld hineinzupumpen, sondern dazu gehört auch ein tragfähiges Konzept, ein Geschäftsmodell, mit dem die Landesbank die Chance hat, auch wieder auf die Füße zu kommen. Ansonsten werfen wir in diesem Fall gutes Geld dem schlechten hinterher.

Hier, Herr Ministerpräsident, beginnt eben Ihre Verantwortung. Dieses Kapitel der Fehlentscheidungen, das wir letzte Woche aufgeschlagen haben, können Sie nicht mehr der alten Regierung zuschustern. Es ist Ihre eigene Verantwortung, dass Sie ein Geschäftsmodell vorschlagen, das in unseren Augen nicht geeignet ist, einerseits den Aufgaben nachzukommen, für die wir eine Landesbank brauchen, andererseits mit diesen Aufgaben sogar noch Geld zu verdienen. Das nun vorliegende Wir-machen-alles-alleine-Modell zeugt eher von dem falschen Glauben, dass wir in Bayern sowieso immer alles besser können, so nach dem Motto: Mia san mia und schreibn uns uns. Aber damit sind Sie schon auf die Nase gefallen, und deswegen ist das in unseren Augen das falsche Modell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch nicht genug mit dem zusätzlichen Schuldenberg, den uns das Landesbankdebakel eingebracht hat. Darüber hinaus befinden wir uns in einer Wirtschaftskrise, und diese verlangt vom Staat mutiges und schnelles Handeln und vor allen Dingen entsprechende Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Das, was Sie uns heute als Investitionsprogramm verkauft haben, ist mutlos und vor allen Dingen alter Wein in neuen Schläuchen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Was soll an dem neu sein, was Sie uns heute erzählt haben? Zum Investieren - das sollte man auch einmal deutlich machen - braucht der Staat natürlich Einnahmen; denn nur reiche Menschen können sich einen finanzschwachen Staat leisten. Der Großteil der Menschen in Bayern ist auf einen Staat angewiesen, der die Daseinsvorsorge auch in der Zukunft sichern kann. Deswegen ist es auch von enormer Bedeutung, die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit und vor allem in ihrer Eigenständigkeit zu stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gut funktionierende Gemeinden, Städte und Landkreise sind das Gerüst eines gut funktionierenden Staates. Dort treffen die Entscheidungen, egal ob positiv oder negativ, die Menschen sofort und direkt. Deswegen muss die kommunale Daseinsvorsorge auch in den Händen der Kommunen bleiben.

Hier möchte ich vor allem die FDP ansprechen, die nicht gerade für ihre Verankerung in der Kommunalpolitik bekannt ist. Ich muss deutlich sagen: Die Privatisierung der Daseinsvorsorge ist der falsche Weg.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Wir brauchen starke Gemeinden, starke Städte und starke Landkreise. Die Kommunen müssen besonders in den Bereichen Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, öffentlicher Nahverkehr und Gesundheitswesen eigenständig und handlungsfähig bleiben. Privatisierung als Rosinenpickerei ist nicht nur kommunalfeindlich, sie kommt die Bürgerinnen und Bürger auf lange Sicht auch immer teuer zu stehen. Überall dort, wo dieser Weg beschritten wurde, lässt es sich beobachten: Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste werden sozialisiert.

Das, was Sie heute in Ihrer Regierungserklärung zu diesem Thema ausgeführt haben, Herr Ministerpräsident, beruhigt uns überhaupt nicht. Als ehemaliger Bürgermeister weiß ich sehr wohl, dass es in Grenzbereichen Geschichten gibt, die die Kommune dann machen muss, wenn sie sonst niemand mehr machen will. Aber das, was interessant und spannend ist, holen sich die Privaten. Ich erinnere nur an die Krankenhaussituation in Bayern, die inzwischen dramatisch ist. Die Kommunen wissen bald nicht mehr, wie sie ihre kommunalen Krankenhäuser noch über Wasser halten sollen; denn in den letzten Jahren wurden vor allem die lukrativen Bereiche im Krankenhauswesen von den Privaten weggeschnappt, und das, was nichts bringt, wo man draufzahlen muss, das bleibt in vielen Fällen den Kommunen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt ist die Bundesregierung mit Unterstützung Bayerns dabei, einen weiteren verhängnisvollen Fehler zu machen, nämlich mit der Privatisierung der Bahn. Die Bahn gehört in unseren Augen den Bürgerinnen und Bürgern, nicht den Heuschrecken. Aufgabe der Bahn ist es, Mobilität zu sichern und für Mobilität zu sorgen, auch und gerade dort, wo es sich möglicherweise nicht rentiert, wo es sich möglicherweise nicht rechnet. Aufgabe eines privaten Betreibers ist es aber, für Rendite zu sorgen.

Deswegen sage ich heute ein paar deutliche Worte dazu. Zum Glück ist ein Aufschub gemacht worden. Lassen wir es nicht zu, dass auch die Bahn noch filetiert wird! Dadurch würden die ländlichen Regionen endgültig von der Entwicklung abgehängt. Deswegen brauchen wir eine Bahn, die in den Händen der Bürgerinnen und Bürger bleibt und nicht in die Hände von ein paar Privaten fällt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident und liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns der Wirtschaftskrise erfolgreich stellen wollen, wenn wir Unternehmen sichern und Arbeitsplätze erhalten wollen, dann muss jetzt investiert werden. Das ist schon ein paarmal deutlich geworden.

Aber wenn wir investieren, dann ausschließlich dort, wo die Investitionen in die Zukunft reichen, das heißt dort, wo einerseits neue, sichere, sinnvolle Arbeitsplätze entstehen und andererseits gleichzeitig Zukunftsprobleme gelöst werden können. Das bedeutet investieren in Umweltschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit. Das sind die Aufgaben der Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das bedeutet im Umkehrschluss: keine Investitionen mehr in überkommene Strukturen!

Deswegen möchte ich Sie, Herr Ministerpräsident, sehr inständig bitten: Hören Sie endlich damit auf, Umweltschutz und wirtschaftlichen Erfolg gegeneinander auszuspielen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind alte Kampfbegriffe aus dem letzten Jahrtausend, die Sie in den letzten Tagen und Wochen immer wieder ausgepackt haben; denn Sie sagten: Arbeitsplätze sind wichtiger als Klimaschutz.

Ihre Aussagen zum Klimaschutz haben Sie in einigen Punkten gleich wieder relativiert und zurückgenommen, indem Sie gesagt haben: Ja, im richtigen Rahmen und Maß kann Klimaschutz auch Arbeitsplätze schaffen; aber die Dosierung macht's. - Das ist ein völlig falscher Ansatz und verkennt die Tatsachen.

Ihr lauwarmer Bekenntnis ändert nichts an dem Eindruck, den Sie in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit hinterlassen haben. Es wäre ein fataler Eindruck, wenn sich das Ausgesprochene verfestigen würde.

Die ehrgeizigen Klimaschutzziele, die Sie heute angekündigt haben, bleiben sogar noch hinter den Ankündigungen Stoibers auf der Zugspitze zurück. Man muss doch einmal deutlich machen, dass das nichts ist!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich fürchte, Sie haben immer noch nicht verstanden: Arbeitsplätze erhalten und schaffen durch Umweltschutz, Klimaschutz und Energiewende ist die Aufgabe der Zukunft, ist die Aufgabe, Herausforderung und große Chance in dieser Krise.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Umweltschutz, Klimaschutz und Energiewende sind keine Kostennachteile, sondern ich behaupte: Sie sind der Standortfaktor schlechthin in Bayern. Warum in aller Welt nutzen wir diesen Standortfaktor und diese Standortvorteile nicht? Hier können wir das Notwendige mit dem Sinnvollen und Nützlichen verbinden.

Energie wird teurer. Fossile Brennstoffe sind knapp. Lassen wir uns durch den momentanen Ölpreis nicht täuschen! Aber statt den Menschen Sand in die Augen zu streuen und für die Zukunft billige Energie zu versprechen, wäre es sinnvoll, den Bürgerinnen und Bürgern jetzt zu helfen, damit sie in Zukunft mit einem Bruchteil des momentanen Energieverbrauchs auskommen und gleichzeitig ihren Lebensstandard halten können. Das ist machbar. Es müssen nur die richtigen Rezepte und Instrumente auf den Tisch gelegt werden.

Jetzt ist es an der Zeit, Geld dafür zu verwenden, dass die Gebäude weniger Energie verbrauchen. Das Geld ist dann nachhaltig investiert, und es wird Arbeit geschaffen. Machen wir das doch endgültig, statt bloß darüber zu reden!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt ist es an der Zeit, in erneuerbare Energien zu investieren. Nur diese Energien sind auf Dauer bezahlbar, verfügbar und zukunftssicher. Vor allen Dingen ist das der Wachstumsmarkt schlechthin. Dabei geht es bei uns in Bayern nicht einmal um die Erzeugung der Energie zur Deckung des eigenen Bedarfs, sondern vor allen Dingen um die dahintersteckende Technologie. Momentan sind wir auf diesem Gebiet noch Weltmeister. Aber ich habe Angst, dass wir diesen Spitzenplatz verlieren.

Spitzentechnologie zur Erzeugung umweltfreundlicher, dezentraler, erneuerbarer Energie wird weltweit der Renner werden. Noch sind unsere bayerischen Betriebe gut im Geschäft und gut aufgestellt. Aber wenn wir nicht aufpassen und diejenigen, die in der Politik das Sagen haben, stattdessen weiterhin - das haben Sie auch heute wieder gemacht -, der Atomenergie das Wort reden, werden wir hier recht deutlich das Nachsehen haben; denn dann wird diese Spitzentechnologie Bayern verlassen und dorthin gehen, wo sie gefragt ist und eine angemessene Unterstützung und Anerkennung erfährt.

Wir brauchen in Bayern Spitzentechnologie zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen und zur Erzeugung der erneuerbaren Energien. Diesen grünen Weg müssen wir gehen, und zwar sowohl aus wirtschaftlicher Sicht, weil wir zukunftssichere Arbeitsplätze haben wollen, als auch aus ökologischer Sicht, weil wir Verantwortung für diejenigen übernehmen müssen, die nach uns kommen.

In Zukunft wird es - bitte merken Sie sich das - kein Entweder-oder, sondern nur noch ein Sowohl-als-auch geben. Je früher wir handeln, desto größer sind unsere Chancen, auch dort die Nase vorn zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genau denselben Politikansatz, Herr Ministerpräsident, brauchen wir auch in der Agrarpolitik. Auch da haben wir in Bayern nach wie vor gute Voraussetzungen, eine bäuerliche, nachhaltige und damit ökologische Landwirtschaft als die letztlich einzige zukunftsfähige Form der Landbewirtschaftung umzusetzen. Das ist keine Feststellung von mir, sondern das hat erst kürzlich der Weltagrarrat festgestellt. Er hat gesagt, dass das die einzige zukunftsfähige Form der Landwirtschaft ist.

Der Versuch der Staatsregierung, unsere Bäuerinnen und Bauern für den sogenannten Weltmarkt fit zu machen, hat in der Vergangenheit schon sehr viele Bauernhöfe gekostet. Dieses Hase-und-Igel-Spiel kann unsere Landwirtschaft nicht gewinnen. Das Bauernhofsterben wird weitergehen, wenn wir weiterhin versuchen, die bayerische Landwirtschaft auf Masse zu trimmen.

Wir GRÜNEN stehen auf Klasse, nicht auf Masse. Wir können in Bayern nicht billig produzieren. Aber wir können Qualität produzieren. Auf diese müssen wir uns versteifen. Ansonsten verlieren wir das Hase-und-Igel-Spiel.

Sie müssen sich noch etwas merken. Sie haben heute wieder eine ganze Reihe von Sätzen mit Agrarprosa vorgetragen. Aber spätestens die Landtagswahl hat doch gezeigt: Die Bäuerinnen und Bauern lassen sich von der Staatsregierung mit dieser Agrarprosa nicht mehr abspesen, sondern verlangen jetzt konkretes Handeln.

Mehr als die Hälfte der in Bayern nachgefragten ökologisch erzeugten Nahrungsmittel wird eingeführt. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern: Vor mehr als 15 Jahren haben wir in diesem Haus immer wieder darauf hingewiesen, dass es hier einen Wachstumsmarkt gibt, den wir nicht anderen überlassen sollten. Die CSU hat diesen Hinweis damals immer wieder damit abgetan: Diese Nische ist uninteressant; sie bringt nichts. Jetzt müssen wir feststellen, dass wir das Geschäft anderen überlassen haben.

Nun ist die Staatsregierung im Begriff, einen noch verhängnisvolleren Fehler zu machen. Leider haben wir in der heutigen Regierungserklärung wieder keinen Satz darüber gehört, ob die Staatsregierung für oder gegen ein gentechnikfreies Bayern ist. Es wurde nur gesagt, Europa möge diese Entscheidung den Ländern überlassen. Aber ich möchte gern wissen, wie Sie entscheiden würden; denn wir könnten schon längst eine Entscheidung fällen, wenn wir wollten. Die Europäische Union gibt dazu die Möglichkeit.

Was die Österreicher können, können wir, verdammt nochmal, auch in Bayern. Gentechnikfreiheit, konsequent beworben und konsequent umgesetzt, wäre ein

Standortvorteil für unsere Landwirtschaft. Da gibt es einen Wachstumsmarkt. Den müssen wir uns sichern, statt ihn anderen zu überlassen.

Wir sollten uns hier nicht länger hinter der Europäischen Union verstecken. Ihr Zögern gefährdet nicht nur die Artenvielfalt und die Patentfreiheit unserer Natur, sondern gefährdet auch bäuerliche Existenzen und viele Arbeitsplätze in der Nahrungsmittelindustrie, die direkt und indirekt an der Landwirtschaft hängt.

Sie müssen entscheiden, und zwar schnell: Stehen Sie jetzt auf der Seite der Bäuerinnen und Bauern und der Verbraucherinnen und Verbraucher, oder stehen Sie auf der Seite der Gentechnikkonzerne und der Chemiemultis? Diese Frage hätten wir gern beantwortet, und zwar möglichst bald. Die Zeit läuft uns nämlich davon.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ausführlich haben Sie sich auch zur Gesundheitspolitik geäußert. Da bläst die Koalition momentan ordentlich die Backen auf. Wenn ich die Aussagen der CSU-Politiker in Bayern zum Gesundheitsfonds höre, muss ich mich wundern, wie im Bundestag zu dem Gesundheitsfonds überhaupt eine Mehrheit zustande gekommen ist. In Bayern wird so getan, als wäre niemand dabei gewesen. Sie, Herr Ministerpräsident, waren in Berlin persönlich dabei. Ich frage mich, ob es sich um politische Demenz handelt, wenn Sie die Verantwortung für den Gesundheitsfond nicht übernehmen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie blasen die Backen auf und zählen das Schlechte auf. Wie schauen aber die Lösungsansätze aus? - Dazu haben wir kein Wort, keine Antworten, keine Vorschläge gehört. Es wird Zeit, dass wir das Thema Bürgerversicherung ernsthaft aufgreifen, Herr Ministerpräsident, denn dafür haben Sie sich einmal ausgesprochen.

(Margarete Bause (GRÜNE): Daran erinnert er sich auch nicht mehr!)

Der Ministerpräsident hat damals die Zuständigkeit in der Union für das Gesundheitswesen abgelehnt, weil er mit der Gesundheitsreform nicht einverstanden war und er eine Lösung vorgeschlagen hat, die in Richtung Bürgerversicherung ging. Ganz besonders interessant ist, dass Ihnen die FDP per Koalitionsvertrag verboten hat, für die Bürgerversicherung zu sein. Das ist eine schöne Geschichte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen das Thema aufgreifen, weil Ihre Kritik zwar recht und schön ist, Sie aber keine Lösungsansätze

bieten. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie das Gesundheitssystem und das Rentensystem wieder auf gesunde Beine gestellt werden können.

Wie es mit dem Nichtraucherschutz weitergeht, war für uns sehr interessant. Sie haben sehr deutlich "Kommando zurück" gesagt. Im letzten Jahr hat die CSU getönt, wie wichtig es sei, das strengste, das schärfste und das konsequenteste Nichtraucherschutzgesetz im gesamten Universum zu haben. Jetzt heißt es plötzlich: Kommando zurück, unsere Klientel sind nicht mehr die Nichtraucher, sondern die Raucher. Die FDP hat tatkräftige Unterstützung geleistet. Das ist klar. Deshalb fordern Sie das Gegenteil dessen, was Sie in diesem Haus und draußen mit Zähnen und Klauen verteidigt haben. Kollege Schmid, Sie muss es doch ordentlich durchschütteln bei dem, was der Ministerpräsident heute gesagt hat, da Sie sich noch vor wenigen Monaten in der Öffentlichkeit für Ihre Haltung beschimpfen lassen mussten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für uns Grüne ist es klar, dass es keine Alternative zum konsequenten Nichtraucherschutz gibt. Als Oppositionspartei kann uns gar nichts Besseres passieren, als dass sich die Regierung zuerst mit allen Raucherinnen und Rauchern anlegt und diese vergrault und jetzt das gleiche mit den Nichtraucherinnen und Nichtrauchern macht. Wir freuen uns darüber. Im Sinne des Nichtraucherschutzes ist das aber der falsche Weg. Kehren Sie zu Ihren Ansätzen zurück und diskutieren Sie mit uns, wie die Probleme des Vollzugs gelöst werden können.

Zur Sozialpolitik herrscht in der Regierungskoalition eisiges Schweigen. Weder der Koalitionsvertrag noch die heutige Regierungserklärung geben Aufschluss, was die Regierung gegen die zunehmende Armut in Bayern zu tun gedenkt. Vor allem die Tatsache, dass besonders die Kinder von der Armut betroffen sind, müsste die Christsozialen aufrütteln und zum Handeln bringen. Wir fragen, wo der Sozialbericht bleibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wurde vage darauf hingewiesen. Der Sozialbericht ist seit Langem überfällig. Wir werden ständig getröstet. Klar, vor der Wahl war die Herausgabe eher unpassend. Er hätte nicht so gut zu dem schönen, bunten, glücklichen Bayernbild gepasst, das Sie im Wahlkampf gerne verbreiten. Heute haben wir gehört, dass er vor Weihnachten vorgelegt werden soll. Ich frage, wann das passieren soll. Die Kerzen auf dem Adventskranz brennen bereits. Passt der Sozialbericht jetzt wieder nicht, weil im nächsten Jahr Europa- und Bundestagswahlen sind? - Wir lassen es nicht durchgehen, dass wir ständig getröstet werden. Es ist wichtig, vernünftiges Zahlenmaterial zu bekommen, mit dem wir arbeiten

können, um deutlich machen zu können, dass Armut in Bayern kein Einzelfall ist, sondern dass dieses Phänomen vor allem die bayerischen Kinder trifft. Dafür müssen wir uns schämen, das dürfen wir nicht durchgehen lassen. Deshalb müssen wir handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung viel von Werten gesprochen. Man hatte dabei aber unweigerlich das Gefühl, es geht Ihnen mehr um einen Kampfbegriff als um die Sache. Das waren lieblos aneinandergereihte leere Worthülsen.

Eines ist besonders aufgefallen. Sie loben in Ihrer Rede die große Leistung, die Vitalität, die Lebenserfahrung und Kompetenz der Senioren besonders. Sie betonen, wie wichtig Ihnen das Engagement der älteren Menschen ist. Bei der Regierungsbildung haben Sie diesen Menschen den Stuhl vor die Türe gesetzt. Sie sollten nicht etwas sagen und dann etwas völlig anderes tun. Das passt nicht zusammen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben über die Notwendigkeit des bürgerschaftlichen Engagements gesprochen. Sie sprechen vom Vertrauen in den Staat. Wie sieht es denn mit Ihrem Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger aus? - Ihre völlig überzogene Sicherheitspolitik zeigt doch, dass Sie in jedem Menschen einen potenziellen Straftäter sehen, der überwacht, kontrolliert, eingeschüchtert und gegängelt werden muss. Wie wollen Sie in dem Klima des Misstrauens das Vertrauen gewinnen, Menschen für den Staat und die Gesellschaft zu begeistern? Die bürgerlichen Freiheitsrechte sind ein hohes Gut.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Das kann man nicht auf dem Altar des übertriebenen Sicherheitsbedürfnisses opfern. Für das hohe Gut "Bürgerliche Freiheitsrechte" werden wir in den nächsten Jahren im Landtag kämpfen. Wir hoffen, in der FDP einen Partner zu finden, der in der Regierung das eine oder andere umsetzen kann. Die Ansätze haben uns eher enttäuscht. Selbst das, was Sie in kleinen Dosen erreicht haben, ist für Bayern offensichtlich schon ein Quantensprung. Auf diesem Weg müssen wir weitergehen.

Am Automobilbau hängen viele Arbeitsplätze, die wichtig sind. Viele von diesen Arbeitsplätzen sind in Gefahr. Die Gefahr geht aber nicht, Herr Ministerpräsident - wo ist er denn? -, davon aus, dass es angeblich zu hohe Umweltstandards und zu hohe Abgasnormen gibt. Das will uns der Ministerpräsident weismachen. Peinlicherweise wird er eifertig vom bayerischen Umweltminister

unterstützt, den der Ministerpräsident vor sechs Wochen als "Lebensminister" vorgestellt hat. Das macht die Sache nicht besser. Das Gegenteil ist der Fall. Strenge Standards und niedrige Verbrauchswerte sind in der jetzigen Zeit der einzige Rettungsring, den unsere Automobilindustrie noch ergreifen kann. Wir müssen darauf drängen, dass dieser Weg gegangen wird, weil sonst die Automobilindustrie in Bayern keine Chance hat. Das wollen wir alle nicht; denn daran hängen zu viele Arbeitsplätze und zu viele Einzelschicksale.

Wir sollten nicht so tun, als wäre die Krise der Automobilindustrie ohne Vorwarnung über uns hereingebrochen. Der Trend war lange klar. Die in Deutschland und vor allem in Bayern gebauten Modelle werden in Zukunft nicht mehr nachgefragt. Das muss zur Kenntnis genommen werden. Wir haben das lange genug vorausgesagt. Die Alternative zu den jetzt in Bayern gebauten Autos darf nicht lauten: Dann bauen wir keine. Die Alternative muß vielmehr lauten: Wir bauen andere, sparsame, umweltfreundliche Fahrzeuge, die mit einem Bruchteil der jetzt benötigten Energie auskommen. Dafür wird es bei uns und im Rest der Welt einen Markt geben. Dafür müssen wir produzieren und nicht am Markt vorbei, wie wir das in den letzten Jahren gemacht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bundesregierung und besonders die Bayerische Staatsregierung waren schlechte Schutzpatrone der Automobilindustrie, die Sie stolz präsentiert haben. Stets hat sich die Staatsregierung scheinbar schützend vor die Automobilindustrie gestellt, wenn Auflagen verhindert, Abgasnormen gesenkt oder Standards eingeführt werden sollten. Deswegen hat sich die Automobilindustrie in einer falschen Sicherheit gewähnt. Die Situation ist mit einem alten Ehepaar vergleichbar, das bis ins hohe Alter dem Sohn jedes Paar Socken umdreht und die Semmeln schmiert, sich aber wundert, dass der Sohn lebensuntüchtig geworden ist. Auch die Automobilindustrie wurde zu lange in scheinbarer Sicherheit gewiegt. Junge Menschen brauchen Herausforderungen, und auch die Automobilindustrie braucht Herausforderungen. Sie in Sicherheit zu wiegen und mögliche Herausforderungen abzuwehren, ist der falsche Weg. Jetzt müssen die Angestellten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Zeche zahlen. Das ist bitter.

In Ihrer Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, haben mich fast am meisten Ihre Worte zur Verkehrsinfrastruktur überrascht. Sie drücken sich dabei ganz offensichtlich um die Positionierung zu den heftig umstrittenen Großprojekten in Bayern. Der Koalitionsvertrag hingegen listet detailgenau jede Autobahn, jede Bundesstraße auf, die in Bayern noch gebaut werden

soll, vor allem, wenn es Straßen sind, die der Bund bauen soll. Aber was für eine Straßenbauorgie käme ohne Zweifel auf uns zu, wenn alles das verwirklicht werden sollte? - Wir wollen nicht in Abrede stellen: Straßen sind wichtig; das Auto wird auch in Zukunft eine gewisse Bedeutung haben. Aber in Bayern leiden wir doch nicht unter zu wenig Straßen, sondern wir leiden unter zu viel Verkehr, und Straßen sind genug gebaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen wäre es doch viel wichtiger, die vorhandenen Straßen endlich anständig zu unterhalten. Tausende Brücken in Bayern sind in einem maroden Zustand. Die Staatsstraßen sind fast überall in Bayern in einem bemitleidenswerten Zustand. Die bestehenden Straßen verlottern zu lassen und gleichzeitig neue zu bauen, kommt mir so vor, wie wenn ein Hausbesitzer feststellen würde, dass es ihm am Dach nass neigelt, und er gleichzeitig sagt, dann baue ich den Keller aus. Das ist der falsche Weg. Erst müssen wir das erhalten, was wir haben, dann können wir schauen, was wir brauchen. Aber wir brauchen das Geld momentan in anderen Bereichen. Wenn man in den Straßenbau investiert, dann in den Erhalt der bestehenden Struktur. Alles andere ist fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir müssen uns endlich von dem Irrglauben verabschieden, dass mehr Straßen die Verkehrsprobleme lösen werden. Ob Wallfahrersautobahn, A 94, ob Fichtelgebirgsautobahn oder der Ausbau der A 8, ob Donauausbau, worüber wir heute einiges in der Zeitung lesen konnten - da bin ich gespannt, wie das weitergeht -, ob nun Ausbau des Flughafens im Erdinger Moos: Wir werden nichts unversucht lassen, die Größenwahnprojekte, die ganz sicher nicht mehr in die heutige Zeit passen, zu verhindern und zu stoppen. Das ist eine wichtige Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren im Parlament haben. In diesem Kampf wissen wir vor allen Dingen die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns.

Interessant ist, dass Sie zu diesen Projekten nichts gesagt haben, dass Ihnen kein Satz über die Lippen gekommen ist, dass nichts in der Rede steht und wir uns nur auf den Koalitionsvertrag verlassen müssen. Uns hätte interessiert, was in den geheimen Nebenabsprachen dazu steht. Was steht zum Donauausbau drin? - Aber leider sind wir darüber nicht informiert worden. Das finde ich sehr schade und sehr traurig.

Wenn wir Geld für die Verkehrsinfrastruktur ausgeben, dann müssen wir vor allen Dingen das Schienennetz stärken. Das Schienennetz ist jahrzehntelang sträflich vernachlässigt worden. Auch hierzu finden sich im Ko-

alitionsvertrag nur einige Allgemeinplätze und in der Regierungserklärung kein einziger Satz.

Wir brauchen aber auch dringend Investitionen in die Bildung. Wo sind denn die vielen zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer, die Sie bereits im Wahlkampf landauf, landab versprochen haben? Zum wievielten Male verkauft uns die Staatsregierung die 2000 Lehrerinnen und Lehrer, die sie angekündigt hat? - Alle Jahre wieder kommt, so könnte man meinen, nicht der Weihnachtsmann, sondern alle Jahre wieder hören wir hier, dass es einen Haufen mehr Lehrer gibt. Sind das möglicherweise diese Lehrerinnen und Lehrer, die jedes Jahr im Sommer ausgestellt werden und im Herbst wieder eingestellt werden, damit wir sie dann wieder als neue Lehrerinnen und Lehrer verkaufen können? - Diesen Taschenspielertrick machen wir nicht mehr mit. Da lassen wir uns nicht mehr länger hinhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, vor allen Dingen fragen wir uns, wo die bildungspolitische Innovation dieser Regierung bleibt. Ich habe sie im Koalitionsvertrag vermisst, ich habe sie in Ihrer Regierungserklärung heute vermisst. Legen Sie doch endlich die ideologischen Scheuklappen ab, die Sie immer noch am dreigliedrigen Schulsystem festhalten lassen, an der frühen Auslese unserer Kinder; denn wie lang wollen Sie unseren Kindern und allen Kindern gute Schulen und gute Bildung noch vorenthalten? - Sagen Sie uns doch endlich, wie Sie mit diesem System, das Sie heute noch einmal verteidigt haben, die Schulen in den ländlichen Regionen halten wollen. Keinen Satz haben wir dazu gehört.

Wir als GRÜNE fordern ganz eindeutig: Lasst die Kinder endlich länger gemeinsam in die Schule gehen. Das ist eine Forderung, wo wir auch gemeinsam mit der FDP hätten etwas machen können. Aber dazu finden wir in der Koalitionsvereinbarung und in der Regierungserklärung nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lassen wir die Kinder länger miteinander in die Schule gehen. Das ist gut für die Kinder, das ist gut für die Lernerfolge, das ist gut für die Städte und Gemeinden. Das Thema, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, kann man nicht aussitzen. Es pressiert, es muss gehandelt werden. Aber dazu müssen Sie erst die Scheuklappen abnehmen. Dann können Sie mit uns zusammen die notwendigen Schritte schnellstmöglich tun.

Wir brauchen mehr Lehrerinnen und Lehrer - für kleinere Klassen, für mehr Ganztagsangebote, für mehr Eigenständigkeit der Schulen. Auch brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer gegen Stundenausfall, für bessere Schulsozialarbeit, die wir in den letzten Jahren

zunehmend den Kommunen auf das Auge gedrückt haben, die das dann unter Jugendarbeit machen müssen, weil sich der Staat gedrückt hat. Seit Jahren wird nur geredet, aber leider nicht gehandelt. Und die Leidtragenden dieses Nichthandelns sind unsere Kinder, sind aber auch die Familien, denen immer mehr Lasten aus der Schule aufgeladen werden.

Wir brauchen ein Sofortprogramm Bildung für mehr soziale Gerechtigkeit, für kostenfreies Lernen, von Kindheit bis zum Alter. Dies bedeutet Abschaffung der Studiengebühren, Einführung des kostenlosen Mittagessens, überall Zugang zur frühkindlichen Bildung. Hier haben wir heute in der Regierungserklärung einige hoffnungsvolle Aussagen gehört. War das die vorsichtige Abkehr von den Studiengebühren, um jetzt davon zu reden, wie das in der Praxis funktionieren soll? - Das ist eine interessante Frage. Welches Kind wird befreit und, vor allen Dingen, wen trifft die Befreiung? - Die Studiengebühren zahlen doch nicht die Eltern, oder? Sondern die Studiengebühren zahlen die Studierenden. Deswegen kann dieses System so nicht funktionieren. Trotzdem bin ich optimistisch und sage, ich erkenne hier eine vorsichtige Abkehr von den Studiengebühren. Das wäre ein wichtiges, ein notwendiges Signal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben - auch da kommt Hoffnung bei uns auf - davon gesprochen, dass jedem Kind ein Mittagessen zusteht, dass wir Betreuungsangebote vermehren müssen. Da ist vieles dabei, was nach unserem Geschmack ist. Das ist auch kein Kunststück, Herr Ministerpräsident. Schließlich greifen Sie damit langjährige Forderungen der Opposition auf, die wir immer wieder im Landtag gestellt haben, die aber immer und immer wieder abgeschmettert worden sind. Umso mehr freut es uns natürlich, dass es heute in der Regierungserklärung steht. Aber in diesem Fall müssen wir wirklich sagen, uns fehlt der Glaube. Wir warten auf die Taten. Es wäre längst möglich gewesen. Aber wenn es jetzt passiert, ist es immer noch besser, als wenn noch weitere Jahre gewartet wird.

Wir halten es nämlich für einen Skandal ersten Ranges, dass Kinder aus bildungsfernen Familien nach wie vor wesentlich schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss haben. Wir GRÜNE stehen für Bildungspolitik, bei der nicht der Inhalt des Geldbeutels der Eltern über die Zukunftschancen der Kinder entscheidet, sondern das Können und die Talente. Aber dafür braucht es Geld, dafür braucht es Investitionen, damit wir diese Chancengerechtigkeit tatsächlich hinbekommen. Dabei geht es nicht mal nur um soziale Gerechtigkeit und nicht nur um Chancengerechtigkeit, sondern es geht auch um unsere wirtschaftliche Zukunft; denn

unser wichtigster Rohstoff, den wir hier in Bayern haben, sind gut ausgebildete junge Menschen. Sie haben sich auch heute wieder der Redewendung des ehemaligen Ministerpräsidenten Beckstein bedient, dass gute Bildung die Sozialpolitik der Zukunft ist. Das ist richtig, aber dann müssen Sie das nicht nur sagen, sondern auch erkennen, danach handeln und etwas machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit jedem Jahr, das wir länger warten, verlassen junge Menschen unsere Schulen ohne Abschluss und damit in vielen Fällen ohne Perspektive. Wir können es uns ganz einfach nicht mehr leisten, dass auch nur ein junger Mensch auf dem Weg zum Erwachsenwerden durch dieses Raster fällt. Das bayerische Schulsystem lässt viele dieser Kinder durch das Raster fallen. Wir haben - das haben wir längst erkannt - bei uns in Bayern doch keinen Mangel an schlecht ausgebildeten Menschen, sondern wir haben einen Mangel an gut ausgebildeten Menschen. Dann sorgen wir doch auch dafür, dass die Menschen tatsächlich gut ausgebildet werden, und sorgen wir dafür, dass wir ein Schulsystem kriegen, das jedem Kind und jedem jungen Menschen eine Chance gibt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Abgesehen von dem menschlichen Leid, das wir mit unserem Schulsystem tagtäglich produzieren, können wir es uns auch wirtschaftlich nicht mehr leisten, junge Menschen aus der Schule zu entlassen, ohne dass sie einen Abschluss haben. Dass diese jungen Menschen häufig einen Migrationshintergrund haben, macht diese Tatsache nicht leichter. Im Gegenteil, das zeigt auf, dass die Staatsregierung und die CSU-Fraktion mit der falschen, ideologisch ausgerichteten Haltung, wir sind kein Einwanderungsland, nicht nur sozialen Sprengstoff geschaffen haben, sondern uns auch wirtschaftlich zunehmend ins Hintertreffen bringen. Da muss ich sagen, wir haben heute positive Töne gehört; wir haben heute vom Ministerpräsidenten einige hoffnungsvolle Ansätze gehört. Aber Fakt ist: Integration war für die CSU jahrzehntelang ein Fremdwort. Aufmerksame Zuhörer haben heute vorsichtige neue Töne gehört. Franz Maget hat es schon gesagt: Zeit wird's. Wir sind hier auf Ihrer Seite, denn Integration ist keine Einbahnstraße. Wir brauchen die Bereitschaft der Menschen, die jetzt zu uns kommen oder vor Jahrzehnten zu uns gekommen sind, sich zu integrieren genauso wie die Bereitschaft der Gesellschaft, diese Integration zu unterstützen. Wir brauchen auch die Bereitschaft des Staates, entsprechende Angebote zu machen. In der Vergangenheit ist genau das Gegenteil passiert. In den letzten Jahren wurden Angebote massiv zurückgefahren. In Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit Mi-

grationshintergrund herrscht häufig der größte Mangel an Lehrerinnen und Lehrern.

Herr Ministerpräsident, wir fassen Ihre Aussage in der heutigen Regierungserklärung so auf, dass hier ein Umdenken geschehen ist. Das wäre wichtig. Sie dürfen sicher sein: Wir werden bei diesem Thema in den nächsten Wochen und Monaten nachfassen, weil wir uns das einfach nicht mehr leisten können. Es ist eine Schande, dass Menschen, die zum Teil in der zweiten oder dritten Generation hier leben, immer noch nicht anständig in die Gesellschaft aufgenommen worden sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer heutigen Rede erneut einen Kabinettsausschuss "Verwaltungsreform und Aufgabenüberprüfung" angekündigt. Wunderbar! Das erinnert mich an den Film "Und täglich grüßt das Murmeltier"; denn solange ich politisch denken kann, hat das noch jede Regierung angekündigt. Mit jeder Regierung ist die Bürokratie jedoch nicht weniger, sondern mehr geworden. Interessant war dabei Ihr Schlenker zum Thema Bezirksregierungen. Sollen wir das ernst nehmen? Sollen wir davon ausgehen, dass Sie hier eine Initiative ergreifen? Wir warten einmal gespannt ab. Vielleicht steht etwas dazu in Ihren heimlichen Vereinbarungen. Wir wissen es nicht.

Die Wahl vom 28. September hat uns zwar noch keine neue Politik gebracht, aber - das möchte ich zum Abschluss anerkennend hervorheben -: Am Politikstil hat sich einiges zum Besseren verändert. Ich befürchte aber, dass diese Veränderung nicht auf einer Einsicht beruht, sondern eher auf den veränderten Mehrheiten im Parlament. Sie beruhen sicher auch auf der großen Verunsicherung und der notwendigen Neuorientierung auf Seiten der CSU-Fraktion. Immerhin: Wir sind auf dem Weg der Besserung. Bei der Diskussion über die Geschäftsordnung oder über verschiedene Anträge von uns konnten wir erkennen, dass ein anderer Wind im Bayerischen Landtag weht. Die Politik "Augen zu und durch" funktioniert nicht mehr. Darüber freuen wir uns. Ich bitte Sie, diesen Weg weiter zu gehen.

Herr Ministerpräsident, Sie sind bekannt dafür, dass Sie den Menschen stets das Gefühl vermitteln, zuzuhören und verstanden zu haben. Wir finden diese Einstellung gut. Wir würden sie vor allem dann gut finden, wenn Sie auch uns dieses Gefühl vermitteln könnten. Wir werden Sie aber an der konkreten Politik messen. In der Vergangenheit gab es in den Bereichen, für die Sie die Verantwortung hatten, große Defizite in der Umsetzung und große Defizite bei der klaren Positionierung. Wetterwendigkeit und eine Politik des heute so und morgen so werden wir nicht hinnehmen. Wir sind aber gern be-

reit, Sie zu unterstützen, wenn Sie Bayern durch mehr Bildung, mehr Klimaschutz und mehr soziale Gerechtigkeit zukunftsfähig machen wollen. Hier sind wir auf Ihrer Seite und hier sind wir bereit zur Zusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, eines ist aber auch klar: Mit blumigen Worten - wie wir sie heute über weite Passagen Ihrer Regierungserklärung gehört haben - lassen wir uns nicht mehr abspeisen. Herr Ministerpräsident, wir werden Sie in Ihrer Verantwortung in den nächsten Jahren stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den Freien Wählern)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hacker.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mittlerweile ist es über zwei Monate her, seit die Menschen in Bayern eine historische Entscheidung getroffen haben. Nach 46 Jahren Alleinregierung haben sie eine Koalitionsregierung aus CSU und FDP ins Amt gewählt. Die Menschen haben uns einen klaren Auftrag gegeben. Sie wollen eine Regierung, die transparent arbeitet, von demokratischer Diskussionskultur geprägt ist und die Bürger in die Entscheidungsfindung einbindet. Die Wähler wollten einen neuen Anfang, im Inhalt aber auch im politischen Stil. Statt von oben herab wollen sie ein Miteinander, statt der Vorgabe das gemeinsame Ringen um die beste Lösung und statt Hinterzimmerentscheidungen eine neue Offenheit.

(Beifall bei der FDP)

Die Wähler haben sich für mehr Demokratie in Bayern entschieden. Meine Damen und Herren, dieser Neuanfang sollte sich meiner Meinung nach auch in einem Neuanfang im persönlichen Umgang hier in diesem Hause manifestieren. Die Art und Weise, wie hier Debatten geführt oder häufig auch unterbrochen werden und die Tatsache, dass dem politisch Andersdenkenden nicht mehr zugehört wird, stoßen draußen bei den Wählern auf kein Verständnis.

Nach zwei Monaten der Zusammenarbeit von FDP und CSU kann ich unumwunden sagen: Wir sind auf einem guten Weg. Hinter uns liegen Koalitionsverhandlungen, bei denen wir uns auf einen Neuanfang der bayerischen Politik verständigt haben, partnerschaftlich und mit dem Willen zur Gemeinsamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich danke Ihnen für Ihre Regierungserklärung, mit der Sie den gemeinsam verhandelten Neuanfang zum Ausdruck gebracht haben. Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand an der Spitze der Staatsregierung und darf Ihnen versichern, dass wir von der FDP-Fraktion alles tun werden, damit diese Regierung ein gemeinsamer Erfolg zum Wohle der Menschen in Bayern wird.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Trotz schwieriger Zeiten halten Sie und wir gemeinsam an unseren Plänen fest. Wir wollen den Menschen mehr Freiheit ermöglichen und sie in die Lage versetzen, diese neuen Freiräume selbstbewusst zu nutzen. Das meinen wir als FDP, wenn wir sagen, dass wir Bayern liberaler machen.

Für den Bereich der Wirtschaft bedeutet das, die Mitte zu stärken. Dazu entlasten wir die Bürgerinnen und Bürger und fördern kleine und mittlere Unternehmen. Meine Damen und Herren, ich nenne nur ein paar Beispiele aus dem Koalitionsvertrag:

(Zuruf von der SPD)

- Sie werden auch noch die geheimen Protokollnotizen erfahren. Herr Maget wünscht sich für die Zukunft noch viele Pakete mit tollen neuen Inhalten. Herr Kollege Maget, wir werden Ihnen diese Inhalte regelmäßig präsentieren.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Christa Naaß (SPD): Mehr Offenheit!)

Im Mittelstandsförderungsgesetz wollen wir die wirtschaftliche Betätigung des Mittelstandes als vorrangig gegenüber der kommunalen Betätigung einstufen. Dabei geht es aber genau nicht um Privatisierung um ihrer selbst willen. Wir wollen vielmehr die Daseinsvorsorge dort lassen, wo sie ist. Wir wollen den Mittelstand stärken und Unternehmen, die mit kommunalen Unternehmen konkurrieren müssen, vor dieser öffentlichen Konkurrenz schützen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Eines ist klar: Die Arbeitsplätze werden vom Mittelstand geschaffen. Das sind die Arbeits- und Ausbildungsplätze, die wir so dringend brauchen. Das Pilotprojekt "Innovationsgutscheine" ist ein erster Schritt, um Handwerker und Kleinunternehmer am Wissenstransfer teilhaben zu lassen und so ihre Zukunftsfähigkeit zu steigern. Nicht zu vergessen ist unser gemeinsames Ziel, in drei Jahren eine schnelle Internetverbindung in unterversorgten Gebieten sicherzustellen. Ohne diese Kommunikationsinfrastruktur auf der Höhe der Zeit ist die Existenz vieler mittelständischer Unternehmen im

ländlichen Raum Bayerns akut gefährdet. Wie wichtig wir dieses Thema finden, haben wir in der letzten Woche mit unserem Antrag unterstrichen, den Sie alle einstimmig mitgetragen haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Der Kern unseres gemeinsamen wirtschaftlichen Entlastungssignals an die Bürgerinnen und Bürger heißt auf den Punkt gebracht: dreimal 40. Lohnnebenkosten, Steuern auf Einkommen und Ertrag sowie Staatsquote dürfen jeweils 40 % nicht übersteigen. Das ist mehr als genug. Mehr dürfen der Staat und die sozialen Sicherungssysteme den Menschen nicht wegnehmen.

(Beifall bei der FDP)

Für dieses Ziel werden FDP und CSU auf Bundesebene mit vereinten bayerischen Kräften kämpfen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Einfache und gerechte Steuern mit niedrigen Steuersätzen sind das beste Konjunkturprogramm. Nur mit mehr Netto vom Brutto, gerade eben für die unteren und mittleren Einkommensgruppen, lohnt sich Leistung wieder, und der Konsum der Bürger kann die Konjunktur ankurbeln. Deshalb brauchen wir gerade in den Zeiten der Krise eine echte Steuerstrukturreform und eine Unternehmenssteuerreform, die Betriebe unabhängig von der Rechtsform deutlich entlastet, denn das sichert Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Froh bin ich darüber, dass die alte FDP-Forderung nach niedrigeren Steuern beinahe täglich neue Anhänger findet: Bei der CSU schon länger, die CDU kommt langsam in Gang, die Europäische Union und Wirtschaftsexperten in kaum zu übersehender Anzahl fordern nunmehr das Gleiche. Wenn es darum geht, diese Anhängerschar weiter zu vergrößern, sehe ich auch gerne mal darüber hinweg, wenn unser heutiger Koalitionspartner das langjährige Motto der FDP "Mehr Netto für alle!" übernimmt; denn mit diesen Worten haben wir im Jahr 1998 in unserem Bundestagswahlprogramm Steuererleichterungen verlangt. Jetzt, nach nunmehr zehn Jahren, ist das unsere gemeinsame Hauptforderung.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

In diesen Zusammenhang passt natürlich das Urteil über die Pendler-Pauschale; denn hier hat der Gesetzgeber Maß und Ziel verloren, er hat willkürlich eine Grenze geschaffen, die 20-Kilometer-Grenze, die den Mittelstand, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bestraft, gerade die, die besonders mobil waren und

sich einen Arbeitsplatz gesucht haben, der etwas weiter von ihrem Wohnort entfernt ist.

In der Bildungspolitik setzen FDP und CSU deutliche Akzente hin zu mehr Chancengerechtigkeit für alle. Herr Maget, das letzte Kindergartenjahr wird für die Eltern beitragsfrei gestellt.

(Susann Biedefeld (SPD): Wann?)

- Die Pakete kommen noch. Das Ganztagsschulangebot wird deutlich ausgebaut. Die Klassengrößen werden reduziert, und die Durchlässigkeit zwischen den Schultypen wird erweitert.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich gebe zu, dass wir Liberale hier nicht alles erreicht haben, was wir wollten. Aber wir haben die Tür für innovative Lösungen aufgestoßen, die aus unserer Sicht das Beste für Bayern sind.

(Beifall bei der FDP)

In allen Schularten wird die fünfte Klasse zu einer "Gelenkklasse" ausgestaltet, um die getroffene Übertrittsentscheidung zu überprüfen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Weiß der Herr Spaenle das schon?)

Für uns als FDP ist das der erste Einstieg in ein Bildungssystem, das allzu frühe Festlegungen vermeidet und so den Kindern Entwicklungschancen erhält.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden in jedem Regierungsbezirk Modelle einer Kooperation von Haupt- und Realschule erproben. Das ist mittelfristig die Möglichkeit, wohnortnahe Bildung im ländlichen Raum zu erhalten. Für uns als FDP ist klar, dass wir hier eine ernsthafte Prüfung wollen, inwieweit beide Schultypen aufs Beste miteinander verzahnt werden können.

(Beifall bei der FDP)

Die von Ihnen, Herr Ministerpräsident, erwähnten Begriffe "Freiheit" und "Sicherheit" sind für uns Liberale keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall bei der FDP)

Es ist ein Trugschluss, durch die Aufgabe der Freiheit Sicherheit gewinnen zu können. Die Sicherheit des Einzelnen ist aber auch Voraussetzung dafür, dass er in Freiheit leben kann.

Ich bin der Überzeugung, dass durch die Festlegungen im Koalitionsvertrag die notwendige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit in Bayern wiederhergestellt wird und der Schutz der Bürgerrechte Eingang in die bayerische Politik findet.

(Beifall bei der FDP)

So wird das bayerische Versammlungsrecht bürgerfreundlicher ausgestaltet. Mit den Änderungen am geltenden Recht wird das Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit durchgesetzt und ein Ausgleich zwischen dem berechtigten Anliegen der Bürger auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit und den Interessen des Staates an friedlichen Demonstrationen geschaffen. Daneben kommt es zu Einschränkungen bei der Vorratsdatenspeicherung, der Online-Durchsuchung und der Videoüberwachung. Schließlich haben wir in den Koalitionsverhandlungen erreicht, dass in den beiden kommenden Jahren eintausend neue Stellen für die Polizei geschaffen werden. Das wird entscheidend zu einem Abbau des Vollzugsdefizits beim Schutz der inneren Sicherheit beitragen.

Auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik ist das Verhandlungsergebnis von FDP und CSU nichts weniger als die Rückkehr der bayerischen Politik zur wirtschaftspolitischen Vernunft.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Bürger erhalten so viel Gestaltungsfreiheit wie möglich bei gleichzeitig ausreichend garantierter Sicherheit.

Erreicht der Gesundheitsfonds nicht die Ziele der Bundesregierung wie Beitragssatzstabilität und eine ausreichende Finanzierung der Krankenkassen, wird die neue Staatsregierung Initiativen zu grundlegenden Änderungen starten. Damit haben wir ein Frühwarnsystem installiert, das die Möglichkeit für einen rechtzeitigen Ausstieg aus dem staatlich zentralistischen Gesundheitswesen eröffnet.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir setzen uns für eine wohnortnahe ambulante Versorgung durch Haus-, Fach- und Zahnärzte sowie durch inhabergeführte Apotheken ein und für die vollständige Aufhebung der Budgetierung. Damit ersparen wir den Patienten weite Wege und Mangelversorgung, ein Verhandlungsergebnis, auf das wir als FDP stolz sind. Es ist auch alles andere als geheim, sondern steht in dem bereits vor über einem Monat veröffentlichten Koalitionsvertrag. Dort haben wir auch mit der CSU vereinbart, dass das strenge bayerische Nichtraucherschutzgesetz gelockert wird. In Bayern wird es künftig einen Nichtraucherschutz geben, der einen sinnvollen Ausgleich schafft zwischen dem Schutz der Bürger vor

Passivrauchen und dem Jugendschutz auf der einen Seite sowie der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung auf der anderen Seite.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir wollen keine unverhältnismäßige Bevormundung von Gastwirten und Gästen. Lassen Sie mich das ganz klar sagen: Die bayerische FDP steht uneingeschränkt zu dem, was wir in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt haben. Auch wenn andere Parteien in Deutschland reihenweise ihre Wahlversprechen brechen, wir stehen zu unserem Wort und machen nach der Wahl das, was wir vor der Wahl gesagt haben.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Wie war das mit der Bildungspolitik? - Zuruf von den GRÜNEN: Wie bei der SPD!)

- Auch da machen wir das, was wir gesagt haben. Meine Damen und Herren, es sind nicht nur die einzelnen Maßnahmen, die in ihrer Summe den Schluss erlauben, dass FDP und CSU einen politischen Neuanfang in Bayern in Angriff genommen haben; der ganze Koalitionsvertrag atmet den Geist der Freiheit und ruht auf einem liberalen Wertefundament.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Den Spruch vom "Leben und leben lassen" hat die alte Staatsregierung in der Vergangenheit oft im Mund geführt. Danach gehandelt wurde immer seltener. Das wird jetzt anders.

(Sepp Daxenberger (GRÜNE): Eine Kampfansage!)

Gleich zu Beginn des Koalitionsvertrages heißt es ganz einfach: "Unsere gemeinsame Politik zielt darauf, den Bürgern wieder mehr Freiraum zu verschaffen, für ihre persönliche und wirtschaftliche Entfaltung." Für diejenigen, die den Staat für den Löser aller Probleme hält, mag dieser Satz nicht besonders erwähnenswert erscheinen. Zugegeben, man hätte ihn pathetischer formulieren können. Aber er trägt einen Gedanken in sich, der das Herz eines Liberalen höher schlagen lässt: die Überzeugung von der Kraft der Freiheit.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dass die Verwirklichung dieser Überzeugung heute keine Selbstverständlichkeit ist, erlebt man jeden Tag aufs Neue: Verbotskultur, Bevormundung und die Verstaatlichung persönlicher Lebensbereiche feiern in Deutschland fröhliche Urständ. Und gerade in den letzten Wochen nähren viele Politiker einmal mehr den Glauben, der Staat könne alles richten. Aber dieser Glaube ist trügerisch. Der Staat ist weder der bessere

Banker noch der bessere Unternehmer, nicht einmal der bessere Versorger. Vieles können Private besser. Um stark zu sein, muss sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren, statt in das Privatleben der Menschen unnötig hineinzuregieren. Zur Wertebindung der gemeinsamen Politik von FDP und CSU zählt auch das klare Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Wir Liberale achten, schützen und verteidigen diese Wirtschaftsordnung seit der Gründung unserer Partei vor 60 Jahren mit aller Kraft.

(Beifall bei der FDP)

Das System der sozialen Marktwirtschaft hat nicht nur den Wohlstand breiter Bevölkerungsgruppen erheblich gemehrt, sondern auch zu einem einmaligen sozialen Frieden in der Bundesrepublik Deutschland geführt. Die soziale Marktwirtschaft ist ein Gesellschaftsvertrag zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die wirtschaftliche Krise, in die wir uns hineinbewegen, ist keine Krise der sozialen Marktwirtschaft. Sie ist eine Krise dessen, was in den letzten Jahrzehnten nach und nach an deren Stelle getreten ist.

(Franz Maget (SPD): Genau!)

Im Übrigen, Herr Aiwanger, die Realität in der Bundesrepublik ist von dem oft zitierten Turbokapitalismus weit entfernt. Die Situation lässt sich eher mit den Worten "bürokratische Staatswirtschaft" beschreiben, sonst wäre die Staatsquote nicht da, wo sie heute ist.

(Beifall bei der FDP)

In der bürokratischen Staatswirtschaft verhindert der Staat durch eine Unzahl von Vorschriften die freie Entfaltung des Einzelnen und der Unternehmen. Wenn wir einen Blick in die Wirtschaftstheorie werfen - das empfehle ich vor allem der linken Seite des Hauses -, dann ist der Begriff des Neoliberalismus eben gerade nicht damit verbunden, dass auf alle Regeln verzichtet wird. Gerade der Neoliberalismus will vielmehr Regeln und Rahmen vorgeben, in denen sich die Wirtschaft bewegt.

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Hacker, gestatten Sie eine Zwischenfrage von der von Ihnen angesprochenen Seite des Hauses?

Thomas Hacker (FDP): Nein, das ist nicht üblich bei einer Aussprache zur Regierungserklärung. Später dann.

Meine Damen und Herren, der Finanzmarkt ist der am dichtesten regulierte Markt überhaupt. Die Regeln

konnten von staatlichen Aufsichtsbehörden aber schon lange nicht mehr kontrolliert werden. Stattdessen haben sie für Intransparenz und falsche Anreize gesorgt, was menschliches Fehlverhalten förderte und eben erst damit den Weg in die Krise vorzeichnete. Auf diese Zusammenhänge werden wir als FDP immer wieder hinweisen, schon um einer anders lautenden Legendenbildung entgegenzuwirken. Tatsache ist: Die soziale Marktwirtschaft ist die beste Wirtschaftsordnung, die Deutschland je hatte.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Der Sozialismus hat zu staatlicher Unterdrückung und Armut geführt. In Ländern mit Handlungsfreiheit, ohne Rechtsrahmen, wurden wirtschaftlich Schwache aus der Gesellschaft verdrängt. Die soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik hat solche Fehlentwicklungen verhindert und die gesellschaftliche Mitte in unserem Land stark gemacht. Wir Liberale treten der Erosion unserer sozialen Marktwirtschaft entschieden entgegen. Wir gehen unsere Regierungsbeteiligung in Bayern mit einem klaren ordnungspolitischen Kompass an.

Eine Gesellschaft, die sich auf diese Werte gründet, ist auch eine gerechte Gesellschaft. Jeder hat die Möglichkeit, seine persönliche Lage zu verbessern und von den Früchten seiner Leistung zu profitieren. Wer in Not geraten ist und dies nicht kann, dem hilft die Gemeinschaft, die durch ihr Bekenntnis zur Freiheit und zur sozialen Marktwirtschaft stark ist; denn die finanzielle Basis einer guten Sozialpolitik ist eine auf internationale Wettbewerbsfähigkeit, unternehmerische Initiativen sowie auf Beschäftigung und Wachstum ausgerichtete Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dann, und nur dann, kann so viel erwirtschaftet werden, dass denen, die der Solidarität aller bedürfen, geholfen werden kann.

Bayern ist keine Insel. Viele wichtige Entscheidungen können wir hier im Bayerischen Landtag nicht so beschließen, wie uns das gefällt. Wesentliche Weichenstellungen für unser Land hängen von bundespolitischen Entscheidungen ab. Bereits in den ersten Wochen hat die neue Staatsregierung gezeigt, dass sie von ihrem Einfluss auf Bundesebene verantwortungsvoll Gebrauch macht. Im Augenblick können wir die falschen Gesetze, die auf Bundesebene gemacht werden, nicht endgültig verhindern. Noch sind die politischen Mehrheiten in Deutschland andere. Ich sage dabei ausdrücklich: die politischen Mehrheiten; denn nimmt man die Bevölkerungsanzahl, dann haben bereits knapp 60 % der Deutschen eine schwarz-gelbe Landesregierung. Die erfolgreichen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nord-

rhein-Westfalen zeigen eindeutig: Liberale Lösungen sind besser für die Menschen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb sagen wir als FDP auch ganz selbstbewusst: Bayern ist die Blaupause für den Bund. Eine Regierung der wirtschaftlichen Vernunft, die sich eine Innen- und Rechtspolitik mit Augenmaß und gleiche Bildungschancen für alle auf die Fahnen geschrieben hat, brauchen wir nicht nur in München, sondern auch in Berlin.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Bei alledem, was wir gemeinsam diskutiert und verabschiedet haben, und was uns inhaltlich verbindet, gilt auch für unser Bündnis: Eine Koalition ist keine Liebesheirat.

(Zuruf einer Abgeordneten der SPD: Ach was!)

Aber diese Erwartungen an eine Koalition haben wir gar nicht, und das gilt sicherlich auch für die Menschen draußen im Land. Die Bürgerinnen und Bürger wollen, dass Bayern auf Erfolgskurs bleibt, und sie wollen diesen Kurs aktiver als bisher mitgestalten können. Sie wollen, dass Begleitumstände vollkommener Machtfaltung in Zukunft unterbleiben. Dafür haben wir in den letzten Wochen die Weichen gestellt und einen neuen Stil im Umgang vorgelebt.

(Beifall bei der FDP)

Eines ist aber auch klar: Selbst nach einer Liebesheirat haben die Partner über kurz oder lang einen gewissen Abstimmungsbedarf. Das kennt jeder von Ihnen aus seinem persönlichen Umfeld. Für eine politische Verbindung gilt das erst recht. Wenn wir also einen Dissens in der Sache haben - und das wird gelegentlich vorkommen -, dann werden wir das partnerschaftlich diskutieren, wie wir das auch in den ersten Wochen gemacht haben.

(Zurufe der Abgeordneten Christa Naaß (SPD) und Eva Gottstein (FW))

- Kennen Sie das nicht?

(Eva Gottstein (FW): Anders! Ich kenne das anders!)

Mir ist es an dieser Stelle deshalb wichtig festzuhalten: Man kann unterschiedlicher Meinung sein, man mag auch die Meinung des anderen für falsch halten, eines ist die Meinung des anderen jedenfalls nicht: unvernünftig. Was nämlich mit der Vernunft in Einklang ist oder nicht, das muss jeder selbst entscheiden. Es gibt keine Kategorie, an der man die andere Meinung messen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

In einer Koalition geht es um den Kompromiss, in dem sich die unterschiedlichen Meinungen wiederfinden. Wir von der FDP sehen unseren gemeinsamen Auftrag. Wir stehen zu dieser Koalition, und wir wollen ihren Erfolg.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dieser Erfolg ist auch realisierbar, trotz der aktuellen Krise der Landesbank. Wir mussten aber lernen, ein Neuanfang lässt sich nicht einfach beschließen. Der Neuanfang kommt auch nicht automatisch, nur weil man ihn in den Koalitionsvertrag geschrieben hat. So geht es leider nicht. Der Neuanfang muss täglich neu errungen werden, auch gegen widrigste Umstände. Es ist uns deshalb wichtig, dass sich die Staatsregierung den Neuanfang nicht nur auf die Fahnen schreibt, sondern sie ihn auch wirklich mit Leben erfüllt. Meine Damen und Herren, wir sehen uns als der Regierungspartner, der sicherstellt, dass der Neuanfang auch wirklich kommt.

Mit der Koalitionsvereinbarung setzen wir erste wichtige gesellschaftspolitische Signale für ein modernes, weltoffenes und tolerantes Bayern. Es freut mich sehr, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, in Ihrer Rede von der Wahlfreiheit in Bezug auf Lebensentwürfe sprechen. Ich erinnere mich dunkel, dass vor nicht allzu langer Zeit andere Äußerungen zu vernehmen waren. Jetzt sind die Weichen aber ganz anders gestellt. Wir werden den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren massiv vorantreiben. Unser Ziel ist ein verlässliches Betreuungsangebot für Kinder im Alter von einem Jahr bis 14 Jahren, damit sich die Frage "Beruf oder Familie" nicht mehr stellt und jede Frau und jeder Mann sagen kann: "Beruf und Familie".

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dabei verstehen wir Kinderbetreuung nicht als bloße Verwahrung. Kinderbetreuungseinrichtungen sind auch Bildungseinrichtungen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

In unserem Koalitionsvertrag haben wir deshalb auch festgehalten, die pädagogischen Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung zu verbessern.

Auch die Bemühungen um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund werden verstärkt. Dabei gilt für uns das Grundprinzip moderner Sozialpolitik: fordern und fördern. Politik und Gesellschaft müssen Angebote schaffen und auf Einwanderer zu-

gehen. Aber jeder einzelne Mensch mit Migrationshintergrund ist auch selbst gefordert, Verantwortung für sich selbst und seine Familie zu übernehmen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Klar ist auch, dass eine Gesellschaft in Vielfalt ein gemeinsames Fundament braucht. Dazu gehören gute Kenntnisse der deutschen Sprache, Geschichte und Kultur sowie die vorbehaltlose Akzeptanz des Grundgesetzes und der Grundwerte, auf der unsere Verfassung beruht. Wer diese Voraussetzungen mitbringt, den grenzen wir nicht aus, sondern auf den gehen wir offen zu.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Der Neuanfang der Koalitionsregierung aus FDP und CSU ist ein klares Signal. Unser Motto lautet: Aufbruch statt Angst. Wir schaffen wirtschaftlich und gesellschaftlich den Rahmen für mehr Freiheit. Wir trauen den Menschen zu, dass sie über das für sie Wesentliche selbst entscheiden können. Damit sie das können, machen wir sie stark, indem wir ihnen finanzielle Spielräume eröffnen, überflüssige Vorschriften beseitigen, Bildungschancen vergrößern und Familie und Beruf besser miteinander vereinbar machen. Im liberalen Bayern ist für alle Platz. Dafür werden wir in den nächsten fünf Jahren gemeinsam arbeiten.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich erteile das Wort für eine Zwischenbemerkung dem Kollegen Hallitzky.

Eike Hallitzky (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Hacker, es wäre eher eine Zwischenfrage gewesen, jetzt muss ich aber die Form der Intervention nehmen. Zunächst einmal möchte ich mich sehr bedanken für die entspannende Art Ihrer Rede. Dennoch habe ich an einer bestimmten Stelle genau aufgepasst. Sie haben gesagt, die soziale Marktwirtschaft habe das Problem, dass sie überbürokratisiert sei, und die Wirtschaftskrise, die wir jetzt haben, sei auf zuviel staatliche Bürokratie zurückzuführen.

Ich frage Sie deshalb:

Es ist doch bekannt, dass die Wirtschaftskrise sehr viel mit der Finanzmarktkrise zu tun hat. Ist es Ihrer Ansicht nach richtig, dass die Finanzmarktkrise durch zu viele staatliche Regelungen ausgelöst wurde? Wenn Sie dieser Meinung sind, wären Sie der Einzige in diesem Lande, der dieser Meinung ist. Deshalb frage ich Sie auch, wie Sie es sich erklären können, dass ausge-rechnet die Banken jetzt einen staatlichen Rettungsschirm suchen. Sie können es auch als eine Feststel-

lung sehen, weil es jetzt eine Zwischenintervention ist. Deshalb kann ich nur sagen: Ihre Position hat nichts mit der Wirklichkeit zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Kollege Hacker.

Thomas Hacker (FDP): Herr Hallitzky, Sie dürfen Ursache und Wirkung nicht vertauschen und das Ergebnis, mit dem Fehlentwicklungen behoben werden sollen, als Begründung für die Ursache verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Die soziale Marktwirtschaft, die wir in Deutschland haben und auf die wir sehr stolz sind, setzt Regeln und Rahmenbedingungen voraus. Die Finanzmärkte waren in der Vergangenheit sehr stark reglementiert. Allerdings hat es an wirksamen Kontrollmechanismen gefehlt, um diese Regeln auch anzuwenden. Die Überregulierung bedeutet nicht automatisch, dass der Staat stark ist. In diesem konkreten Fall war der Staat zu schwach, um die Regeln, die geschaffen wurden, richtig einzusetzen. Das war der Zusammenhang.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme erteile ich nun dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin gegenüber allen Seiten dankbar. Ich bin meiner Fraktion, der CSU-Fraktion dankbar. Ich bin Georg Schmid dankbar, und ich bin unserem Koalitionspartner Thomas Hacker für die klaren, präzisen Positionen und für den engen Schulterschluss dankbar.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin auch dem Kollegen Daxenberger dankbar. Er hat immerhin davon gesprochen, dass bei manchen Themen Hoffnung aufkommt und dass wir mit unserem Politikstil auf einem guten Weg seien. Das ist auch eines unserer Ziele. Deshalb sind jetzt nur noch wenige Fragen zu beantworten.

Herr Daxenberger, nach 30 Jahren Politik weiß ich selber, dass es einfach ist, etwas in den Raum zu stellen und sich mit einer These zu beschäftigen, ohne zu hinterfragen, ob diese These überhaupt zutrifft. Dieses Handwerkszeug von Berufspolitikern kennen wir alle.

(Harald Güller (SPD): Aus eigener Erfahrung!)

Ich darf Ihnen noch einmal sagen, dass es schriftlich niedergelegt ist und nicht in den sogenannten Geheimprotokollen steht. Diese Geheimprotokolle sind für viele von Ihnen das, was für ein Kleinkind ein Schepperl ist, mit dem es sich ständig beschäftigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und bei der FDP)

Mir kommt es so vor, als würden Sie neben einer Blas- kapelle mit dem Schepperl herlaufen und darauf hoffen, dass Sie mit Ihren Hinweisen auf die Geheimprotokolle gehört werden.

Zur Daseinsvorsorge kann ich Ihnen nur sagen, dass klar geregelt ist, dass es mit dieser Regierung keine Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge geben wird. Können wir uns darauf verständigen, dass das heute, zum Jahresende 2008, in der Koalitionsvereinbarung schriftlich festgehalten ist?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was gehört alles dazu?)

Wir müssen es doch nicht so machen, wie wir es täglich irgendwo lesen. Wir können uns doch an dem orientieren, was Sache ist. Es gibt keine Privatisierung der kommunalen Daseinsvorsorge.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Was ist das alles?)

- Alles, was in den Kommunen abläuft.

(Harald Güller (SPD): Wasser, Strom, Krankenhaus!)

Stellen Sie doch eine Anfrage an die Regierung, dann zählen wir Ihnen alles auf.

Das Nächste ist der Donauausbau. Auch das ist wieder so eine Gespenstergeschichte. Dazu brauchen Sie auch nicht in die Geheimprotokolle zu schauen. Es steht im offiziellen Koalitionsvertrag. Ich möchte nur, dass wir den gleichen Informationsstand haben. Ich möchte nicht, dass wir uns von irgendetwas verwirren lassen.

Im Koalitionsvertrag steht, dass die Europäische Union eine vertiefte ökologische Bewertung durchführt. Nach Vorlage dieser vertieften ökologischen Bewertung wird die Koalition ihre eigene politische Wertung und Entscheidung treffen. So steht es auf Seite 33 des Vertrags. Heute habe ich wieder gelesen, daraus, dass ein Umweltminister auf irgendeine Frage nicht antwortete, werde der Schluss gezogen, das Projekt werde aufgegeben. Ich sage noch einmal: Beim Donauausbau bleibt es bei dem, was im Koalitionsvertrag steht. Sobald die ökologische Betrachtung und Bewertung, die auf Antrag der Bundesregierung von der Europäischen

Kommission durchgeführt wird, vorliegt, werden wir entscheiden. Ich glaube, das ist eine vernünftige Schrittfolge. Wir werden nicht jeden Tag über ein Stöckchen springen, sondern Schritt für Schritt vorangehen. Jeder weiß aus dem Privatleben, dass man sehr leicht ins Stolpern kommt, wenn man nicht Schritt für Schritt macht.

Bei der Automobilindustrie haben wir allerdings Auffassungsunterschiede. Wir haben eine Leitwirtschaft. Wir sind zusammen mit dem Umweltminister mit dem gesamten Kfz-Gewerbe zusammengesessen. Hier geht es um 160.000 bis 200.000 Arbeitsplätze, wenn ich Audi noch hinzunehme, um 300.000. Mich wundert, wie sich manche in warmen Stuben ein Urteil bilden, wenn es um das Schicksal dieser Leute geht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Firmen sitzen verzweifelt vor uns. Aus meiner bisherigen Tätigkeit weiß ich, dass man immer zwischen Lobbyismus und begründeten Argumenten unterscheiden muss. Wir haben auch den DGB und die IG-Metall eingeladen. Natürlich konnten wir nicht alles jede Sekunde veröffentlichen, aber die Gespräche fanden statt. Diesen Politikstil hat es übrigens bisher auch schon gegeben. Wir tun jetzt gerade so, als hätte es in der Vergangenheit keinen Beschäftigungspakt usw. gegeben. Entschuldigung, Martin Zeil, aber man muss das sagen, was der Wahrheit entspricht.

Jetzt sitzen die verzweifelten Handwerker, die Firmen und die Gewerkschaften vor uns und sagen, sie würden im Jahr 2009 wahrscheinlich das schwierigste Vierteljahr erleben, das es in der deutschen Nachkriegsgeschichte gegeben hat. Als Politiker, die für die Bevölkerung in Bayern Verantwortung tragen, haben wir dann aber auch die Pflicht, uns darüber Gedanken zu machen, ob es besser ist - Herr Daxenberger, die gleiche Diskussion führe ich auch mit der Bundesregierung -, einen Weg zu beschreiten, wie ihn die Amerikaner beschritten haben, und mit Anreizen dafür zu sorgen, dass bei Erhalt der Arbeitsplätze mehr Umweltfreundlichkeit erzielt wird, oder ob es besser ist, das zu machen, was die Europäische Union macht, nämlich der Automobilbranche als einziger Wirtschaftsbranche in ganz Europa Strafzahlungen anzudrohen, wenn sie bestimmte Ziele nicht erreicht. Mir ist das Anreizsystem lieber als das Bestrafungssystem.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin für einen prinzipiell anderen Weg. Wir bilden uns immer ein, wir müssten mit der Keule des Gesetzes, mit Androhungen, Strafen und Reglementierungen kommen. Ich glaube aber, dass wir mit einem Modell des Anreizes mehr erreichen. Übrigens haben wir den Katalysator und das bleifreie Benzin Anfang der Achtzi-

gerjahre - ich war Augen- und Ohrenzeuge - durch Steueranreize in Deutschland realisiert

(Ulrike Gote (GRÜNE): Viel zu spät!)

und nicht durch Bestrafungen des zuständigen Wirtschaftszweiges.

(Beifall bei der CSU)

Ich bedanke mich für Ihre Bemerkungen zur aufkeimenden Hoffnung und zum besseren Politikstil. Ich bedanke mich pauschal - ich bitte um Verständnis - bei den Freien Wählern und Herrn Aiwanger für die Unterstützung. Ich will Sie jetzt nicht einlullen, Sie sollen kritisch bleiben.

(Allgemeine Heiterkeit)

Er hat mit der Diskussionskultur etwas Wichtiges angesprochen, auf das ich am Schluss zurückkommen möchte.

Ich bedanke mich sogar bei Herrn Maget; denn er hat sich ausschließlich mit der Vergangenheit beschäftigt. Das zeigt mir, dass der Neuanfang gelungen ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich muss das noch studieren; vielleicht müssen wir das in der Staatskanzlei auswerten. Herr Maget hat gesagt - wie übrigens andere Redner auch -, das waren Weihnachtsgeschenke, die Verpackung war wunderbar, die Schleifen waren ansprechend.

(Franz Maget (SPD): Das ist doch schon was!)

Das ist alles schön, man ist sogar beeindruckt und in weihnachtlicher Stimmung, aber - so Maget - der Inhalt war zu schmal.

(Franz Maget (SPD): Genau!)

Der gleiche Kollege sagt an anderer Stelle: Der hat die ganze Staatskanzlei zum Kopieren geschickt, weil in der Regierungserklärung nur die Inhalte der SPD waren.

(Franz Maget (SPD): Nur die Überschrift!)

Jetzt müssen Sie sich darüber klar werden, ob nur kein Inhalt drin war - dann ist das ein Misstrauen gegenüber seinen eigenen Vorschlägen; das ist ja klar -,

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CSU)

Oder es waren seine Vorschläge; dann waren in den Weihnachtspaketen Inhalte. Das ist zu klären, Herr Maget.

(Unruhe)

Ich verfolge Ihr Tun seit Längerem sehr genau.

(Franz Maget (SPD): Gut, dass Sie sich mit mir beschäftigen!)

Wir Berufspolitiker haben alle ein gewisses Waffenarsenal. Wenn man dann in der Sache nicht mehr weiterkommt, sagt man: Der Seehofer, wie üblich, am Vormittag sagt er etwas anderes als am Nachmittag.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Franz Maget (SPD): Das sagen Ihre Leute auch!)

Das habe ich von meiner Partei auch schon gehört. Das sagen Sie jetzt auch. Das ist jetzt alles Humor und Spass, aber etwas ist problematischer, nämlich diese Neigung, sich immer im Klein-klein zu ergehen und das Große schön zu umschiffen.

Diese Protokollnotizen möchte ich gar nicht mehr ansprechen. Liebe Freunde, seit 28 Jahren habe ich Koalitionen ausgehandelt, übrigens auch mit der SPD. Ich habe Gesundheitsreformen, Rentenreformen, Sozialhilfereformen, Arbeitsmarktreformen in Koalitionen ausgehandelt. Seit drei Jahrzehnten ist es in Deutschland - und wahrscheinlich auf der ganzen Welt - üblich, dass man in eine Koalitionsvereinbarung hineinschreibt, was wichtig und was vereinbart ist. Beim Versammlungsgesetz haben wir beispielsweise gesagt, einige Einzelheiten schreiben wir in die Protokollnotiz, weil wir genau wissen, welche Bewertung ein Koalitionsvertrag mit 130 Seiten bekäme. Die Änderungen, die beim Versammlungsrecht und beim Thema Online durchgeführt werden sollen, stehen zum Teil im Koalitionsvertrag und zum Teil in den Protokollnotizen. Die Grundsätze stehen im Koalitionsvertrag, die Details der Umsetzung in den Protokollnotizen. Die werden hier ohnehin öffentlich beraten, wenn der Gesetzentwurf eingebracht wird. Welches Interesse soll bei uns bestehen, so etwas geheimzuhalten, wenn das ohnehin im Gesetzgebungsverfahren hier im Parlament und damit in der Öffentlichkeit landet?

(Beifall bei der CSU)

Das andere sind Prüfaufträge. Ich sage das heute zum letzten Mal, weil es diese Dinge gar nicht wert sind, dass man darüber redet. Das ist üblich. Wir sollten uns stärker auf das wirklich Wichtige konzentrieren.

Herr Kollege Maget, mich hat ein bisschen gestört, dass Sie die Sache mit den Kindern und dem Essen ein Stück in die Lächerlichkeit, in die Widersprüchlichkeit und in die Scheinheiligkeit gezogen haben.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD - Franz Maget (SPD): Wir haben das ernst genommen!)

Wissen Sie, wo der wahre Grund liegt? - Es gab eine Zusammenlegung von Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld II. Federführend war der damalige Sozialminister Franz Müntefering, der damalige SPD-Bundesvorsitzende Franz Müntefering.

(Franz Maget (SPD): Ja!)

Seit dieser Reform gibt es neben den Regelsätzen von Hartz IV leider nicht mehr das Instrument, das es früher gab, der einmaligen Beihilfen, die zum Beispiel dazu gedient haben, die Schultüte, die Kleidung oder ein Mittagessen zu bezahlen. Das ist unter eurer Verantwortung abgeschafft worden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Richtig!)

Es ist keineswegs besser, dass sich die Große Koalition heute trotz des Bildungsgipfels über die Zuständigkeit und Verantwortlichkeiten beim Mittagessen nicht verständigen kann. Das ist keineswegs besser; da nehme ich überhaupt kein Blatt vor den Mund.

Wir sagen eines: Wir sind es leid, dass noch ein paar Jahre über die Zuständigkeiten beim Mittagessen diskutiert wird, es geht um 14.000 Kinder in Bayern, und wir wollen mit den Kommunen, den Eltern und mit beiden Koalitionsfraktionen dieses Problem lösen. Ich habe mehrfach öffentlich und übrigens auch im Bundeskabinett gesagt, dass ich den Lösungsweg des SPD-geführten Landes Rheinland-Pfalz, wo sich Eltern, Schulaufwandsträger und Staat diese Aufgabe teilen, für durchaus gangbar und richtig halte. Wir werden in den Gesprächen zwischen Eltern, Schulaufwandsträger und Regierung - Frau Haderthauer ist dafür zuständig - versuchen, eine solche Lösung hinzubringen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen wir also die Kirche im Dorf!

Jetzt komme ich zum Schluss noch auf Herrn Aiwanger zurück, nicht deswegen, um Ihnen das Weihnachtsfest zu verschönern, sondern weil ich seine Aussage zur Diskussionskultur bemerkenswert finde. Herr Maget, Sie sollten einmal darüber nachdenken, was Sie und Ihre Nachbarin heute wieder alles während der Regierungserklärung abgeladen haben. Ich halte das aus, und ich kann damit auch umgehen. Ich verstehe das vielleicht psychologisch, aber glauben Sie mir - deswegen bin ich auf Herrn Aiwanger zugegangen -, das schadet der demokratischen Streitkultur insgesamt, was Sie da gemacht haben.

(Beifall bei der CSU)

Herr Maget, Sie rufen ständig dazwischen, Sie ziehen alles ständig ins Lächerliche, werfen uns ständig Scheinheiligkeit und Ähnliches vor, machen also durchaus persönliche Bemerkungen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das lassen wir uns nicht gefallen!)

Das ist schon problematisch. Mich treffen Sie damit nicht, ich halte das aus. Ich bin hart im Streiten, und wenn es um die Sache geht - das werden wir zwei auch noch erleben -, dann kann es nicht heftig genug zugehen. Sie müssen aber schon einmal überlegen, was das für Auswirkungen hat - das fällt auf uns alle zurück -, wenn Sie hier solche Wertungen wie "scheinheilig" vornehmen.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Herr Maget, ich bitte darum, dass Sie sich überlegen, ob man persönliche Auseinandersetzungen in dieser Weise in Zukunft vielleicht besser sein lässt.

(Zuruf von der SPD: Sie sind beleidigt!)

- Ich bin nicht beleidigt. Herr Maget - Herr Maget! -,

(Franz Maget (SPD): Ich höre schon zu!)

wir haben die Wahl verloren, damit das klar ist, aber Sie sind von einem niedrigen Niveau weiter hinuntergewählt worden. Das muss man auch einmal sehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich saß bei der ersten Plenarsitzung als Gast da oben, und dort saßen verschiedene Vertreter der Gesellschaft. Ich habe zu meinem Nachbarn gesagt: Wenn die so weitermachen, werden sie die Verlierer der Legislaturperiode. Sie machen das relativ geschickt, indem Sie das sehr personell hinbringen. Denken Sie einmal darüber nach, wie das auf die Leute wirkt, wenn Sie sich mehrfach hier herstellen und schlicht und einfach sagen: Was Sie hier tun, ist scheinheilig.

(Unruhe)

Scheinheilig heißt nämlich: Der meint das gar nicht so, der gaukelt euch nur was vor. Deshalb hat Herr Aiwanger mit seiner Einstellung recht. Denken Sie ein bisschen darüber nach!

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Zu einer persönlichen Erklärung erteile ich das Wort dem Kollegen Maget.

Franz Maget (SPD): Man hat hier schon vieles erlebt - Sie nicht, weil Sie nicht dabei waren -, aber scheinheilig ist es für mich, wenn hier eine große Fraktion Beifall klatscht zum Gegenteil dessen, was sie in den letzten fünf Jahren gemacht hat. So habe ich es ausgedrückt. Das ist scheinheilig.

(Beifall bei der SPD)

Scheinheilig ist es, wenn Sie vor einem Jahr von diesem Platz aus zum gleichen Thema das pure Gegenteil vertreten haben, wie es die CSU getan hat. - Das pure Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe die Formulierung am Beispiel der Online-Durchsuchung benutzt. Sie haben gesagt, wer auf dieses Instrument verzichtet, der schadet der Sicherheit in unserem Land.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist keine persönliche Erklärung, das ist eine Erklärung zur Sache!)

- Entschuldigung, ich erläutere Ihnen, was ich mit Scheinheiligkeit gemeint habe, und das ist scheinheilig.

(Beifall bei der SPD)

Scheinheilig ist es auch, wenn Sie hier so tun, als hätte hier in den letzten Jahren eine ganz andere Partei die Verantwortung gehabt.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident Seehofer, Sie sind stellvertretender Vorsitzender der CSU, die hier regiert hat.

(Zurufe von der CSU: Er ist Vorsitzender!)

Die CSU hat hier ihr parteipolitisches Programm durchgezogen, das Sie mitgetragen haben.

Scheinheilig ist es auch - das sage ich jetzt persönlich, obwohl es mir nicht zusteht -, wenn man hier so tut, als wären die Kollegen Beckstein und Huber allein an allem schuld, was hier in den letzten Jahren passiert ist.

(Unruhe bei der CSU)

- Doch. Ich sage Ihnen, scheinheilig ist es auch, wenn Sie in Anwesenheit dieser Kollegen ein Entschuldigungsschreiben von Herrn Faltlhauser vorlesen und damit insinuierten: Jetzt entschuldige dich doch auch.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Das geht mich nichts an, aber ich finde es unanständig, wenn man so argumentiert.

Warum ich mich eigentlich gemeldet habe, Herr Seehofer, ist etwas anderes. Sie haben uns und damit mir vorgeworfen - das ist Gegenstand einer Erklärung, die ich persönlich meine -, ich hätte das Thema des kostenlosen Mittagessens als lächerlich hingestellt.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Vom Platz aus!)

- Bitte, wer? - Vom Platz aus?

Ich weiß doch auch, dass wir Hartz IV haben. Ich weiß auch, dass eine Zusammenlegung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe vorgenommen worden ist. Ich weiß auch, dass wir - übrigens auf Empfehlung vieler Fachleute aus der Sozialverwaltung - gesagt haben, die Einmalleistungen lassen wir weg, weil die Pauschale vernünftiger, besser und weniger verwaltungsaufwendig ist.

(Zuruf von der CSU)

- Das ist etwas anderes. Darin, dass die Lösung über die Pauschale durchaus Vorteile hat, haben wir völlig übereingestimmt. Dem hat die Union im Deutschen Bundestag nie widersprochen. Wir wissen, dass es die Pauschalierung und deswegen keine Einmalzahlungen mehr gibt. Weil wir das wußten - jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt -, haben wir als Fraktion in den letzten Jahren immer und immer wieder beantragt, eine Lösung zu suchen, damit der Skandal aufhört, dass ein Kind - und das haben Sie hier beklagt - bei einem Ski-

urlaub nicht mitfahren kann, weil es sich die Familie nicht leisten kann, und dass ein Kind am warmen Mittagessen nicht teilhaben kann, weil es sich die Familie nicht leisten kann. Das haben Sie hier als Skandal angeprangert. Ich sage - zu Recht -, auch wir haben das in den letzten Jahren als Skandal angeprangert, aber Ihre Fraktion hat dem widersprochen.

(Unruhe bei der CSU - Glocke des Präsidenten)

- Ja, natürlich. Ihre Fraktion hat dem widersprochen und gesagt, diesen Weg gehen wir nicht. Genau das finde ich scheinheilig, wenn man so tut, als hätte das alles in den letzten Jahren nicht stattgefunden. Das habe ich mit dem Wort "scheinheilig" gemeint.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 und § 27 Absatz 2 Satz 6 der Geschäftsordnung den aktuellen Stand der von den Fraktionen benannten Mitglieder der Ausschüsse sowie die Namen der Ausschussvorsitzenden und die Namen der Stellvertreter bekannt. Im Einzelnen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Übersicht und bitte um Kenntnisnahme.

(siehe Anlage)

Weitere rhetorische Geschenkpakete können in der nächsten Woche am Dienstag zwischen den Fraktionen ausgetauscht werden. Für heute wünsche ich einen guten Nachhauseweg. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16.56 Uhr)

Zusammensetzung der Ausschüsse der 16. Wahlperiode

Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Vorsitzender: Georg **Winter** (CSU)
 Stellvertreterin: Adelheid **Rupp** (SPD)

- | | | |
|--|--|---------------------------------------|
| 1. Martin Bachhuber (CSU) | 9. Hans Herold (CSU) | 17. Florian Ritter (SPD) |
| 2. Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP) | 10. Karsten Klein (FDP) | 18. Heinrich Rudrof (CSU) |
| 3. Susann Biedefeld (SPD) | 11. Philipp Graf v. Lerchenfeld (CSU) | 19. Adelheid Rupp (SPD) |
| 4. Kurt Eckstein (CSU) | 12. Josef Miller (CSU) | 20. Dr. Simone Strohmayr (SPD) |
| 5. Gertraud Goderbauer (CSU) | 13. Thomas Mütze (GRU) | 21. Georg Winter (CSU) |
| 6. Erika Görlitz (CSU) | 14. Manfred Pointner (FW) | 22. Peter Winter (CSU) |
| 7. Volkmar Halbleib (SPD) | 15. Alexander Radwan (CSU) | |
| 8. Eike Hallitzky (GRU) | 16. Markus Reichhart (FW) | |

Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Vorsitzender: Franz **Schindler** (SPD)
 Stellvertreterin: Petra **Guttenberger** (CSU)

- | | | |
|---|---------------------------------------|--|
| 1. Horst Arnold (SPD) | 7. Konrad Kobler (CSU) | 13. Franz Schindler (SPD) |
| 2. Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU) | 8. Thomas Kreuzer (CSU) | 14. Christine Stahl (GRU) |
| 3. Dr. Andreas Fischer (FDP) | 9. Andreas Lorenz (CSU) | 15. Florian Streibl (FW) |
| 4. Petra Guttenberger (CSU) | 10. Bernhard Pohl (FW) | 16. Susanna Tausendfreund (GRU) |
| 5. Jürgen W. Heike (CSU) | 11. Dr. Franz Rieger (CSU) | |
| 6. Dr. Florian Herrmann (CSU) | 12. Markus Rinderspacher (SPD) | |

Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Vorsitzende: Dr. Gabriele **Pauli** (FW)
 Stellvertreter: Christian **Meißner** (CSU)

- | | | |
|--------------------------------------|--|--|
| 1. Inge Aures (SPD) | 8. Christian Meißner (CSU) | 15. Jakob Schwimmer (CSU) |
| 2. Dr. Andreas Fischer (FDP) | 9. Dr. Gabriele Pauli (FW) | 16. Max Strehle (CSU) |
| 3. Joachim Hanisch (FW) | 10. Reinhold Perlak (SPD) | 17. Susanna Tausendfreund (GRU) |
| 4. Dr. Florian Herrmann (CSU) | 11. Jörg Rohde (FDP) | 18. Dr. Manfred Weiß (CSU) |
| 5. Christine Kamm (GRU) | 12. Helga Schmitt-Bussinger (SPD) | 19. Otto Zeitler (CSU) |
| 6. Manfred Ländner (CSU) | 13. Harald Schneider (SPD) | 20. Josef Zellmeier (CSU) |
| 7. Andreas Lorenz (CSU) | 14. Angelika Schorer (CSU) | |

Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Vorsitzender: Erwin **Huber** (CSU)
 Stellvertreter: Alexander **Muthmann** (FW)

- | | | |
|---------------------------------------|---|-----------------------------------|
| 1. Dr. Otmar Bernhard (CSU) | 7. Robert Kiesel (CSU) | 13. Dr. Martin Runge (GRU) |
| 2. Klaus D. Breitschwert (CSU) | 8. Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP) | 14. Martin Schöffel (CSU) |
| 3. Thorsten Glauber (FW) | 9. Alexander Muthmann (FW) | 15. Klaus Stöttner (CSU) |
| 4. Ludwig Hartmann (GRU) | 10. Tobias Reiß (CSU) | 16. Dr. Paul Wengert (SPD) |
| 5. Erwin Huber (CSU) | 11. Bernhard Roos (SPD) | |
| 6. Annette Karl (SPD) | 12. Eberhard Rotter (CSU) | |

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und ForstenVorsitzender: Gerhard **Eck** (CSU)Stellvertreter: Adi **Sprinkart** (GRU)

- | | | |
|--|--------------------------------------|-----------------------------------|
| 1. Horst Arnold (SPD) | 7. Dr. Leopold Herz (FW) | 13. Reinhard Pachner (CSU) |
| 2. Annemarie Biechl (CSU) | 8. Annette Karl (SPD) | 14. Adi Sprinkart (GRU) |
| 3. Gudrun Brendel-Fischer (CSU) | 9. Dr. Christian Magerl (GRU) | 15. Klaus Steiner (CSU) |
| 4. Thomas Dechant (FDP) | 10. Ulrike Müller (FW) | 16. Gerhard Wägemann (CSU) |
| 5. Gerhard Eck (CSU) | 11. Martin Neumeyer (CSU) | |
| 6. Albert Füracker (CSU) | 12. Maria Noichl (SPD) | |

Ausschuss für Soziales, Familie und ArbeitVorsitzende: Brigitte **Meyer** (FDP)Stellvertreter: Joachim **Unterländer** (CSU)

- | | | |
|--|-------------------------------------|--------------------------------------|
| 1. Renate Ackermann (GRU) | 7. Claudia Jung (FW) | 13. Diana Stachowitz (SPD) |
| 2. Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer (FW) | 8. Brigitte Meyer (FDP) | 14. Christa Steiger (SPD) |
| 3. Gudrun Brendel-Fischer (CSU) | 9. Maria Scharfenberg (GRU) | 15. Joachim Unterländer (CSU) |
| 4. Petra Dettenhöfer (CSU) | 10. Angelika Schorer (CSU) | 16. Angelika Weikert (SPD) |
| 5. Hermann Imhof (CSU) | 11. Bernhard Seidenath (CSU) | |
| 6. Oliver Jörg (CSU) | 12. Reserl Sem (CSU) | |

Ausschuss für Hochschule, Forschung und KulturVorsitzender: Bernd **Sibler** (CSU)Stellvertreterin: Isabell **Zacharias** (SPD)

- | | | |
|-------------------------------------|---|---|
| 1. Dr. Annette Bulfon (FDP) | 7. Ulrike Gote (GRU) | 13. Dr. Christoph Rabenstein (SPD) |
| 2. Petra Dettenhöfer (CSU) | 8. Oliver Jörg (CSU) | 14. Roland Richter (CSU) |
| 3. Dr. Sepp Dürr (GRU) | 9. Natascha Kohnen (SPD) | 15. Bernd Sibler (CSU) |
| 4. Dr. Hans Jürgen Fahn (FW) | 10. Bernd Kränzle (CSU) | 16. Isabell Zacharias (SPD) |
| 5. Karl Freller (CSU) | 11. Walter Nadler (CSU) | |
| 6. Dr. Thomas Goppel (CSU) | 12. Prof. Dr. Michael Piazolo (FW) | |

Ausschuss für Bildung, Jugend und SportVorsitzender: Hans-Ulrich **Pfaffmann**(SPD)Stellvertreter: Georg **Eisenreich** (CSU)

- | | | |
|----------------------------------|--|------------------------------------|
| 1. Heinz Donhauser (CSU) | 8. Eduard Nöth (CSU) | 15. Klaus Steiner (CSU) |
| 2. Georg Eisenreich (CSU) | 9. Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD) | 16. Reinhold Strobl (SPD) |
| 3. Günther Felbinger (FW) | 10. Karin Pranghofer (SPD) | 17. Walter Taubeneder (CSU) |
| 4. Thomas Gehring (GRU) | 11. Berthold Rüth (CSU) | 18. Simone Tolle (GRU) |
| 5. Eva Gottstein (FW) | 12. Julika Sandt (FDP) | 19. Gerhard Wägemann (CSU) |
| 6. Martin Güll (SPD) | 13. Peter Schmid (CSU) | 20. Renate Will (FDP) |
| 7. Manfred Ländner (CSU) | 14. Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU) | |

Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes

Vorsitzende: Ingrid **Heckner** (CSU)
 Stellvertreter: Stefan **Schuster** (SPD)

- | | | |
|---|----------------------------------|-------------------------------------|
| 1. Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP) | 7. Peter Meyer (FW) | 13. Bernhard Seidenath (CSU) |
| 2. Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU) | 8. Thomas Mütze (GRU) | 14. Adi Sprinkart (GRU) |
| 3. Günther Felbinger (FW) | 9. Eduard Nöth (CSU) | 15. Diana Stachowitz (SPD) |
| 4. Martin Güll (SPD) | 10. Tobias Reiß (CSU) | 16. Josef Zellmeier (CSU) |
| 5. Ingrid Heckner (CSU) | 11. Peter Schmid (CSU) | |
| 6. Hans Herold (CSU) | 12. Stefan Schuster (SPD) | |

Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Vorsitzender: Hans Joachim **Werner** (SPD)
 Stellvertreterin: Sylvia **Stierstorfer** (CSU)

- | | | |
|--|--|--------------------------------------|
| 1. Renate Ackermann (GRU) | 7. Julika Sandt (FDP) | 13. Walter Taubeneder (CSU) |
| 2. Markus Blume (CSU) | 8. Maria Scharfenberg (GRU) | 14. Angelika Weikert (SPD) |
| 3. Johannes Hintersberger (CSU) | 9. Martin Schöffel (CSU) | 15. Hans Joachim Werner (SPD) |
| 4. Hermann Imhof (CSU) | 10. Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU) | 16. Margit Wild (SPD) |
| 5. Claudia Jung (FW) | 11. Sylvia Stierstorfer (CSU) | |
| 6. Berthold Rüth (CSU) | 12. Florian Streibl (FW) | |

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Vorsitzende: Prof. Ursula **Männle** (CSU)
 Stellvertreterin: Dr. Annette **Bulfon** (FDP)

- | | | |
|------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------|
| 1. Inge Aures (SPD) | 7. Alexander König (CSU) | 13. Dr. Franz Rieger (CSU) |
| 2. Dr. Annette Bulfon (FDP) | 8. Prof. Ursula Männle (CSU) | 14. Dr. Martin Runge (GRU) |
| 3. Dr. Linus Förster (SPD) | 9. Christa Matschl (CSU) | 15. Alfred Sauter (CSU) |
| 4. Joachim Hanisch (FW) | 10. Reinhold Perlak (SPD) | 16. Eberhard Sinner (CSU) |
| 5. Christine Kamm (GRU) | 11. Bernhard Pohl (FW) | |
| 6. Konrad Kobler (CSU) | 12. Alexander Radwan (CSU) | |

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit

Vorsitzender: Dr. Christian **Magerl** (GRU)
 Stellvertreter: Dr. Otto **Hünnerkopf** (CSU)

- | | | |
|--|--|--|
| 1. Dr. Otto Bertermann (FDP) | 8. Alexander König (CSU) | 15. Christa Stewens (CSU) |
| 2. Markus Blume (CSU) | 9. Dr. Christian Magerl (GRU) | 16. Tobias Thalhammer (FDP) |
| 3. Sabine Dittmar (SPD) | 10. Christa Matschl (CSU) | 17. Dr. Karl Vetter (FW) |
| 4. Dr. Hans Jürgen Fahn (FW) | 11. Martin Neumeyer (CSU) | 18. Margit Wild (SPD) |
| 5. Albert Füracker (CSU) | 12. Reinhard Pachner (CSU) | 19. Ludwig Wörner (SPD) |
| 6. Johannes Hintersberger (CSU) | 13. Theresa Schopper (GRU) | 20. Dr. Thomas Zimmermann (CSU) |
| 7. Dr. Otto Hünnerkopf (CSU) | 14. Kathrin Sonnenholzner (SPD) | |